Nr. 36. 17. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.
Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 13. Februar 1900. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Aus England.

London, den 10. Februar.

Die Adreßdebatte ist endlich vorüber. Mit derselben erdrückenden Mehrheit, mit der das von Lord Edmund Fitzmaurice beantragte Mißtrauensvotum abgelehnt wurde, hat das Parlament gestern die Adresse, die Zustimmungsantwort auf die Tronrede, genehmigt. Die Vertreter der Nation haben jeden Versuch, die jetzige Regierung zu stürzen oder ihr die Schuld am Krieg in Südafrika aufzubürden, mit großer Mehrheit zurückgewiesen. Für das irische Amendement, das sofortige Beendigung des Kriegs und Anerkennung der vollen Unabhängigkeit des Transvaal verlangte, stimmten nur vier nicht-irische Abgeordnete: Mr. Bryn Roberts, ein radikaler Walliser; Sir Wilfried Lawson, der Führer der extremen Antialkoholiker (Toteler); der Schotte Dr. B. Clark, der längere Zeit in Diensten des Transvaal gestanden; und John Burns. Im Gegensatz zu Burns, der in einer sehr scharfen Rede den Krieg als eine Mache jüdischer Geldleute brandmarkte, erklärte der Arbeitervertreter John Havelock Wilson (Vertrauensmann des Matrosenbundes) sich sogar gegen das bedingte Tadelsvotum des Lord Fitzmaurice. Er sei kein Jingo, aber er fühle sich als Engländer, und wenn England angegriffen sei, wie im vorliegenden Fall, halte er es nicht für recht, gegen das eigne Land zu stimmen.

Man kann nicht bestreiten, daß jeder der beiden Arbeitervertreter in seiner Art nur logisch handelte. Burns zog die Konsequenz des abstrakten Rechtsgrundsatzes, Wilson die der patriotischen Auffassung. Die Liberalen, die beides vereinigen wollten, brachten sich dadurch von vornherein in eine schiefe Position; sie kompromittierten je nachdem die von ihnen vertretenen Rechtsprincipien oder ihren Patriotismus. Damit soll natürlich nicht gesagt werden, daß es sich da um absolut unvereinbare Gegensätze handle. Ganz im Gegenteil. Der Widerspruch betrifft lediglich den bestimmten Fall. Ist England principiell im Recht, handelt es in berechtigter Notwehr oder verteidigt es eine, für seine nationale Existenz unerläßliche Position, so hat es vom englischen Standpunkt wenig Zweck, im gegenwärtigen Moment sein Sündenregister so scharf zu accentuieren, daß es als schuldiger Urheber des Krieges erscheint. Kämpft es aber für eine Sache, für die weder das formale Recht noch das aus den legitimen Anforderungen der Selbsterhaltung fließende Recht geltend gemacht werden kann, so kann der Patriotismus kein Grund sein, die Folgerungen zu ziehen, die sich aus der principiellen Verurteilung der Regierungspolitik ergeben.

Zwischen diesen beiden Extremen bewegten sich die Reden der liberalen Häuptlinge mit mehr oder weniger Geschick. Die nationale Auffassung vertraten am konsequentesten die sogenannten Roseberyiten: Mr. Asquith, Sir Edward Grey, A. Birrell ꝛc., den abstrakten Rechtsstandpunkt verfochten mit Energie die Redner der äußersten Linken: Lloyd George, Atherley Jones, John Burns und die Rechtsideologen im Regierungslager, wie Leonard Courtney, Sir Edw. Clarke ꝛc. Aber, wie gesagt, nur vier Vertreter dieser Richtung stimmten dem von den Irländern eingebrachten Amendement zu, das die Konsequenz der Rechtsidee zog. Von den Reden der übrigen Liberalen kann man nur sagen, was Chamberlain ihnen entgegenhielt: sie wollten verwunden, aber nicht schlagen.

Das liegt nun freilich zum großen Teil im Wesen des englischen Parlamentarismus, der die scharfen Gegensätze nicht verträgt bezw. den „Wilden" zuweist. Die Opposition muß, um die ihr zugewiesene Rolle spielen zu können, das Bewußtsein in sich tragen, die Regierungspartei von morgen, d. h. der nächsten Zukunft, zu sein. Unter dieser Voraussetzung hat ja die Adreßdebatte überhaupt nur Sinn — es ist theoretisch ein Messen der beiden Hauptparteien, die Opposition bringt ihr Amendement zur Adresse der Regierungspartei ein, um diese womöglich zu stürzen; sie muß also bereit sein, die Politik durchzuführen, die das Amendement zum Ausdruck bringt. Was konnte aber eine Partei, die die Erhaltung der Vormachtstellung Englands auf ihre Fahne geschrieben hat, unter den vorliegenden Umständen Positives vorschlagen? Faktisch hat die Adreßdebatte nur die schwache Position der Liberalen bloßgelegt, und der Sieger war, soweit das parlamentarische Feld in Betracht kommt, Herr Chamberlain.

Daß er auch die Mehrheit der Wähler auf seiner Seite hat, untersteht keinem Zweifel. Eine Nachwahl in York, wo vor zwei Jahren der überdies populäre Seemann Lord Charles Beresford unter sehr günstigen Verhältnissen — sein Gegner war ein reicher Schiffseigner, der sich in dem gerade abspielenden Maschinenbauerkampf unbeliebt gemacht hatte — nur mit 25 Stimmen Mehrheit siegte, ergab diesmal die für hiesige Verhältnisse große konservativ-unionistische Mehrheit von 1800 Stimmen. Im radikalen Northampton wurde ein Meeting, in dem der radikale Abgeordnete für Northampton, Sir Henry Labouchere, sowie der socialistische Freidenker John M. Robertson und der Genosse H. M. Hyndman — alle drei Gegner des Krieges — sprechen sollten, von einer organisierten Menge gesprengt, die sich so wütend geberdete, daß die Polizei es für geraten hielt, die Genannten unter ihren Schutz zu nehmen. Gegen Dr. B. Clarks Auftreten sind in seinem Wahlkreis — Caithneß — große Protestversammlungen abgehalten worden, und Sir Edward Clarke, der für Plymouth im Parlament sitzt, hat von seinen konservativen und unionistisch-liberalen Wahlkomitees so entschiedene Mißtrauensvoten erhalten, daß ihm nichts übrig geblieben ist, als sein Mandat niederzulegen. Die Maßregelung des Letztgenannten, der zu den hervorragendsten Juristen des heutigen England gehört und als Parlamentarier mit zu den Sternen erster Größe zählte, ist selbst den „Daily News", die von den liberalen Blättern am entschiedensten den nationalen Standpunkt vertreten, zu stark, und wird auch von einigen Regierungsorganen als übertrieben gemißbilligt, da doch Sir Edward, obschon er die Regierung kritisiert hat, schließlich gegen das Mißtrauensvotum gestimmt habe. Indes, den Leuten in Plymouth genügte es, daß er gegen Chamberlain ins Zeug gegangen war, um ihm den Laufpaß zu geben.

Aus all' diesen und andern Anzeichen läßt sich nur folgern, daß die Regierung trotz aller Rückschläge in Südafrika die Mehrheit des Landes noch hinter sich hat. John Bull merkt, daß er in den Stromschnellen sitzt, und mag es deshalb auf keinen Pferdewechsel ankommen lassen. Die Sache soll auf jeden Fall bis zur Entscheidung durchgeführt werden.

Und so ist es denn ganz außer Zweifel, daß der Regierung die angekündigten Nachforderungen für das Heer bis auf den letzten Pfennig werden bewilligt werden. Die Summe wird auf 13 Millionen Pfund angegeben, was mit den im Herbst bewilligten 10 Millionen eine Mehrausgabe von über einer halben Milliarde Mark ausmacht. Es ist aber mehr wie zweifelhaft, ob dieser Betrag ausreichen wird. Die Kritik wird wahrscheinlich dahin gehen, daß die Regierung, um die Steuerzahler nicht allzu sehr zu erschrecken, noch zu wenig verlangt. Die Kredite sollen dazu dienen, den Aktivbestand der Armee um 120 000 Mann zu erhöhen. Der Rest der Reserven soll eingezogen und durch Aushebung von Miliztruppen und Freiwilligen ergänzt werden.

Bei dieser Gelegenheit seien einige Bemerkungen über das englische Wehrsystem am Platze, über das in Deutschland sehr irrtümliche Vorstellungen verbreitet zu sein scheinen.

Englands Wehrkraft setzt sich aus zwei großen Gruppen von Wehrmannschaften zusammen: den territorialen Mannschaften — Milizen, Freiwillige, Yeomen (berittene Bürgerwehr) — und dem aus Werbesoldaten bestehenden Berufsheer samt seinen Reserven. Die ersteren sind, wie schon der Name anzeigt, Pflichtmannschaften, wobei jedoch zur Zeit es sich nur um freiwillig oder unter moralischem Druck erfüllte Pflicht handelt. Principiell ist der Engländer so gut wie der Deutsche wehrpflichtig, er kann von Gesetzes wegen zum Dienst in der Bürgerwehr (Militia) angehalten werden, und in früheren Jahren fand dann auch Aushebung der Miliztruppen auf Grund dieser Dienstpflicht statt, wobei die Einstellung in den faktischen Milizdienst, für den natürlich nur wenige Leute benötigt waren, durch das Loos entschieden wurde. Das ist aber außer Gebrauch gekommen, und heute bestehen die Milizen ebenso wie die Yeomen-Truppen aus Leuten, die sich freiwillig — aus Tradition ꝛc. — dem Dienst unterziehen. Zahlreicher als sie sind die eigentlichen Freiwilligen-Regimenter, Territorialmannschaften von Freiwilligen, die sich aus Patriotismus, Kameradschaftsgeist ꝛc. zur Wehrhaftigkeit ausbilden lassen. Natürlich ist das vielfach mehr Soldatenspielerei als wirklicher Dienst, doch wird die Sache von Jahr zu Jahr ernster genommen. Alle diese Mannschaften nun können entweder überhaupt nicht oder nur in ganz dringenden Fällen für andren als den heimischen Verteidigungsdienst in Anspruch genommen werden. Für den Dienst in den Kolonien und für die Ausbildung dazu ist England auf seine Berufssoldaten angewiesen, aus denen das eigentliche stehende Heer sich zusammensetzt, und die durch Werbung — in früheren Jahren zum Teil auch durch Anwendung von Gewalt, Pressen — rekrutiert werden.

Es liegt nun nahe zu folgern, daß ein solches Werbeheer sich nur aus sogenannten Landknechtsnaturen, dem Abhub der Bevölkerung, zusammensetzen wird. Früher dürfte das auch vorwiegend der Fall gewesen sein. Aber im Laufe der Zeit hat sich doch auch da manches geändert. Man hat auf der einen Seite die brutalen Disciplinierungsmittel (das Peitschen ꝛc.) teils ganz aufgeben, teils sehr einschränken und, um anständige Menschen für das Heer zu gewinnen, die ganze moralische Position der Armee heben müssen. Auch heute noch spielen Leichtsinn, Verzweiflung u. dergl. eine große Rolle bei der Entschließung zum Soldatenberuf, aber doch nicht in dem Maße und in der Art, als man auf dem Festland bei dem Wort „Söldnerheer" anzunehmen geneigt ist. Man muß nicht vergessen, daß es sich bei der Werbung um junge Leute handelt, die unbescholten sein müssen, um in ein Regiment aufgenommen zu werden; und daß der Soldatendienst für die wenigsten Lebensberuf ist. Der Rekrut verpflichtet sich zu zwölfjährigem Dienst, wovon aber der kleinere Teil auf den aktiven Dienst entfällt; die übrige Zeit ist der ausgebildete Soldat Reservist. Er tritt mit einer kleinen Pension ins bürgerliche Leben zurück und hat dagegen die Pflicht, in Notfällen, wie der gegenwärtige, sich, falls die Reserven seines Regiments aufgerufen werden, wieder unter die Fahne zu stellen. Diese Aufrufung geschieht aber so selten, daß faktisch mit der aktiven Dienstzeit auch die Soldatenexistenz ihr Ende hat. Sofern also „Tommy Atkins" nicht Carriere macht, ist nach vier (in einzelnen Fällen neuerdings sogar nur drei) bis sechs Jahren seine Soldatenexistenz zu Ende. Dieser Verkürzung der aktiven Dienstzeit, die wesentlich das Werk von liberalen Kriegsministern war, ist beiläufig die Thatsache zuzuschreiben, daß England über eine relativ große Reserve geschulter Soldaten verfügt. Beim Aufruf der Reserven sind viel weniger Fälle von Absentierung vorgekommen, als allgemein angenommen wurde.

Ist es zum großen Teil leichtere Ware, die sich zum Militärdienst anwerben läßt, d. h. das weniger solide, der gewerblichen Arbeit abgeneigte oder zeitweilig außer Existenz gekommene Element der Landesjugend, so kann man die jungen Rekruten doch nicht generell als verkommen bezeichnen. Man braucht nicht just verkommen zu sein, um den Attraktionen des Militärdienstes zu erliegen. Sie sind gerade für junge Gemüter verführerisch genug. Eine Zeitlang außer Landes zu dienen, hat nichts Entwürdigendes, da der Dienst ja doch darum Dienst für das eigene Land bleibt. Es schämt sich denn auch selten ein englischer Arbeiter, Beamter oder sonstiger Civilist, der früher Soldat gewesen, dieser Epoche seines Lebens, sondern erzählt gewöhnlich nur zu gern davon. Und so spielt denn auch Familientradition keine geringe Rolle bei der Bevölkerung. Es giebt viele Familien, wo das Soldatwerden eine Art Ueberlieferung ist.

Kurz, wenn der englische Soldat auch heute noch in normalen Zeiten nicht für ganz voll gerechnet wird — im Kriege ist's natürlich anders —, so ist er doch auch nicht mehr verachtet. Er gilt eben, wie vorhin gesagt, als „leichtere Ware". Aber er ist darum doch kein Outcast (Verworfener). Seine Beziehungen zur bürgerlichen Welt — das Wort im weitern Sinne genommen, denn es handelt sich ja zumeist um Angehörige der arbeitenden Klassen —, sind kaum andre als die des festländischen Soldaten. Trotzdem er Berufssoldat ist, hat er im bunten Rock noch mindestens so viel bürgerliche Rechte wie dieser. Von einem Gegensatz zwischen Militär und Civil ist in England fast gar nichts zu spüren, dies namentlich auch deshalb nicht, weil das englische Heer selbst zwar Berufsheer ist, aber Berufsheer, dessen oberster Herr die Volksvertretung ist.

Was also auch die Fehler dieses Militärsystems des englischen Soldaten selbst sein mögen, so heißt es doch weit von der Wirklichkeit abgehen, wenn man in den Soldaten, die heute in Afrika auf englischer Seite kämpfen, etwas wie käufliche Landsknechte erblickt. Von den Freiwilligen und Reservisten gilt es schon ganz und gar nicht; es trifft aber auch nicht für Tommy Atkins zu, wie der Pindar der Kaserne, Rudyard Kipling, den englischen Soldaten genannt hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Februar.

Polnische Fragen.

Vor der Beratung der polnischen Interpellation über die Auslegung des § 187 des Gerichtsverfassungs-Gesetzes bewilligte der Reichstag die Aufhebung der früheren Verträge mit den Tonga- und Samoa-Inseln und bestätigte damit die neuen Verträge, durch welche die beiden größeren der Samoa-Inseln an Deutschland fallen. Herr v. Bülow pries den Wert der Erwerbung im Stillen Ocean, durch die neben wirtschaftlichen Vorteilen — der ganze Handelsumsatz beträgt wenige Millionen — „das deutsche Selbstgefühl" neue Stärkung erfahren habe. Das deutsche Selbstgefühl ist heutigen Tags leicht zu befriedigen; während hier zu Lande die verrottetsten Mißstände dieses deutsche Selbstgefühl nicht gering stören, macht ein äußerlicher, noch so winziger Gebietszuwachs es stolz emporschnellen. Der Alldeutsche Hasse benutzte auch diese Gelegenheit, um die Gewinnung von noch viel mehr solcher „Stützpunkte" in fernen Meeren dem Auswärtigen Amte zu empfehlen.

Darauf begründete v. Czarlinski die polnische Interpellation. § 187 des Gerichtsverfassungs-Gesetzes bestimmt, daß das Gericht einen Dolmetscher herbeizuziehen hat, wenn einer der Prozeßbeteiligten der deutschen Sprache nicht mächtig sei. In den polnisch sprechenden Landesteilen haben nun vielfach die Gerichte diese Bestimmung überaus zu Ungunsten der polnischen Bevölkerung angewendet. Wenn ein Angeklagter oder Zeuge erklärte, er sei der deutschen Sprache nicht mächtig, so wiesen die Gerichte dennoch den Anspruch auf einen Dolmetscher ab, indem sie auf Grund irgendwelcher Gründe annahmen, der betreffende Mann sei doch der deutschen Sprache genügend mächtig. Ja, oft wurden Personen, die in ihrer Muttersprache verhandelt zu werden verlangten, dafür mit Haftstrafe wegen Ungebühr belegt. Es kommt hinzu, daß in der freiwilligen Gerichtsbarkeit durch den § 54 des preußischen Gerichtskosten-Gesetzes besondere Gebühren für den Dolmetscherdienst festgesetzt worden sind, welche Bestimmung im Widerspruch zu dem oben angeführten § 187 des Gerichtsverfassungs-Gesetzes des Reichs steht.

v. Czarlinski schilderte unter Anführung wichtiger Einzelfälle, wie ungünstig sich durch jene Gesetzesauslegung die Rechtslage der polnischen Bevölkerung vielfach gestaltet hat, wie dadurch der polnischen Bevölkerung die Gerichtshalle immer noch gleich einer Folterstätte erscheine. Der Staatssekretär des Reichs-Justizamts Dr. Nieberding glaubte sich den Beschwerden des polnischen Redners durch die bequeme Ausflucht entziehen zu dürfen, daß es in jedem einzelnen Fall dem Richter überlassen werden müsse, festzustellen, ob ein Prozeßbeteiligter der deutschen Sprache mächtig sei oder nicht; von einer falschen Auslegung des Gesetzes sei keine Rede. Der preußische Justizminister Schönstedt suchte sich noch billiger aus der Affaire zu ziehen, indem er meinte, die ganze Sache gehöre nicht in den Reichstag, sondern in den preußischen Landtag. Der Herr Justizminister bewies auch sogleich, warum er solche Angelegenheiten nicht gern im Reichstag behandelt sieht, indem er eine Sprache führte, die er sich im Junkerparlament erlauben kann, die aber der Reichstag sich nicht bieten läßt. Er suchte die Interpellation zu verdächtigen, daß sie nicht aus sachlichen Gründen hervorgegangen sei, sondern nur geeignet sei „zu agitatorischer Ausbeutung".

Die nachfolgenden Redner, die Polen v. Dziembowski-Pamian und Motty sowie der Centrums-Abgeordnete Rören wiesen Herrn Schönstedt gebührend zurück; sie wiesen nach, daß diese sehr ernste Angelegenheit durchaus vor den Reichstag gehöre und daß insofern allerdings ein Verstoß gegen das Reichsgesetz vorliege, als die übliche Annahme der Gerichte, wer in der Volksschule deutsch gelernt habe und Soldat gewesen sei, müsse auch vor Gericht seine Sache in deutscher Sprache führen können, unrichtig sei. Nachdem Herr Bassermann und Graf zu Stolberg-Wernigerode vergeblich den Regierungsvertretern Hilfe zu bringen versucht hatten, nahm Genosse Stadthagen das Wort, um für die Berechtigung der polnischen Klagen einzutreten. In scharfer Darlegung kritisierte unser Redner die Zumutung, daß deutsche Reichsbürger sich vor Gericht ihrer Muttersprache nicht bedienen dürften. Es sei ein Mangel an Achtung vor der Heiligkeit des Eides, daß ein Zeuge bei Strafandrohung in einer Sprache auszusagen genötigt werde, deren er sich nicht genügend mächtig erkläre. Stadthagen wies sehr glücklich darauf hin, daß erst Mitglieder des Reichstags, wie kürzlich der Litauer Smalakys, ihre Reden vorlesen, da sie der deutschen Sprache nicht mächtig seien.

Der Verlauf der Interpellationsbesprechung hat der Regierung gezeigt, daß die Mehrheit des Reichstags eine Benachteiligung der polnischen Reichsangehörigen durch nationale Vorurteile im Gerichtssaale nicht billigt. Möge sich die Justizverwaltung danach richten.

Dienstag: Kolonialetat.

Die Bauunternehmer rüsten.

Der „Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe" in Firma Felisch und Genossen versandten folgendes Zirkular mit dem Datum des 7. Februar 1900:

„Der Vorstand des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe ist vielfach ersucht worden, auch in diesem Frühjahr eine Zusammenstellung über die örtlichen Lohnverhältnisse im Baugewerbe herauszugeben. Die verehrlichen Vorstände und einzelnen Baugewerbetreibenden werden deshalb um gefällige Beantwortung und Einsendung der in dem angebogenen Formular gestellten Fragen ergebenst ersucht.

Gleichzeitig bittet der Vorstand um gefällige Angabe von Adressen, durch deren Vermittlung italienische oder oberschlesische Maurer bezogen werden können, sowie um Mitteilung, welche Erfahrungen mit auf diesem Wege bezogenen Leuten gemacht worden sind.

Vor einigen Tagen wurde mitgeteilt, daß der Vorstand desselben Bundes, der soeben Schritte thut zur Anwerbung von Lohndrückern, beschlossen hätte, mit dem Vorstand des Centralverbands der Maurer zur Beilegung bestehender Differenzen in Verbindung zu treten. Danach hat es fast den Anschein, als ob man die Arbeiter durch scheinbares Entgegenkommen nur sicher machen will, um ihnen dann plötzlich im geeigneten Augenblicke mit um so größerer Rücksichtslosigkeit entgegenzutreten. Die Arbeiter werden auf dem Posten sein. Die Bauunternehmer rüsten sich, eine **Machtprobe großen Stils** gegenüber der organisierten Arbeiterschaft zu versuchen.

Ueber die Entlarvung des agrarischen Doppelspiels

schweigt sich die konservative Presse ängstlich aus. Wie die Kanalintriguen durch die Veröffentlichung der Zedlitzschen Honorarrechnungen enthüllt wurden, so hat das Gespräch über die „gräßliche Flotte", das Dr. Hahn mit seinem agrarischen Herzbruder geführt, klar gezeigt, was die Junker über die Marinepolitik Wilhelms II. denken. Nur liegt diesmal der Fall für die Konservativen insofern noch schlimmer, als sie bei der Kanalvorlage ihre Opposition offen zu bekennen und zu bethätigen wagten, während sie ihren Haß jetzt feige hinter einen Schwall von Phrasen über ihre nationale Opferwilligkeit verbergen und sogar versuchen, den bitteren Ernst der Hahnschen Worte für einen unverbindlichen Scherz auszugeben. Der Fall Hahn hat das armselige Spiel aufgedeckt, und die Agrarier haben jetzt die Wahl zwischen dem erschütterten Vertrauen ihrer Anhänger im Lande und dem aufs neue verschärften Mißtrauen der Krone.

Kommt es zu einer Auflösung beider Parlamente, so werden sie, was sie etwa durch ihre charakterfeste Kanalgegnerschaft in Preußen gewinnen konnten, durch ihre kläglich gespielte Flottenfreundschaft im Reiche doppelt einbüßen. —

Die Rettung des Mittelstandes

soll nun definitiv vor sich gehen. Trotzdem es die Regierung noch bei den letzten Verhandlungen über die **Warenhausbesteuerung** im Abgeordnetenhaus für unzulässig erklärte, den Warenhäusern mit einer Besteuerung des erzielten Umsatzes zu Leibe zu rücken, und trotzdem die befragten Handelskammern von dieser Art „indirekter Socialpolitik" abgeraten haben, wird nun dem Abgeordnetenhause doch der Entwurf zu einer **Warenhaus-Umsatzsteuer** zugehen. Es muß eben wieder einmal etwas geschehen, um den „Mittelstand" und seine Vertreter zufrieden zu stellen, wenn wir allerdings auch zwischen den Zeilen der offiziösen Ankündigung zu lesen glauben, daß sich die Regierung selbst wenig Nutzen für den Mittelstand von ihrem Gesetzentwurf verspricht.

Der Gesetzentwurf unterscheidet vier große Warengruppen:

A) Material- und Kolonialwaren, Eß- und Trinkwaren, Tabak, Drogueu ꝛc.;

B) Manufaktur- und Modewaren, Wäsche, Konfektion ꝛc.;

C) Haus- und Küchengeräte, Glaswaren, Möbel ꝛc.;

D) Edelmetalle, Kunst-, Luxus-, Kurz- und Galanteriewaren, Papierwaren, Instrumente, Waffen ꝛc.

Und der Entwurf bestimmt: „Wer das stehende Gewerbe des Klein- (Detail-)Handels mit mehr als einer der im § 5 dieses Gesetzes unterschiedenen (siehe vorstehend) Warengruppen betreibt, unterliegt, wenn der Jahresumsatz — einschließlich desjenigen der in Preußen belegenen Zweigniederlassungen, Filialen, Verkaufsstätten — 500 000 M. übersteigt, der nach Vorschrift dieses Gesetzes zu entrichtenden, den Gemeinden zufließenden Warenhaussteuer." Ob der Detailhandel im offenen Laden, Warenhaus, Lager und dergleichen oder als Versandgeschäft, auf Bestellung oder ohne solche betrieben wird, macht für die Besteuerung keinen Unterschied. Vereine, eingetragene Genossenschaften und Korporationen unterliegen nicht der Warenhaussteuer, falls sie auch der Gewerbesteuer nicht unterworfen sind.

Die Warenhaussteuer beträgt bei einem Jahresumsatz von

mehr als	bis	Steuersatz
500 000 Mark	550 000 Mark	7 500 Mark
550 000 „	600 000 „	8 500 „
600 000 „	650 000 „	9 500 „
650 000 „	700 000 „	10 500 „
700 000 „	750 000 „	11 500 „
750 000 „	800 000 „	12 500 „
800 000 „	850 000 „	13 500 „
850 000 „	900 000 „	15 000 „
900 000 „	950 000 „	16 500 „
950 000 „	1 000 000 „	18 000 „
1 000 000 „	1 100 000 „	20 000 „
1 100 000 „	1 200 000 „	22 000 „

und so fort für jede 100 000 M. mehr 2000 M. Steuer mehr, höchstens aber 20 Proz. des Ertrages. — Die Erträge sind von den Gemeinden, soweit sie von den in der dritten und vierten Steuerklasse veranlagten Gewerbetreibenden Prozente der staatlichen oder einer besonderen Gewerbesteuer erheben, zur gleichmäßigen Erleichterung der von diesen Steuerklassen zu erhebenden Prozente bezw. Steuer, andernfalls zur Bestreitung von Gemeindebedürfnissen zu verwenden.

Weiter heißt es in der offiziösen Mitteilung: „Die Warenhaussteuer zielt nur auf die sogenannten Großbazare ab, d. i. in größtem Maßstabe arbeitende Detailgeschäfte, welche mehrere miteinander nicht verwandte, oben in vier Kategorien eingeteilte Warengruppen feilhalten. Die Steuer trifft also nicht solche Geschäfte, welche sich auf nur eine Warengruppe beschränken, mag ihr Umsatz auch beliebig groß sein. Ferner wird, was die Höhe der Steuersätze anbetrifft, nach Meinung der Regierung daran festzuhalten sein, daß die nach dem Gesetzentwurf zu erhebenden 2 Proz. des Umsatzes die äußerste zulässige Grenze der Steuerbelastung darstellen; eine noch höhere Steuer würde gegenüber manchen Betrieben prohibitiv wirken. Eine solche Tendenz würde mit den Grundsätzen einer richtigen Steuer- und Socialpolitik unvereinbar sein."

Die Mittelstandspolitiker müßten wirklich sehr kurzsichtig sein, wenn sie sich von einem solchen Gesetz eine besondere Hebung der wirtschaftlichen Lage des Kleingewerbes versprächen. Einen höheren Steuersatz als 2 Proz. vom Umsatz will die Regierung nicht zubilligen, weil sie dies als die äußerste zulässige Grenze der Steuerbelastung betrachtet. Die großen Geschäfte werden es aber jedenfalls verstehen, die neue Auflage zum großen Teil auf ihre Lieferanten und auf die Käufer abzuwälzen, und was etwa noch auf ihren eigenen Schultern lasten bleiben sollte, das werden sie vielleicht grade durch eine Vergrößerung ihrer Unternehmungen und durch verstärkte Konkurrenz gegen die kleineren Geschäfte wieder einzubringen suchen.

Sehr angenehm wird es den kleinen Geschäftsleuten, die man „retten" will, unzweifelhaft sein, daß die bei ihnen so beliebten Vereine und Korporationen mit großen Warenhäusern, wie Offiziers-, Beamtenvereine ꝛc., von jeder Besteuerung frei bleiben.

Unwirksam wird das geplante Gesetz auch dadurch, daß die Extrabesteuerung wegfällt, sofern die Geschäfte nur Waren aus einer der obigen vier großen Gruppen vertreiben. Riesengeschäfte wie Rud. Hertzog, Israel in Berlin ꝛc. würden der Warenhaussteuer also nicht unterliegen, weil sie nur Waren aus der Gruppe „Manufaktur, Modewaren, Wäsche, Konfektion" verkaufen. Daß derartige Specialgeschäfte aber dem Mittelstand weniger gefährlich seien als die Wertheim und Kollegen, zu dieser Ansicht dürften die zu schützenden kleinen Gewerbetreibenden wohl nur schwer zu bekehren sein. Und natürlich würde das Gesetz, wenn es wirklich den Warenhäusern unangenehm fühlbar werden sollte, die Entstehung derartiger großer Specialgeschäfte begünstigen.

Alles in allem, so wird der Mittelstand zweifellos keine Gelegenheit bekommen, durch das Gesetz den modernen großen Verkaufsmagazinen die Existenzbedingungen abgeschnitten zu sehen, und er wird trotz der neuen Erdrosselungssteuer nicht in die Lage kommen, der weisen preußischen Regierung für die Erhebung aus wirtschaftlichem Verfall zu danken. —

Deutsches Reich.

Prinz Heinrich,

der Bruder Wilhelms II., kehrt Dienstag von seiner zweijährigen Chinareise zurück. Er gedachte, bekanntlich nach seinem Gelöbnis vom Dezember 1897, „das Evangelium Seiner Majestät geheiligter Person im Auslande zu künden, zu predigen jedem, der es hören will, und auch denen, die es nicht hören wollen." Das wird der Prinz denn auch wohl gethan haben, ohne es übrigens, so viel wir wissen, nötig gehabt zu haben, mit „gepanzerter Faust" darein zu fahren — wie es der kaiserliche Bruder für möglich gehalten.

Der Chinafahrer soll mit großem Prunk in Berlin empfangen werden. —

Ein politisierender Herzog-Offizier. Es wird jetzt bestätigt, daß Wilhelm II. dem Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg sein Befremden ausgesprochen habe, weil er mit einem Vertreter des nationalistischen Pariser Blattes „Eclair" eine Unterredung gehabt hat, die dann veröffentlicht wurde.

Der Herzog, der Regent von Mecklenburg, ist preußischer Generalmajor. In dieser Eigenschaft, nicht etwa als Bundesfürst, hat der Herzog wohl die kaiserliche Rüge erhalten. Es würde der Verfassung widersprechen, wenn der König von Preußen einem gleichberechtigten Bundesfürsten Vorschriften über sein Thun und Lassen machte. Dagegen hat Wilhelm II. als militärischer Vorgesetzter ein Recht, den Herzog darauf aufmerksam zu machen, daß Offiziere keine Politik treiben, also auch weder sich interviewen lassen noch Reden halten dürfen. Demzufolge wird nun der Herzog auch wohl den Vorsitz der Deutschen Kolonialgesellschaft niederlegen müssen.

Der Fall wird wohl eine Warnung für alle Bundesfürsten sein, soweit sie preußische Offiziere sind, sich etwa an der politischen Flottenagitation zu beteiligen. Er erklärt aber auch zugleich die eigentümlichen Subordinationserscheinungen, wie sie gegenwärtig im Bundesrat sich geltend zu machen scheinen. —

Das Abgeordnetenhaus behandelte am Montag die Etats der direkten und indirekten Steuern, wobei die Vertreter des Bürgertums über zu schroffe Ausführung des Einkommensteuer-Gesetzes Klage führten. Die Vorlage betr. Einführung einer neuen Gemeinde-Ordnung für die Hohenzollernschen Lande wurde nach längerer Debatte einer Kommission überwiesen. Dienstag: Etat des Ministeriums des Innern. —

Kanal und Flotte. Nach einer Meldung der „Berliner Politischen Nachrichten" hat der Finanzminister Miquel mit den Ministern Thielen, Brefeld und Hammerstein eine Besprechung gehabt, „in welcher Uebereinstimmung über die demnächst dem Landtage zu machende Kanalvorlage erzielt worden sein dürfte".

Wenn mit „demnächst" ein Zeitpunkt gemeint sein sollte, wie es dem Sprachgebrauch entspricht, so würden Kanal und Flotte, die halbe Milliarde für einen Kulturzweck und die sechs Milliarden für eine Kulturwidrigkeit nebeneinander zur Beratung gelangen. Schon klagt die „Post", „daß die Verhandlung über die weitsehenden Kanalpläne und den dadurch bedingten Kostenaufwand für den befriedigenden Ausgang der Verhandlungen über die Flottenvorlage keineswegs günstig sein kann".

Das kann nur heißen, daß alsdann die Konservativen gegen die Flotte öffentlich auftreten werden, wie sie jetzt schon insgeheim gegen sie intriguieren. Denn die Haltung der übrigen Parteien, die dem Kanalentwurf freundlich gesinnt sind, würde natürlich durch die Einbringung des Kanalentwurfs nicht beeinflußt werden. Die „Post" vergißt ganz und gar, daß der Kaiser für die Kanalvorlage seinen „unbeugsamen Willen" verpfändet hat, während für die Stumm angenehme Flotte nicht einmal die Regierungsvertreter mit nennenswerter Energie eingetreten sind.

Auch die „Konservative Korrespondenz" sieht in der Einbringung der Kanalvorlage einer Gefährdung des Flottenplans. —

Siegreiche Niederlagen. Mit der Erfindungskraft englischer Kriegsberichterstatter sucht jetzt die ministerielle „Berliner Korrespondenz" das glänzende Fiasko der Flottenprofessoren in unsren Protestversammlungen zu einem Erfolg, wenigstens zu einem Achtungserfolg umzufärben. Wenn man bedenkt, daß vor den Versammlungen überall das dunkle Gerücht ausgesprengt wurde, auch die Arbeiterschaft sei im Grunde flottenbegeistert, so ist die Genügsamkeit, die man jetzt zur Schau trägt, nachdem sich die Seuchenfestigkeit der Arbeiter glänzend erwiesen hat, von einer wahrhaften Kasperle-Komik. Jetzt sieht man schon einen großen Erfolg darin, daß die Herren Professoren nicht hinausgeworfen worden sind. Sie hätten unter den ungünstigsten Bedingungen gesprochen und es trotzdem erreicht, daß zum erstenmal die „socialdemokratischen Arbeiter, die Tag aus Tag ein von ihrer Presse gegen die Flottenverstärkung aufgehetzt werden, die Flottenfrage in objektiver Darstellung gesehen" hätten.

Uebrigens erfahren wir aus der „Berl. Korresp." noch eine Handlung von seltenem Edelmut. Die Flottenfreunde sollen es nämlich absichtlich vermieden haben, ihre Anhänger in größeren Scharen aufzubieten. In der Versammlung des dritten Wahlkreises war von dieser Enthaltsamkeit nichts zu merken. Aber wenn die Flottenfreunde eben nur für eine Versammlung in genügender Anzahl vorhanden sind, so vermeidet man es „absichtlich", in die übrigen 18 Versammlungen die größeren Scharen zu entbieten, über die man nicht verfügt. —

Unsre Professoren.

Der Professor Leist hat in einer nationalliberalen Versammlung zu Gießen einen Vortrag über **politische Gimpelfallen** gehalten, worunter er die — **Gewerkschaften** verstanden wissen will. Eine Verleihung der Korporationsrechte an die Berufsvereine sei deshalb zu verwerfen. Durch die Gewerkschaften würde, so giebt ein Bericht der „Hessischen Landeszeitung" die professoralen Darlegungen wieder, ein System der Unfreiheit etabliert. Um die ganz indifferenten Arbeiter, die „Gimpel", einzufangen, wurden die Unterstützungskassen begründet. Durch die **Koalitionsfreiheit** werde die **individuelle Freiheit totgeschlagen.** Diese letztere müsse aber gewahrt bleiben. Daher sei eine Bestimmung dahingehend notwendig, daß die Arbeiter, die einem Berufsverein beigetreten seien, auch jederzeit unter Rückerstattung ihrer Beiträge wieder austreten könnten. Man müsse die Thüren dieser Vereine nicht zumachen, damit die Vögel (die „Gimpel") munter wieder herausfliegen könnten.

Ist dieser nationalliberale Gimpelfallen-Professor nicht auch Flottenagitator?" —

Datierbare Begeisterung. Der „Vorwärts" hatte gelegentlich der Flottenverhandlungen geschrieben:

„Und die Hauptsache ist: die ganze Flottenbegeisterung ist künstliche Mache — die Männer, die für die Vorlage eintreten, thun es, weil sie müssen oder um ihres Vorteils willen."

„Ist es dem socialdemokratischen Centralorgan denn ganz unmöglich, mit anständigen Mitteln gegen die Flotte zu kämpfen?" fragt dazu die „Welt am Montag", die also das Aussprechen der Wahrheit bereits für — unanständig hält. Wir schlagen dem Blatt, dem sich die Welt am Montag wunderbar national-social färbt, vor, uns eine einzige Versammlung zu nennen, die vor dem 18. Oktober 1899, dem Tage der Hamburger Kaiserrede, eine Vermehrung der Flotte über den Marineplan von 1898 hinaus gefordert hat. Wir sind bescheiden und begnügen uns sogar mit der Nennung einer national-socialen Versammlung. Alsdann werden wir unsern Irrtum bekennen und zugeben, daß wenigstens die National-Socialen, bildlich gesprochen, Palästinareisen unternehmen, bevor der Kaiser ins gelobte Land reist.

Oder beklagt man sich nur darüber, daß wir in der obigen Aeußerung die paar schwärmenden Wirrköpfe nicht erwähnt haben, die alsbald selbstlos zu blasen anfangen, wenn irgend jemand mit dem Taktstock fuchtelt? Diese Ueberall-Musikanten gehören nicht zu den eigentlichen Flottenagitatoren, weil sie gar nicht die Mittel haben, eine rentable Begeisterung zu entfachen. —

Was bei der Bäckerei verdient wird. Der „Reichsbote" will den Arbeitern die Augen öffnen über das innerste Wesen der socialistischen Agitation, indem er wiederholt auf der Bilanz der Berliner Genossenschaftsbäckerei herumreitet. Er giebt sich dabei vor seinen Lesern den Anschein der Ehrlichkeit, daß er unsre Bemerkungen zur Sache abdrucke. Eine „Bestätigung" seiner „neulichen Mitteilungen" über den Profit dieser Genossenschaft nennt er das. Was haben wir denn zu bestätigen an Mitteilungen, die erst aus dem „Vorwärts" entnommen sind? Hätte dagegen der „Reichsbote" unsre Notiz zur Sache ganz abgedruckt, dann wäre er natürlich nicht in der Lage, so albern zu schwätzen über die Verdienste der „Socialistenbäckerei" (eigentlich doch wohl Brotbäckerei).

Die socialdemokratische Partei hat mit diesem Bäckereibetriebe, der zufällig 19 Besitzern gehört, ebensowenig zu thun, als wie mit irgend einem andern kapitalistischen Unternehmen, mag es nun einen oder hundert Eigentümer haben. Daß sich das Unternehmen Genossenschafts-Bäckerei nennt — könnten wir das vielleicht hindern? Sollen wir etwa des Namens wegen dafür verantwortlich sein? Dann könnte man uns ja auch alle andern Unternehmungen anhängen, die sich des Namens Genossenschaft bedienen. Werden doch sogar die „Berliner Neuesten Nachrichten", die „Post" und die „Staatsbürger-Zeitung" von Genossenschaften betrieben. Kapitalistisch wirtschaftende Genossenschaften haben auch dann nichts mit dem Socialismus zu thun, wenn die Genossenschafter zufällig Socialdemokraten sein sollten. —

München, 10. Februar. In der **Abgeordnetenkammer** gingen unsre Vertreter Franz Schmidt und Müller der Polizeidirektion in München scharf zu Leibe und charakterisierten namentlich die Plakatcensur in München, welche mitunter die lustigsten Streiche österreichischer Censoren übertrifft. Genosse Müller beschwerte sich über die Personalakten, die unsre Polizei über die Journalisten führt, sowie über die mitunter unzuverlässigen, von Unfähigkeit der Beamten zeugenden Berichte der die Versammlungen überwachenden Polizeikommissare. Unsre Redner forderten den Minister auf, mit der aus der „Steinzeit übernommenen Polizeipraxis" zu brechen, worauf Excellenz v. Feilitzsch nicht einzugehen gewillt ist. Bei dem Kapitel Maß- und Gewichtspolizei brachte Genosse Birk die Mogeleien der Brauereibesitzer zur Sprache. Viele Brauer lassen ihre Fässer jahrelang nicht aichen; obwohl die Bierfässer durch Aufquellen des Peches und Reparaturen 2—3 Liter weniger als ursprünglich halten, müssen sie vom Wirt für voll bezahlt werden. — Heute haben die Beratungen über die Novelle zum Berggesetz vom 20. März 1869 begonnen. Um den gesetzlichen **Achtstundentag** wird sich eine lebhafte Debatte entwickeln.

Sächsische Steuerpolitik.

Aus Sachsen wird uns geschrieben:

Die klassenegoistische knauserige Steuerpolitik der konservativen Reaktionäre im sächsischen Landtag rächt sich jetzt durch eine Finanzkalamität, die nun Regierung und Landtag drängt, außergewöhnliche Maßnahmen zu treffen. Man muß die Methode der letzten Finanzminister kennen, um zu verstehen, daß diese Kalamität eintreten mußte. Herr v. Könneritz wirtschaftete sozusagen aus dem Vollen; er rechnete noch nicht mit Anleihen zu Eisenbahnbauten, denn die Ueberschüsse aus den Eisenbahnen flossen reichlich und kleinere, wenig rentable Nebenbahnen zu bauen, sperrte man sich. Aber die Bevölkerung drängte zu schnellerem Ausbau des Eisenbahnnetzes und da mußte es einmal dahin kommen, mit dem alten System zu brechen und zu dem Hilfsmittel der Anleihen zum Eisenbahnbau zu greifen.

So lange aus dem Vollen gewirtschaftet wurde, hat man auch den Etat mit überflüssigen, geradezu unverantwortlichen Ausgaben belastet. Nicht gerechtfertigt waren zum Beispiel die im letzten Jahrzehnt mehrfach erhöhten Apanagen, ebenso übermäßige Gehaltserhöhungen für höhere Beamte und die Geistlichen. Eine ganz falsche, ja unverantwortliche Aktion war die Verstaatlichung der Freiberger Werke. Es stand fest, daß aus dem Freiberger Bergbau nicht mehr viel zu holen ist, trotzdem erfolgte der Ankauf der Werke, die inzwischen eine erkleckliche Anzahl Millionen Zuschuß erforderten. Der Ankauf wurde mit einem Anschein von Arbeiterfreundlichkeit begründet: Man könne die Bergarbeiterschaft nicht durch schnelle Ablegung ins Unglück stürzen — allein, das waren die wahren Gründe für den Ankauf nicht. Wollte man wirklich der arbeitslos werdenden Arbeiterschaft helfen, dann hätte sich mit den nun verpulverten Millionen außerordentlich viel thun lassen und der Staat hätte nicht das Malheur, in seinem Etat die Zuschüsse als laufendes und fressendes Uebel zu haben. Und trotz dieser Zuschüsse werden immer mehr Arbeiter abgelegt, das Werk schrumpft zusammen.

Ferner: Als man zum schnelleren Ausbau des Eisenbahnnetzes sich gezwungen sah und — besonders unter dem Finanzminister v. Thümmel — das Anleihesystem beliebt wurde, erfüllte die Regierung trotz der ewigen Klage über die wachsenden Matrikularumlagen eine Reihe agrarischer Wünsche, die selbstverständlich den Etat ganz ansehnlich belasteten. Sollten dagegen in den Etat für die Volksschulen oder zur Erhöhung der Löhne der Eisenbahnarbeiter höhere Summen eingestellt werden, dann hatte die Regierung dazu keine Mittel, weil alles im Sinne der konservativen Reaktionäre verbraucht wurde.

Das schönste ist aber, daß diese Reaktionäre dem Staate trotz alledem die Einnahmen verkümmerten. Als die Einkommensteuer revidiert wurde und die socialdemokratische Fraktion eine Progression bis zu 6 Proz. für die höchsten Einkommen vorschlug, schrie die agrarisch-konservative Clique Zeter und Mordio, sprach von einer Konfiskation des Vermögens und hielt 4 Proz. als das höchste, was man den nicht arbeitenden Millionären abnehmen dürfe.

Daß bei einer derartigen Finanzpolitik, die auch auf andren Gebieten sich so beschränkt äußerte, eine Finanzkalamität eintreten mußte, war vorauszusehen. Wohl schwafelte gelegentlich der Ab-

geordnete Opitz von der Einführung einer Vermögens- und Kapitalrentensteuer, als aber die Regierung mit ähnlichen Plänen in den letzten Jahren hervortrat, scheiterten diese hauptsächlich an dem Widerstand der Konservativen. Sie hielten die Taschen der Reichen zu und nahmen aus den Taschen andrer, was sie nur kriegen konnten! Nun rächt sich das alles.

Komisch, höchst komisch wirkt der Versuch, den nun diese Volksbeglücker zu einer Sanierung der sächsischen Finanzen unternehmen. Wir trauten unsren Augen nicht, als wir lasen, daß auf Vorschlag des konservativen Abgeordneten und Kammerpräsidenten Mehnert eine „Freie Vereinigung" von Kammermitgliedern gebildet wird, die zur Abänderung der Steuergesetzgebung Vorschläge machen soll und daß in dieser „Freien Vereinigung" auch ein socialdemokratischer Abgeordneter mitwirken soll.

Wohlgemerkt — wir haben gar nichts dagegen einzuwenden, wenn einer unsrer Abgeordneten in diese Vereinigung geht, aber es muß doch höchst auffällig erscheinen, daß — nachdem man seit je die socialdemokratischen Abgeordneten aus allen Deputationen ausschloß und daß jetzt, wo ziemlich sicher ist, daß unter dem „elendesten aller Wahlsysteme" die letzten vier socialdemokratischen Abgeordneten bei den nächsten Wahlen aus dem Landtage „eliminiert" werden — man auf einmal die Mitwirkung eines socialdemokratischen Abgeordneten bei der Abänderung der Steuergesetzgebung so hoch einschätzt und den früheren rücksichtslosen Gepflogenheiten der Konservativen einen Wischer versetzt.

Auf das Conto zunehmender Einsicht der Konservativen können wir das bei unsrer Kenntnis der Beschaffenheit dieser Elemente nicht setzen. Sollten sie dagegen wirklich so bauernschlau sein, der Socialdemokratie durch ihre letzten Vertreter im Landtage noch ein Stück Verantwortung für die geplante Abänderung der Steuergesetze aufhalsen zu wollen? Das wäre zu schlau.

Die socialdemokratischen Abgeordneten kennen die einzelnen Phasen der sächsischen Finanzpolitik so gut, wie die Stellung, die die Fraktion stets eingenommen hat und werden, wie bisher, die Interessen der werkthätigen Bevölkerung gegenüber den Liebesgabenschluckern und den ihre eigne Tasche schonenden Reaktionären vertreten. Die Konservativen haben den Karren verfahren und die Regierung ließ das zu, beugte sich vor deren Wünschen. Nun sitzen beide in der Patsche.

Und jetzt sollen Socialdemokraten ihnen mit heraushelfen? O Ironie der Geschichte! —

Cirkus Busch.

Im Cirkus Busch hatten sich am Montag einige Tausend Landwirtschafts-„Notleidende" zur 7. Generalversammlung ihres Bundes versammelt. Die Versammlung gestaltete sich zu einer lebhaften Demonstration gegen die Regierung, welche nicht genug für die Landwirtschaft thue, sowie gegen eine Weltballpolitik, die ebenfalls die Landwirtschaft gefährde.

In seinem Geschäftsbericht gab Abg. Dr. Hahn an, daß der Bund gegenwärtig rund 206 000 Mitglieder zähle, seit dem Vorjahre also eine Vermehrung um 19 000 erfahren habe. Von den Mitgliedern wohnen östlich der Elbe 100 600, westlich 105 400. Die Beiträge gingen „verhältnismäßig pünktlich" ein. Im übrigen schwieg sich der Abg. Hahn über die Einnahmen und Ausgaben des Bundes aus. Abg. Hahn schloß seinen Geschäftsbericht mit einem Mißtrauensvotum gegen die Regierung, welche das heimische Wirtschaftsleben aus politischen Rücksichten auf das Ausland leiden lasse.

Der zweite Vorsitzende des Bundes, Abg. Rösicke, tadelte den Gesetzentwurf über die Fleischbeschau. Er klagte, daß der Landwirtschaft die schönen Worte zugewiesen werden, daß die **kräftigen, schützenden Thaten der Exportindustrie,** dem internationalen Handel, namentlich dem überseeischen Handel, der industriellen Bevölkerung seitens der Regierung gewährt werden. Der Bund könne mit Vertrauen in die Zukunft blicken, wenn die Abgeordneten ohne Scheu nach oben und unten handeln. (Bravo!) Wenn von der Rechten Vorlagen abgelehnt oder nur sachlich kritisiert würden, so finde die Regierung das unerhört, richte sich nicht danach und suche geradezu eine Strafvollstreckung zu inaugurieren. Diese Bevormundung sei verhängnisvoll. „Man soll uns nicht für politische Kinder halten." Die auswärtige Politik interessiere sich für die großkapitalistischen Unternehmungen des Bahnbaues in Kleinasien, wodurch die Gefahr auswärtiger Verwicklungen gegeben sei. Diese Unternehmungen aber brächten zunächst der deutschen Landwirtschaft, später auch der deutschen Industrie Konkurrenz. Aus dem Schoße der Kornkammer des Altertums, Mesopotamien, werde es möglich sein, den Weizen mit 60 M. pro Tonne unverzollt nach Deutschland zu führen. Wenn unsre Entwicklung zur Verwirklichung einer sogenannten Weltballpolitik aushole, so werde hierbei weder die Landwirtschaft noch die Industrie ihre Rechnung finden, sondern allein der Großhandel. Nicht, ob Deutschland Agrar- und Industriestaat sein soll, sei die Frage, sondern: soll Deutschland in erster Linie ein internationaler Handelsstaat, ein Zwischenhandelsstaat werden? Daß thatsächlich die Tendenz vorhanden sei, ergebe sich schon aus der Begründung zur Flottenvorlage, die nicht den Schutz der heimischen Produktion, sondern des Seehandels und der Einfuhr der Nahrungsmittel als wesentliche Aufgabe der verstärkten Flotte hinstellt. Darin sei nicht eine Gewähr für eine kräftige heimatliche Entwicklung zu erkennen. In diesem Nachgehen auf den Spuren Englands müßten die Kräfte Deutschlands verflüchtigt werden. Wenn auch die Berater des Kaisers andren Zielen zustreben, habe der Bund doch das Vertrauen auf den Kaiser, daß es ihm fern liege, den Bauern- und Mittelstand in Kraftlosigkeit dahinsiechen zu lassen.

Abg. Frhr. v. Wangenheim, der Vorsitzende des Bundes, sprach über die Flottenvorlage. Er könne sich nicht für die Art erwärmen, wie man für die Vorlage im Lande Stimmung gemacht hat. Die Sache sei zu ernst, um in Hurrastimmung verhandelt zu werden und bedürfe reiflichster Prüfung. „Die Landwirtschaft — darüber kann kein Zweifel sein — hat von dieser Vorlage keinen Vorteil zu erwarten, im **Gegenteil** eine erhebliche **Verschärfung der Arbeiternot** und eine dauernde Verteuerung von Kohlen und Eisen. Wenn die deutsche Landwirtschaft Opfer bringen soll, so müsse sie dazu durch eine weise nationale Wirtschaftspolitik dauernd in die Lage versetzt werden. Mit Bezug auf die Handelsverträge erklärte Abg. v. Wangenheim, daß der Einfluß schroffer und einflußreicher Gegner im Parlament und bei den Behörden nur überwunden werden könne, wenn der Bund zeige, daß der Mittelstand auch heute noch eine Macht bilde und dieselbe zu gebrauchen gesonnen sei.

Hierauf überbrachte der Vicepräsident des Reichstags v. Frege einen Gruß aus Sachsen, wo alle Parteien gegen die Socialdemokratie einig seien, nachdem die Freisinnigen eliminiert seien. Er schloß mit einem Hoch **auf den Reichskanzler der Zukunft,** der den Spuren des Fürsten Bismarck folge.

Abg. Oertel führte aus: Die deutsche Treue dürfte nicht gebrochen werden, auch wenn es sich um einen Kanal handelt. „Pfui! Pfui!" ertönte es, als Abg. Oertel die Aeußerung des Eisenbahnministers erwähnte, die Landwirte sollten sich nicht einbilden, daß sie allein auf der Welt seien.

Eine den Reden entsprechende Resolution fand Annahme. Und den Beschluß der Demonstration bildeten einige der üblichen Ulke Liebermanns v. Sonnenberg, der erklärte, daß er sich mit Stolz als Junker fühle. —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Wien, 12. Februar. Der Reichsrat ist auf den 22. d. M. einberufen worden. —

Frankreich.

Paris, 12. Februar. **Deputiertenkammer.** Waldeck-Rousseau legt den Gesetzentwurf vor, welcher bezweckt, den schriftlichen und mündlichen **Verstößen der Geistlichen** Einhalt zu thun. (Beifall der Linken.) Der Gesetzentwurf wird den Bureaus überwiesen. Duquesnay wünscht sofort über die jüngsten **Unruhen auf Martinique** zu interpellieren. Die Kammer beschließt auf Ersuchen Waldeck-Rousseaus mit 301 gegen 215 Stimmen, die Interpellation bis nach Erledigung des Budgets zurückzustellen. — Cassagnac wünscht über die Maßregeln zu interpellieren, welche die Regierung gegenüber gewissen Bischöfen zu ergreifen gedenkt. Waldeck-Rousseau verlangt, daß die Interpellation bis nach Erledigung des Budgets vertagt werde. Der Socialist Viviani erklärt, er habe über dieselbe Angelegenheit interpellieren wollen, aber die Thatsache, daß die Regierung heute eine darauf bezügliche Vorlage eingebracht habe, genüge ihm. Die Vertagung der Interpellation Cassagnacs wird mit 387 gegen 91 Stimmen beschlossen. Hériſſé wünscht zu interpellieren wegen der Absendung weißer Truppen nach Madagaskar. Kriegsminister Galliffet erklärt, es sei richtig, daß zwei Batterien dorthin abgegangen seien oder nach Diego Suarez abgehen würden. Dieselben würden aber weder im Buschkampf noch auch zu Straßenbauten verwendet werden. Die Interpellation wurde sodann bis zur Beratung des Kriegsbudgets zurückgestellt.

Gegen den Klerus. Paris, 12. Februar. Wie verlautet, wird der Erzbischof von Aix infolge seines jüngsten Briefes an die Regierung seines Amtes entsetzt werden. Die Regierung wird heute einen Gesetzentwurf in der Kammer einbringen, worin die Befugnisse des Unterrichtsministers gegenüber dem Klerus erweitert werden sollen. —

Französische Kolonialpolitik. Aus Martinique wird gemeldet: Die Landarbeiter haben eine Lohnerhöhung gefordert, wodurch große Straßenkundgebungen entstanden. Diese Kundgebungen arteten in einen Kampf zwischen den Ausständigen und den Truppen aus. Die Truppen machten Gebrauch von ihren Waffen, töteten 8 Ausständige und verwundeten 14. Eine Interpellation wird dieserhalb in der Kammer eingebracht werden. Der Kolonialminister hat von dem Generalgouverneur Einzelheiten eingefordert.

England.

Irische Aktionen. John Redmond, der Führer der Partei der irischen Nationalisten, hat einen Aufruf an das irische Volk erlassen, in welchem er zur Beisteuer von Geldmitteln auffordert. Er hebt hervor, die gegenwärtige **Krisis des britischen Reichs** biete den irischen Deputierten **die günstigste Gelegenheit,** die englischen politischen Parteien zu zwingen, Homerule zuzugestehen, die Landfrage zu ordnen und den übrigen Beschwerden Irlands abzuhelfen. —

Belgien.

Brüssel, 11. Februar. („Voss. Ztg.") Infolge der neuen vollzogenen Gemeindewahlen stellt sich nach statistischer Feststellung die Lage der **Socialistenpartei in den Gemeinderäten** Belgiens also dar: Die Socialisten sind in allen Gemeinderäten der großen und mittleren Städte vertreten, zum Teile sehr stark, verfügen sie doch in Brüssel, Lüttich und Gent über ein Drittel der Stimmen der Gemeinderäte. In den Provinzen Lüttich, Hennegau und Namür giebt es 165 Gemeinden, in denen Socialisten teils allein, teils im Bunde mit den Radikalen die Rathäuser erobert haben. Davon kommen 33 auf die Provinz Hennegau. In den wichtigen Industrie-Orten La Louvière, Carnières, Bois d'Haine, Cuesmes, Frameries, Quaregnon, Wasmes, Pâturages, Dampremy, Gilly, Lodelinsart, Monceau und Courcelles sind die Socialisten die Herren der Gemeindeverwaltungen. In der Provinz Lüttich giebt es 26 socialistische Gemeinderäte, darunter in den bedeutenden Industriestädten Seraing, Angleur, Herstal, Eupival, Ans, Flémalle-Grande. Die Provinz Namür zählt sechs socialistische Gemeinderäte. Das sind um so bemerkenswertere socialistische Erfolge, als die klerikalen Kammern zur Bekämpfung des Socialismus für die Gemeindewahlen ein erzreaktionäres, das Stimmrecht der arbeitenden Klassen und breiten Volksschichten arg einschränkendes Gesetz erlassen haben.

Rußland.

Der lästig gewordene treue Unterthan. S. Scharapow (der bekannte Slavophile, der neulich einen Anklagebrief gegen den Finanzminister Witte an den Staatscontroleur geschrieben hat, worüber wir im „Vorwärts" seiner Zeit berichtet haben) wird nun von der Regierung mit allen Mitteln verfolgt. Bald nach dem Verbot seiner Zeitschrift „Rußki Trud" wurde auch seine neu gegründete Zeitschrift „Rußkaja Beßjada" verboten. Der Redacteur der Zeitschrift „Nedjelja" hat um seine Mitarbeiterschaft geworben, erhielt aber einen Befehl von der Hauptverwaltung der Preßangelegenheiten, er möge auf die Mitarbeiterschaft Scharapows verzichten. —

Afrika.

Englische Schwierigkeiten in Aegypten. Ein Telegramm aus Kairo vom 11. Februar berichtet: Ueber die Insubordination unter den sudanesischen Truppen beobachten die Behörden zwar vollkommenes Stillschweigen, die Angelegenheit scheint aber erheblichen Umfang angenommen zu haben und die Eingeborenen-Offiziere scheinen sehr kompromittiert zu sein. —

Partei-Nachrichten.

Parteilitteratur. Unter der Direktion von Jaurès geben unsre französischen Parteigenossen eine in Lieferungen erscheinende „Histoire Socialiste" heraus. An derselben arbeiten außer Jaurès auch die Genossen Jules Guesde, Deville, Viviani, Gérault-Richard, Brousse, Millerand und andre mit. Es soll — so erklärt Jaurès in der „Petite République" — nicht eine Geschichte des Socialismus oder der Socialdemokratie in Frankreich sein, sondern es soll vielmehr ein Stück französischer Geschichte überhaupt werden; und zwar wird das Werk die Geschichte von 1789—1900 umfassen. Selbstverständlich wird die proletarische Bewegung in ihren Ursachen und Wirkungen eine besonders eingehende Würdigung finden. Dem Text sind auch Bilder beigegeben, so daß der Preis von 5 Centimes für die Lieferung ein recht mäßiger erscheint. Die Lieferungen erscheinen bei Jules Rouff u. Co., Cloitre Saint Honoré, Paris.

Der Streik der östreichischen Bergarbeiter.

Aus **Wien** wird uns vom 11. Februar geschrieben: Die Verhandlungen vor dem Einigungsamt in Teschen, von denen man eine günstige Wendung für den gesamten Generalstreik erwartete, sind gescheitert. Das Streikkomitee von Mährisch-Ostrau ist noch gestern abend zu einer Sitzung zusammengetreten und hat nach langen und stellenweise sehr erregten Debatten einstimmig beschlossen, den heutigen Arbeiterversammlungen den Antrag vorzulegen, die sogenannten Zugeständnisse der Gewerke als ungenügend zu erklären und im Streik weiter zu beharren. Diese kampfentschlossene Stimmung wird von der gesamten Arbeiterschaft der beiden Reviere geteilt. In Mährisch-Ostrau fand heute eine große Versammlung unter freiem Himmel statt; als die Vorschläge der Unternehmer bekannt gegeben wurden, brach, wie die nach Wien angelangten Telegramme melden, ein wahrer Entrüstungssturm los. Wohl ist morgen noch eine Sitzung des Einigungsamts, aber sie hat eigentlich nur die formale Bestimmung, das Zustandekommen oder das Scheitern der Verhandlungen zu konstatieren. Wenn es dem diplomatischen Talente des Vorsitzenden d'Elvert nun nicht gelingt, den Faden unter irgend einem Vorwand weiterzuspinnen, so reißen die Verhandlungen morgen gänzlich ab, und der Streik wird mit der gleichen Intensität wie bisher fortdauern, bis es sich eben entscheidet, wer stärker ist: die Unternehmer oder die Arbeiter.

Man muß feststellen, daß von den zwei kardinalen Forderungen der Arbeiter: Achtstundenschicht und Minimallohn beide unerfüllt geblieben sind. Allerdings liegt bezüglich der Arbeitsdauer ein Versprechen der Regierung vor, in der Herbstsession dem Parlament ein Gesetz zur Abkürzung der Arbeitszeit im Bergbau vorzulegen. Einesteils ist aber dieses Versprechen noch immer recht unbestimmt ausgefallen, anderenteils liegen ja die politischen Dinge in Oestreich so im Ungewissen, daß man nicht weiß, ob wir im Herbst überhaupt ein Parlament, geschweige denn welche Regierung wir haben werden. Die Bergarbeiter sind auch leider nicht genug entwickelt, um für sociale und politische Zusammenhänge viel Interesse zu haben; sie suchen und brauchen einen augenblicklichen Erfolg. Nun wäre ja vielleicht die Verschleppung der einen Forderung erwogen worden, wenn die Unternehmer in der Lohnfrage ehrlich vorgegangen wären. Ein Zugeständnis in dieser Hinsicht ist aber der pure Schwindel. Wohl wird den Arbeitern eine zwölfprozentige Lohnaufbesserung zugesichert, aber ohne feste und kontrollierbare Abmachungen in der Gedingstellung bedeutet diese Erhöhung eben gar nichts. Die Arbeiter von Ostrau-Karwin wissen aus vielfältiger bitterer Erfahrung, daß alle „Lohnerhöhungen" durch ein fraudulöses „Abreißen" beim Gedinge in ein paar Wochen verschwunden sein würden und ihr Monats- und Jahresverdienst derselbe bleiben würde. Mit prunkenden Ziffern ist ihnen nicht geholfen; sie wollen, daß sie wirklich mehr Lohn erhalten als jetzt. Die Arbeitervertreter im Einigungsamt haben deshalb den Gewerken einen ganz genau ausgearbeiteten Vorschlag über die Gedingstellung unterbreitet, und wenn die Gewerke die Lohnaufbesserung ernstlich bewilligen wollen und nicht die geheime Absicht hätten, die Arbeiter später darum zu betrügen, so hätten sie ihn annehmen müssen. Da sie ihn aber rundweg abgelehnt und als undiskutabel bezeichnet haben, so fällt auf das Versprechen jener zwölfprozentigen „Lohnsteigerung" ein deutliches Licht. Die Arbeiter erkennen also, daß ihnen der Vorschlag der Gewerke nichts giebt, nichts in der Frage der Arbeitszeit, nichts in der Lohnfrage. Wenn sie auf Grundlage der Vorschläge Frieden schließen, die Arbeit wieder aufnehmen würden, so wäre der Streik umsonst gewesen; er hätte wohl einige ganz wertvolle moralische Momente gezeitigt, aber das äußere Leben der Arbeiter würde dasselbe bleiben.

Die Arbeiter spüren aber, daß sie eine Macht geworden sind, mit der die kapitalistische Gesellschaft ernstlich rechnen muß. Die Kohlennot war bis jetzt eine Verlegenheit, eine Befürchtung, aber sie kann sehr bald eine so große Gefahr werden, daß die Gesellschaft erschreckt auffahren wird. Im Ostrauer Revier dürften morgen auch die Heizer und Maschinenwärter in den Ausstand treten und damit rückt die Gefahr für den Bestand der Gruben selbst in drohende Nähe. Wenn jemals in einem Lohnkampf die Lage für die Arbeiter günstig stand, so ist diesem Bergarbeiter-Streik, der die Produktion eines der unentbehrlichsten Arbeitsmittel unterbindet und eine Arbeit aufhebt, die von der sonst jeden Streik gefährdenden Reservearmee nicht geleistet werden kann. Trotz ihrer Millionen wird den Gewerken der Kampf nicht leicht werden und alle Zeichen sprechen dafür, daß ihre Entschlossenheit und ihr Wagemut den Arbeitern eine reichere Ernte bringen wird, als sie die kargen Konzessionen der Gewerke und die platonische Parteinahme der Regierung darstellen.

Die Vorschläge der Arbeiter sind für die so komplizierte Lohnfrage im Bergbau so wichtig, daß wir sie wörtlich mitteilen wollen. Der Antrag der Arbeitervertreter zur Gedingeregelung lautete:

1. Die Forderung des Minimallohnes bedeutet nicht, daß für Arbeiter im Gedinge ein bestimmter, von der Leistung des Arbeiters unabhängiger Minimalverdienst garantiert werden muß, sondern daß das Gedinge so bemessen werden muß, daß der Durchschnittsarbeiter einen bestimmten Verdienst per Schicht zu erreichen im stande sei.

2. Dieser Minimallohn beträgt für Häuer 4 Kronen, für Hunteschieber 3 Kronen, für die Schlepper 1 Krone 80 Heller.

3. Die herrschaftlichen Schichten dieser Arbeiterkategorien sind mit dem erwähnten Minimalverdienst zu entlohnen.

4. Als Garantien dafür, daß die Gedinge so bemessen werden, daß der Durchschnittsarbeiter den vereinbarten Minimalverdienst zu erreichen im stande sei, erscheinen die folgenden Maßnahmen und Einrichtungen:

A. Die Gewerke werden in gemeinsamer Beratung mit den Arbeitern eine Revision der Gedinge vornehmen, und zwar wird eine aus je zehn Vertretern der Gewerke und der Arbeiter bestehende Kommission unter Vorsitz eines unparteiischen Sachverständigen die Grundsätze feststellen, nach welchen in Zukunft bei der Gedingevorschreibung vorzugehen ist, und vor allem auch durch die weitestgehende Specialisierung der Gedinge einen festen Lohntarif zu schaffen haben, der nur nach gemeinsamer Beratung der Unternehmer und Arbeiter im großen Ausschusse, respektive im Einigungsamt abgeändert werden kann.

Nur für jene Arbeiten, für welche ihrer Natur nach das Gedinge für jede Lohnperiode verhandelt werden muß, soll also die Feststellung des Einheitssatzes der betreffenden Leitung überlassen bleiben, wobei dann die in den beiden ersten Punkten aufgestellten Grundsätze gewissenhaft zu berücksichtigen sein werden.

Die Revisionskommission hat spätestens am 1. März d. J. ihre Arbeiten zu beginnen und ohne Unterbrechung zu beendigen.

Die von der Kommission vereinbarten Gedinge sind im Zechenhause anzuschlagen. Jedem Arbeiter ist ein Exemplar des Tarifes in czechischer oder in polnischer Sprache kostenfrei durch die Betriebsleitung zu übermitteln.

B. Zur Sicherung der gerechten und unparteiischen Bemessung der wechselnden Gedinge werden durch die Bergbau-Genossenschaft zwei oder mehrere Sachverständige bestellt und aus den Mitteln der Genossenschaft besoldet, die die Beschwerden der Arbeiter bezüglich der Gedinge entgegenzunehmen, sorgfältig und unparteiisch zu prüfen und darüber endgültig zu entscheiden haben.

Vom Tage der Gedingevorschreibung bis zu dem der Gedingabnahme kann der Arbeiter jederzeit seine Beschwerde vorbringen. Jeder Sachverständige ist berechtigt, zum Zweck der Untersuchung von Beschwerden die Grube zu befahren und Einsicht in die Schichtenbücher zu nehmen. Die Betriebsleitung ist verpflichtet, die Entscheidung der Sachverständigen zu respektieren.

Werden die Dienste eines Sachverständigen in offenbar mutwilliger Weise in Anspruch genommen, so kann der Sachverständige eine Strafe bis zum Betrage eines Schichtlohns verhängen.

5. Für die Bestellung des Vorsitzenden der Revisionskommission sowie der Sachverständigen gelten die Vorschriften über die Wahl des Vorsitzenden des Einigungsamtes, jedoch mit der Maßgabe, daß, wenn die Wahl nicht zu stande kommt, die Bestellung durch den Vorsitzenden des gegenwärtig versammelten Einigungsamts, Baron d'Elvert, vorzunehmen wäre. Im Falle der Weigerung oder Verhinderung dieses Herrn ist das Ackerbauministerium um eine Entscheidung zu ersuchen.

6. Wegen einer Beschwerde vor den Sachverständigen darf niemand bestraft oder entlassen werden.

Die Lohnzahlung erfolgt vierzehntägig, und zwar an jedem zweiten Freitag für die am Sonnabend vor dem Lohntage beendigte vierzehntägige Lohnperiode. An den Feiertagen, an denen keine Lohnzahlung stattfindet, ist ein angemessener Vorschuß zu gewähren.

* * *

In Loben (Steiermark) hat sich die Alpenminen-Montangesellschaft bereit erklärt eine 10prozentige Lohnerhöhung zu gewähren. Alle andren Forderungen der Arbeiter wurden von der Gesellschaft vor dem Einigungsamt abgelehnt. Die Arbeiter wollen sich vorläufig mit diesen Zugeständnissen zufrieden geben und soll von einem Ausstand abgesehen werden.

Prag, 12. Februar. Die in Nürschau gestern auf den einzelnen Schächten mit den Arbeitern **gepflogenen Besprechungen** hatten nicht den gewünschten Erfolg; von 6008 Arbeitern sind dort

4669 ausständig. Die tägliche Kohlenförderung beläuft sich auf 20 Waggons. In Rokitzau ist die Lage unverändert.

Teschen, 12. Februar. In der heutigen Sitzung des **Einigungsamtes** erklärte ein Vertreter der Arbeitergruppe: Die Bergarbeiterschaft sei nicht in der Lage, die Vorschläge der Gewerke zu acceptieren: er sprach aber seine Bereitwilligkeit aus, ernste Vorschläge der Gewerke vor dem Einigungsamte in Beratung zu ziehen, und beantragte die Vertagung des Einigungsamts bis zu dem Zeitpunkt, wo eine der beiden Parteien um den Wiederzusammentritt des Einigungsamts ansuche. Hierauf erklärte der Gewerkvertreter, über die bereits eingeräumten Konzessionen nicht hinausgehen zu können und auf die verlangte Vertagung des Einigungsamts nicht einzugehen. Nach der von den Vertretern der Arbeitergruppe abgegebenen Erklärung, auf Grund der bisherigen Konzessionen nicht weiter verhandeln zu können, erklärte der Vorsitzende, die **Verhandlungen seien abgebrochen, die Thätigkeit des Einigungsamtes beendet.**

* * *

Ueber den Stand der Lohnbewegung der **sächsischen Bergarbeiter** liegt uns folgende telegraphische Meldung vom 12. Februar aus Zwickau vor:

Die gestrige Bergarbeiter-Versammlung war erdrückend voll. Sie nahm Stellung zur ablehnenden Antwort der Arbeitgeber. Es wurde beschlossen, zunächst die Zwickauer Behörden um Vermittelung anzurufen, um die Zusage von den Arbeitgebern zu erhalten, daß, wenn die Arbeiterausschüsse über die Forderungen verhandeln, keine Maßregelungen erfolgen dürfen. Dienstag sollen in den Versammlungen eventuell die Delegierten gewählt werden. Bei einer Ablehnung wird der Streik nicht zu vermeiden sein. Das Bergamt lehnte die Vermittlung, dahin zu wirken, daß Maßregelungen überhaupt nicht stattfinden, schon heute ab. Die andern königlichen Behörden sind geneigt, diese Vermittlung zu versuchen. Die Kommission sollte heute noch Antwort bekommen. In Lugau ist auf „Rhenania" am Montag die Arbeit schon eingestellt. Auch in den übrigen Oelsnitz-Lugauer Schächten wird, wie in Zwickau, am Dienstag die Entscheidung fallen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Tapezierer bei der Firma Groschkus, Gollnowstr. 19, haben einmütig die Arbeit niedergelegt. Die infolge dieses Ausstands seitens der Kommission mit dem Zwischenmeister Fritsche, Brunnenstraße 100, gepflogenen Verhandlungen sind gescheitert. Mithin ist auch diese Werkstatt zu meiden und Zuzug fernzuhalten. Alles Nähere wird heute abend in der Versammlung der beiden Filialen des Verbands im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37, erfolgen.

Die Agitationskommission.
J. A.: Leo Schmidt.

Die Tischler der Ladeneinrichtungs-Branche in Berlin haben den Erfolg zu verzeichnen, daß in 8 Werkstätten mit 180 beschäftigten Arbeitern ihre Lohnforderungen anerkannt wurden. Im Ausstand befinden sich 290 Arbeiter, von denen 250 organisiert sind. Die meisten Arbeitgeber wollen sich erst heute entscheiden.

Deutsches Reich.

Kommunale Fürsorge für hungernde Streikende. Aus Elsaß-Lothringen schreibt man uns: Wir hatten kürzlich den Thatsachen entsprechend berichtet, daß anläßlich des vor einigen Wochen bei der Firma Läderich u. Co. in Mülhausen ausgebrochenen Textilarbeiter-Streiks eine Anzahl Ausständiger, die infolge des entgangenen Verdienstes völlig brot- und mittellos geworden waren, bei der Stadtgemeinde Mülhausen insofern ein anerkennenswertes Entgegenkommen fanden, als man sie und ihre Familien mehrere Tage lang aus städtischen Mitteln unentgeltlich verpflegte. Diese Nachricht rief in der kapitalistischen Ausbeuter-Presse gewaltige Bestürzung hervor, weil es dort allem Anschein nach als ein todeswürdiges Verbrechen betrachtet wird, wenn man unsre Textilarbeiter, die von ihren Arbeitgebern mit der Hungerpeitsche gezüchtigt werden sollten, weil sie von den ungeheuren Gewinnen des Unternehmertums ein bescheiden Teil für sich herauszuschlagen suchten, von der kommunalen Verwaltung wenigstens vor den schlimmsten Folgen des ungleichen wirtschaftlichen Kampfs, nämlich dem Hungertode zu schützen bestrebt war. Dieselbe Presse, welche die Verpulverung kommunaler Gelder nach Tausenden gutheißt, wenn es sich dabei um Krieger- und Schlachtenfeste handelt, forderte also in vorwurfsvollem Tone Rechenschaft von den Mülhauser Stadtvätern über deren Verbrechen an der Majestät des Geldsacks. Gehorsamst und unterthänig, wie es sich in einem solchen Fall gebührt, giebt nun die Mülhauser Armenverwaltung den geforderten amtlichen Bescheid, der besagt, es seien während des erwähnten Streiks vier bis fünf Tage hindurch etwa 80 ausständige Arbeiter zur Verteilung der städtischen Armensuppen erschienen und hätten dort wie alle andren je eine Portion Suppe mit einem Stück Brot erhalten. Dies sei geschehen in Uebereinstimmung mit dem seit Gründung der Suppenanstalt befolgten Princip, demzufolge dort jeder, wer er auch sei, ohne jede Legitimation die genannte Verpflegung erhalte, ein Princip, das nur das Ziel verfolge, ohne weitere Prüfung der ersten dringenden Not zu steuern und zu verhindern, daß jemand in Mülhausen hungere (verhungere wäre unsres Erachtens besser gesagt gewesen!). Eine andre Speisung von Streikenden sei nicht erfolgt; es könne deshalb von einer Parteinahme der Stadtverwaltung für die eine oder andre Seite bei dem Streik nicht die Rede gewesen sein. — Die kapitalistische Hetzpresse kann sich bei diesem Bescheid beruhigen. Es ist, wie sie sieht, nach wie vor das Bestreben vorhanden, die Hungerpeitsche ihrer „erzieherischen" Wirkungen nicht allzusehr zu berauben.

Die Schuhmacher in Mainz erstrebten schon lange die freie Lieferung der Fournituren für die Zwicker und die seit dem 20. November v. J. für Erringung dieser Forderungen betriebene Bewegung hatte den Erfolg, daß mehrere Firmen dem Wunsche der Arbeiter entsprachen. Nur die Firma Rosenbusch u. Co. weigerte sich, Zugeständnisse zu machen, weshalb die Kündigung der Zwicker, Ausputzer und Maschinenarbeiter am 24. Januar erfolgte. Da die Verhandlungen in den 14 Tagen zu keiner Einigung führte, wurde am 8. Februar die Arbeit niedergelegt. Gleichzeitig kündigte der Fabrikant sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen und sind somit sämtliche Arbeiter der Firma am Streik beteiligt. Es wird gebeten, den Zuzug fernzuhalten.

Ausland.

In Antwerpen streiken 1500 Metallarbeiter.

In Saint-Etienne haben die ausständigen Weber beschlossen, bei jenen Fabrikanten, welche den neuen Tarif unterzeichnet haben, die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Ausstand gilt als beendet.

Socriales.

Statistisches über russische Fabrikarbeiter. In einer russischen Zeitschrift, der „Russkaja Mysl" (Russischer Gedanke) veröffentlicht der russische Publizist Schestakow die Resultate einer von ihm im vorigen Jahre unter den Arbeitern der Moskauer Kattunfabrik von Zindel veranstalteten Enquete. Obgleich sich diese Untersuchung auf einen sehr kleinen Kreis von Arbeitern bezieht, so ist sie doch von allgemeinem Interesse, da bisher Arbeiterstatistiken in Rußland noch zu den unbekannten Dingen gehörten. Die Untersuchung dehnte sich auf 1417 männliche Arbeiter aus; die weiblichen Arbeiter der Fabrik sind gar nicht berücksichtigt worden. Die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter — 94,2 Proz. waren Bauern, (37,2 Proz. Besitzer von Gehöften ohne Pferde, 24,8 Proz. desgleichen ohne Pferde und Kühe). Nur 12,6 Proz. gehen im Sommer zu Feldarbeiten aufs Land, 15 Proz. verpachten ihr Land, 7 Proz. lassen es brach liegen und die übrigen durch ihre Familie oder durch Anverwandte bewirtschaften. Interessanter noch ist folgendes: Die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter, 86,6 Proz. waren im Alter von 7 bis 20 Jahren Fabrikarbeiter geworden; das Durchschnittsalter in dieser Beziehung betrug 17 Jahre. Dieser frühe Eintritt führte natürlich zu der charakteristischen Erscheinung der frühzeitig eintretenden Arbeitsunfähigkeit und Sterblichkeit; nur 13 Proz. der Arbeiter hatten das 40. Lebensjahr überschritten. — Der Verdienst der Arbeiter schwankte zwischen 20 (!) Kopeken und 5 Rubel 30 Kopeken täglich, bei 89 Proz. jedoch nur zwischen 30 Kopeken und 1 Rubel. — 955 der Arbeiter (67,4 Proz.) konnten lesen, 460 lesen und schreiben, 205 hatten die Elementarschule absolviert. Dabei zeigte sich bei den Arbeitern der Zindelschen Fabrik ein auffallendes Bestreben, die Lücken in ihrer Bildung auszufüllen. Nicht weniger als 797 Arbeiter oder 83 Proz. der des Lesens und Schreibens Kundigen entnahmen der Fabrikbibliothek Bücher und Zeitschriften.

Versammlungen.

Die Gastwirtsgehilfen hielten in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend eine von etwa 800 Personen besuchte öffentliche Versammlung im Grand Hotel Alexanderplatz ab, in der der Reichstags-Abgeordnete A. Bebel über Socialreform und das Gastwirtsgewerbe referierte. In vorzüglicher Weise beleuchtete der Redner, nachdem er einleitend darauf hingewiesen hatte, daß das bißchen Arbeiterschutzgesetzgebung in Deutschland überhaupt erst nur von der Socialdemokratie veranlaßt worden ist, die außerordentlich ungünstigen Arbeitsbedingungen, die im Gastwirtsgewerbe nach den Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik herrschen. Er erörterte die schädliche Einwirkung der ungeheuer langen Arbeitszeit und den Mangel eines wöchentlichen Ruhetages auf die gesundheitliche und wirtschaftliche Lage der Gastwirtsgehilfen und erinnerte daran, daß auch das Reichs-Gesundheitsamt sich infolge der durch die Erhebungen festgestellten unhaltbaren Zustände veranlaßt sah, eine Beschränkung der überaus langen Arbeitszeit bezw. die Festsetzung einer Minimal-Ruhezeit und eines wöchentlichen Ruhetages in Vorschlag zu bringen. Der Redner erläuterte sodann die Vorschläge der Kommission für Arbeiterstatistik, die nicht einmal denen des Reichs-Gesundheitsamts entsprechen und übrigens auch nur auf einen Teil, etwas mehr als ein Drittel aller Angestellten im Gastwirtsgewerbe Anwendung finden sollen, also durchaus nicht dazu angethan sind, die traurigen Verhältnisse der Gastwirtsgehilfen wesentlich zu bessern. Er verwies darauf, daß der Abgeordnete Molkenbuhr für die von den Gastwirtsgehilfen aufgestellten Forderungen, die durchaus berechtigt und bei einigem guten Willen sehr gut durchgeführt werden könnten, eingetreten sei, daß dieselben aber abgelehnt wurden und daß es nun Sache der Gastwirtsgehilfen sein wird, von neuem an die Gesetzgebung in geeigneter Weise heranzutreten und insbesondere durch festen Zusammenschluß in der Organisation dafür zu sorgen, daß nicht nur den aufgestellten Forderungen der notwendige Nachdruck verliehen wird, sondern daß die event. Schutzbestimmungen auch zur Durchführung gelangen. Die Ausführungen des Referenten wurden von den Versammelten mit stürmischem Beifall aufgenommen. Nach einer längeren Diskussion im Sinne des Referats und in der von allen Rednern, auch von den Gastwirten M. Herzberg und F. Günther, die Vorschläge der Kommission als völlig unzulänglich bezeichnet wurden, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die Versammlung ist mit dem Referenten dahin einig, daß die Vorschläge der Kommission für Arbeiterstatistik in keiner Weise geeignet sind, den berechtigten Wünschen der gastwirtschaftlichen Arbeiter zu genügen.

Sie protestiert gegen diese Art von Socialreform, durch welche die gegenwärtigen, für die Gastwirtsgehilfen unerträglichen Zustände gewissermaßen gesetzliche Sanktion erhalten würden und erwartet von der Regierung und von den gesetzgebenden Körperschaften, daß diese über die Vorschläge d. K. f. A. hinaus, den Angestellten im Gastwirtsgewerbe den so dringend nötigen Schutz der Arbeitskraft gewähren. Die Versammlung beauftragt die Berliner Delegierten zum Fachkongreß, auf diesem dahin zu wirken, daß derselbe die bekannten Forderungen der Berliner Fünferkommission zu seinen eigenen macht. Vom Kongreß erwartet die Versammlung, daß derselbe die nötigen Schritte unternimmt, um die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften von der Notwendigkeit energischer gesetzlicher Maßnahmen zu Gunsten der gastwirtschaftlichen Arbeiter zu überzeugen.

Zu dem in der Zeit vom 6. bis 8. März in Berlin stattfindenden Kongreß aller Angestellten im Gastwirtsgewerbe Deutschlands, der sich in erster Linie auch mit den Vorschlägen der Kommission für Arbeiterstatistik beschäftigen wird, wurden 17 Delegierte, die den verschiedenen hiesigen Kellner-, Koch- und Hoteldiener-Vereinen angehören, gewählt.

Der Verein Berliner Droschkenkutscher nahm in seiner stattgehabten Generalversammlung den Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr entgegen, vollzog die Neuwahl des Vorstandes und nahm einige Statutenänderungen vor. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Vereinsmitglieder Förste, Andreas, Pieper, Treple, Kutzner, Riegener und Langenstraß in üblicher Weise geehrt. Der vom Vorsitzenden erstattete Geschäftsbericht, welcher ein anschauliches Bild über die umfangreiche Thätigkeit des Vereinsbureaus und den günstigen Stand des Vereins entrollte, gab zu Einwendungen keine Veranlassung und wurde dem Vorstande Decharge erteilt. Die vollzogene Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: erster Vorsitzender Knütter, zweiter Vorsitzender Becker, erster Kassierer Hentschel, zweiter Kassierer Kranz, erster Schriftführer Mücke, Stellvertreter Barth, Beisitzer: Palm, Weber und Rosenblatt. Die Statutenänderung betraf vornehmlich die Erhöhung der Vereinsbeiträge um monatlich 10 Pfennig, wofür den Mitgliedern fortab das Vereinsorgan frei ins Haus geliefert wird. Zum Schlusse wurde von H. Schultz darauf hingewiesen, daß jetzt keine Veranlassung mehr vorliege, die Taxameterkutscher durch besondere Kopfbedeckungen, die sogenannten „Weißlackierten", kenntlich zu machen, da nach der neuesten Statistik den etwa 900 „schwarz" fahrenden Droschkenkutschern ungefähr 5000 „Weißlackierte" gegenüberstehen, ein „Nicht-Taxameter" demnach zu den Ausnahmen gehöre. Es würde sich empfehlen, der Frage näher zu treten, auf welchem Wege die weißen Hüte durch die in jeder Beziehung besseren schwarzen Hüte zu ersetzen seien. Dies soll geschehen.

Der Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter (Zahlstelle I) wählte in der Sitzung vom 2. Februar Heidemann zum Bevollmächtigten. Sodann wurde beschlossen, am Sonntag das Kassieren einzustellen; dagegen sollen jeden Sonnabend nach dem 15. des Monats in den Zahlstellen Beiträge entgegengenommen werden. Zum Schluß ersuchte Gutsch, jeden Unfall der vom Verband gebildeten Arbeiterschutz-Kommission zu melden.

In der Zahlstelle III hielt am 4. Februar Maler Lux einen Vortrag über Bauarbeiterschutz und Unfallversicherung. Bei Besprechung der Verbands-Angelegenheiten wurde das unsolidarische Verhalten einiger Arbeiter auf dem Bau des Herrn Egeling in Pankow besprochen und ein Mitglied des Verbands ausgeschlossen.

Baumschulenweg. Behufs Gründung eines Radfahrvereins mit Anschluß an den Arbeiter-Radfahrerbund werden die Radfahrer-Genossen zu einer Versammlung im Lokal des Herrn Ackermann hiermit zum Dienstag, abends 8½ Uhr eingeladen.

Auf dem Kriegsschauplatz

scheint jetzt eine bemerkenswerte Aenderung vor sich zu gehen. Buller ist nicht nur über den Tugela zurückgeworfen worden, sondern die **Boeren,** deren Taktik sich bisher darauf beschränkte, in gedeckten Stellungen den Anmarsch des Feindes zu erwarten, haben nun **ihrerseits den Tugela überschritten.**

„Daily Mail" berichtet aus Pietermaritzburg vom Sonntag: Die Boeren haben Bloys Farm besetzt, welche auf dieser Seite des Tugela liegt und von Chieveley zu Pferde in nicht ganz einer Stunde zu erreichen ist. Das Wohnhaus haben sie zu einem Hospital gemacht. Auf dem Gebiete dieser Farm liegen Berge, welche beide Brücken über den Tugela beherrschen.

Gleichzeitig sollen die Boeren eine Umgehungs-Bewegung von Greytown, das westlich von der Bahnlinie nach Durban liegt, beabsichtigen. Danach scheinen die Boeren mit der Absicht umzugehen, die Truppen Bullers von ihrer Rückzugslinie abzuschneiden, um sie zu verhindern von Durban aus nach einem andern Kriegsschauplatz abzurücken. Für diese Vermutung sprechen auch die jüngsten Bewegungen der Boeren im Zululand. Es ist immerhin möglich, daß eine größere Boeren-Abteilung vom Zululand aus den Tugela überschreitet und sich an der Küste entlang auf die Eisenbahnlinie nach Durban zieht, um die Engländer auf ihrem Rückzug von der Küste abzuschneiden.

Die Gründe von Bullers Rückzug.

London, 12. Februar. Eine Drahtung aus dem Hauptquartier in Springfield giebt, wie der „Voss. Ztg." gemeldet wird, Aufschluß über die Gründe des schleunigen Rückzugs Bullers. Vom militärischen Fesselballon wurde Mittwochnachmittag entdeckt, daß die Boeren mindestens zwölf schwere Geschütze auf dem Doornkloof äußerst geschickt maskiert aufgepflanzt hatten. Diese Batterien beherrschten die Straße nach Ladysmith, die Buller einzuschlagen gedachte, und gestalteten die britische Stellung auf dem Vaalkrantz nicht nur unhaltbar, sondern machten einen weiteren Vorstoß ohne entsetzliche Verluste unmöglich. Da die britische Artillerie außer stande gewesen wäre, die Positionsgeschütze der Boeren zu bewältigen, beschloß Buller nochmals den Rückzug über den Tugela anzutreten, vorbehaltlich eines neuen Versuchs unter günstigen Verhältnissen.

Infolge des Scheiterns des dritten Versuchs Bullers, Ladysmith zu entsetzen, wurde Sonnabend in London ein Kriegsrat abgehalten, dem der Herzog von Devonshire und Chamberlain beiwohnten, seitdem ist in den militärischen Klubs die Rede davon, daß Buller durch Methuen ersetzt werden solle.

London, 12. Februar. Das völlige Schweigen des Kriegsamts, sowie das Verheimlichen der Verlustziffer der jüngsten Niederlage Bullers verursachen hier große Erregung. Die Blätter erklären, man müsse sich nunmehr auf die Kapitulation von Ladysmith und Kimberley mit all ihren schmerzlichen Demütigungen und moralischen Folgen gefaßt machen.

Von der Belagerung Kimberleys liegen zwei Meldungen vor, die beide ein angriffsweises Vorgehen der Boeren bestätigen.

Kimberley, 6. Februar. Die Boeren fahren fort, Kimberley kräftig zu beschießen. Die Frauen und Kinder ertragen die Beschwerden der Belagerung ohne Zagen. Letzte Nacht wurde in der Richtung auf Spytfontein heftiges Feuern vernommen.

Nach einem weiteren Telegramm aus Kimberley sind die Streitkräfte der Boeren augenscheinlich gewachsen. Am 7. Februar begannen die Boeren mit der Errichtung von Schanzwerken im Osten der Stadt, fast parallel mit dem Glacis der Festungswerke und etwa 4000 Yards von der ersten Mine. Die Boeren kommen von Mafeking nach Kimberley mit sechszölligen und schnellfeuernden Geschützen.

Frieden.

Rom, 12. Febr. Dem Blatte „Avanti" zufolge, welches seine Mitteilungen aus amtlicher Quelle zu haben versichert, ist zwischen Rußland und Deutschland ein Einvernehmen zustande gekommen, wonach beide Mächte nach der ersten größeren Schlacht in Südafrika intervenieren wollen, wer auch der Sieger sein möge.

Die Nachricht ist natürlich nur mit allem Vorbehalt aufzunehmen.

Letzte Meldungen.

London, 12. Februar. Feldmarschall Roberts telegraphiert aus Modder-River vom 11. Februar: Ich erhielt nachstehendes Telegramm von General Buller vom 9. d. Mts.: Nachdem der Vaalkrantz genommen war, erschien es notwendig, denselben als Angelpunkt für die weiteren Operationen zu befestigen. Ich fand aber nach zweitägigen Versuchen, daß dies wegen der Natur des Bodens nicht ausführbar war; die Stellung war überdies dem Feuer aus schweren Geschützen ausgesetzt, das von Stellungen ausging, die unsere Artillerie beherrschten. Es ist wesentlich für die Truppen, die auf Ladysmith durch die Hardings- oder Mongersdrift vorrücken sollen, den Vaalkrantz in sicheren Händen zu halten. Somit forcierten wir den Vormarsch auf diesen Wegen nicht, da man den Vaalkrantz nicht befestigen kann.

London, 12. Februar. Wie die Blätter melden, gestattete Japan, daß die britische Regierung vier 4,7 zöllige Schnellfeuergeschütze welche von Japan der Armstrong-Gesellschaft in Bestellung gegeben waren, übernehmen. Mehrere europäische Staaten gingen in ähnlicher Weise vor hinsichtlich der Bestellungen, die sie bei der Vickart-Maxime-Gesellschaft gemacht hatten. Die Regierung gelangt auf diese Weise in den Besitz von **100 Kanonen.**

Modderriver, 11. Februar. (Meldung des „Reuterschen Bureaus"). General Methuen gab auf Anordnungen des Hauptquartiers dem General Macdonald den Befehl, seine Truppen vom Koodoos-Berge zurückzuziehen. In militärischen Kreisen ist man der Ansicht, daß dieses Manöver Macdonalds, bei dem es sich nur um eine Rekognoszierung handelte, ganz vortrefflich ausgeführt worden ist.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 12. Februar. **Oberhaus.** Kriegsminister Marquess of Lansdowne führt vor sehr stark besetztem Hause aus, die Punkte, über welche das Haus Auskunft einziehen werde, seien erstens, bis zu welchem Grade das Land von den geeigneten Vorkehrungen gegen einen Einfall entblößt worden sei, zweitens, welche Schritte die Regierung ergreife, um für die **Sicherheit der Insel** während der Abwesenheit der Truppen in Südafrika Vorsorge zu treffen, und drittens, welche Streitkräfte dem Kriegsamte zur Weiterführung des Krieges zur Verfügung ständen? Darauf bemerkte er folgendes: Im Lande seien gegenwärtig 98 000 Mann regulärer Truppen mit 12 000 Mann Reserve, ferner 7000 Mann von der Yeomanry, 77 000 Mann Miliztruppen und 215 000 Freiwilligen, alles zusammen 40 900 Mann. Für die Verteidigung des Mutterlandes müsse eine Armee bereitgestellt sein, die nicht lediglich aus in Garnisonen stationierten Truppen besteht, sondern eine mobile Armee darstellt. „In der gegenwärtigen Lage des Landes", fährt der Kriegsminister fort, liegt eine gewisse Ironie. Wir, die größte Seemacht der Welt befinden uns im Kriege mit zwei kleinen Staaten, die nicht über eines Boots Bemannung verfügen und infolgedessen seitens unserer machtvollen Flotte unverwendbar sind. Wir sind in der Lage eines starken Mannes, der mit dem rechten Arm auf den Rücken gebunden kämpft. Aber dieser rechte Arm ist ungeschwächt, und ist stärker, als er je in der Geschichte unsres Reichs gewesen ist. Dieses außergewöhnliche Zusammentreffen von Umständen hat dem Kriegsamt Anstrengungen der schärfsten Art auferlegt. Dasselbe hat für eine weitere Feldarmee von 180 000 Mann Vorkehrung zu treffen, auf die, wenn nötig, zurückgegriffen werden kann, um weitere Verstärkungen zu entsenden.

London, 12. Februar. **Unterhaus.** Drage fragt, ob irgend welche ausschließliche Konzessionen russische Unterthanen im Norden von Persien zum Bau von Eisenbahnen oder zu andren Handelszwecken bewilligt seien, ferner, ob von der englischen Regierung ein Versuch gemacht worden sei, eine Grenzlinie der englischen Interessensphäre im Süden von Persien zu erhalten. Brodrick erwidert, daß die einzigen Konzessionen, welche im nördlichen Persien an russische Unterthanen verliehen worden seien, von denen er Kenntnis habe, sich auf Herstellung einer Straße von Enzeli nach Kazwin und auf Ausbeutung von Kupfer- und andren Erzlagern in den Bergdistrikten von Azerjpan bezögen; er sei sich jedoch vollständig bewußt, wie wünschenswert die Aufrechterhaltung der britischen Interessen in Persien sei, aber die persische Regierung habe es bisher nicht für angezeigt gehalten, Interessensphären auswärtiger Mächte in jenem Lande anzuerkennen.

Verantwortlicher Redacteur: **Paul John** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin. **Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.**

Nr. 36. 17. Jahrgang. 1. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt. Dienstag, 13. Februar 1900.

Reichstag.

146. Sitzung vom 12. Februar 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Bülow, Schönstedt.

Zunächst steht auf der Tagesordnung die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die **Freundschaftsverträge mit Tonga, Samoa und Zanzibar.**

Staatssekretär Graf **Bülow:**

Die Vorlage stellt nur eine Konsequenz der Ihnen bereits bekannten, mit England und Amerika abgeschlossenen Verträge betreffend die Neuregelung der Besitzverhältnisse auf Samoa, den Tonga-, Salomons-Inseln usw. dar. Ich erkenne gern an, daß uns Amerika die reinliche Scheidung auf Samoa nicht erschwert, sondern im Gegenteil erleichtert hat. (Hört! hört!) Unser Verhältnis zu den Tonga-Inseln, die wir abtreten, war immer ein sehr loses. Wir besaßen das Recht, dort eine Kohlenstation anzulegen, haben dieses Recht aber niemals geltend gemacht. Unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu den Tonga-Inseln waren im steten Rückgang begriffen. Was das Recht der Exterritorialität auf Zanzibar angeht, so war dieses Recht thatsächlich eine Schale ohne Kern und auch diese Schale stand uns nur bis 1902 noch zu. Endlich haben wir noch ein besonderes Abkommen mit England und Amerika getroffen, daß alle Schadenersatzansprüche, die erhoben werden können infolge der Wirren auf Samoa, einem unparteiischen Schiedsgericht unterbreitet werden sollen. Schiedsrichter soll der König von Schweden und Norwegen sein. — Der wirtschaftliche Wert der Inseln, die wir erhalten, ist ein erheblicher, und wir hoffen, daß ihr wirtschaftlicher Wert sich unter deutscher Herrschaft noch heben wird. Am höchsten stelle ich den Wert, den die Erwerbung Samoas für das deutsche Selbstgefühl hat. Es ist viel deutsches Blut dort geflossen und die Erwerbung Samoas war für uns eine Frage der nationalen Würde geworden. (Sehr richtig! rechts.) Die Verträge werden hoffentlich allen Parteien zum Vorteil gereichen. Wir sind natürlich nicht darauf ausgegangen, eine der andern Mächte hineinzulegen — das ist nicht unsre Art —, haben uns aber auch nicht übers Ohr hauen lassen. Ich würde es daher mit besonderem Dank anerkennen, wenn diese Verträge, die die Ergebnisse langwieriger Verhandlungen sind, die Zustimmung dieses hohen Hauses finden, damit sie endgültig in Kraft treten können. (Bravo!)

Abg. Dr. **Hasse** (natl.):

Zu den Verträgen wird ja gar nicht unsre Zustimmung erfordert, sondern es wird nur die Zustimmung des Reichstags dazu verlangt, „daß die bisherigen Verträge ganz oder teilweise außer Anwendung gesetzt werden dürfen." Es ist doch merkwürdig, daß der Reichstag in solch wichtigen Dingen gar nicht gefragt wird und einfach seine Zustimmung geben soll, nachdem fremde Staaten längst die Verträge beschlossen haben. Was die Verträge selbst anlangt, so ist ja anzuerkennen, daß sie im ganzen für Deutschland günstig sind, es ist nur zu bedauern, daß wir nicht schon lange in den Besitz von Samoa gelangt sind. Der Preis, den wir dafür bezahlt haben, ist jedenfalls zu hoch, die Abtretung von Tonga wäre eine genügende Kompensation gewesen. Selbstverständlich wird nunmehr auf Samoa in den Schulen und sonstigen Anstalten sowie in den Missionen neben der Landessprache nur die deutsche Sprache herrschen dürfen. Was die Verwaltung anbetrifft, so werden hoffentlich weniger Juristen und mehr praktische Leute dorthin gesandt werden. — Die Vorlage enthält nichts über die Entschädigung für die Beschießung Samoas. Der Herr Staatssekretär hat von dem Schiedsgericht gesprochen. Wir bedauern, daß die Anrufung eines Schiedsgerichts überhaupt nötig war, und erwarten, daß wir jedenfalls nichts zu zahlen brauchen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Unterstaatssekretär **v. Richthofen:**

Die Vorlage betreffend das von dem Herrn Staatssekretär bereits erwähnte Schiedsgericht wird in allernächster Zeit dem Hause zugehen. Desgleichen in der nächsten Woche der Ergänzungsetat bezüglich Samoa. Dann wird sich auch Gelegenheit bieten, in detaillierte Besprechung der zukünftigen Verwaltung auf Samoa einzutreten.

Damit schließt die Diskussion.

Das Haus tritt sofort in die zweite Beratung der Vorlage ein, und genehmigt dieselbe ohne weitere Debatte.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist die

Interpellation der Abgg. v. Czarlinski und Genossen

wegen Auslegung des § 187 des Gerichtsverfassungsgesetzes (Dolmetscherparagraph).

Staatssekretär Dr. **Nieberding** erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. **v. Czarlinski** (Pole):

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß für den, der in dieser Frage Beschwerden vorzubringen hat, der Reichstag die richtige Stelle ist. Leider kommen ganz brutale Bestrafungen wegen angeblicher Verletzung der deutschen Sprache vor.

Präsident Graf **Ballestrem:**

Der Ausdruck „brutale Bestrafung" verstößt gegen die Ordnung des Hauses. Ich bitte derartige Ausdrücke nicht zu gebrauchen.

Abg. **v. Czarlinski** (fortfahrend): Der Abg. Roeren hat im vergangenen Jahre ausdrücklich betont, daß der Reichstag das Recht und die Pflicht hat, darauf einzuwirken, daß der Geist und der Sinn, in dem die Gesetze hier beschlossen sind, bei der Rechtsprechung auch zum Ausdruck kommt. Der § 187 des Gerichtsverfassungs-Gesetzes bestimmt, daß, wenn über Personen verhandelt wird, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, ein Dolmetscher zuzuziehen ist, wohlverstanden zuzuziehen ist, nicht zugezogen werden kann. Ist nun etwa der der deutschen Sprache mächtig, der einige Brocken Deutsch kann? Keineswegs. Die Richter haben das leider oft angenommen, und darunter haben meine Landsleute nur zu oft zu leiden. Fürst Bismarck hat als Präsident der Berliner Konferenz einmal erklärt, wenn er auch fremde Sprachen beherrsche, er scheue sich doch immer, in der fremden Sprache etwas zu Protokoll zu geben. Einen einfachen Mann, der von der deutschen Sprache so gut wie nichts kennt, will man bei uns zwingen, doch diese Sprache zu gebrauchen! Redner führt eine Reihe von Fällen an, wo die Zuziehung eines Dolmetschers unterlassen wurde, obwohl sie nach der Ansicht des Interpellanten hätte erfolgen müssen. Darunter hatte z. B. ein 19jähriger Knecht zu leiden, der vor dem Schöffengericht in Posen im vergangenen Jahr als Zeuge erscheinen mußte und des Deutschen sehr wenig mächtig war. Der Assessor, der den Vorsitz in der betr. Verhandlung führte, nahm ohne weiteres an, daß der Zeuge nur nicht deutsch sprechen wollte, und schickt ihn 24 Stunden ins Gefängnis. Ein neuer Termin wurde angesetzt und das Schauspiel wiederholte sich: der Knecht kam wieder einen Tag ins Gefängnis. Beim dritten Termin bekam er sogar 3 Tage Gefängnis. Wäre ein Dolmetscher zugezogen, so hätte so etwas gar nicht eintreten können. Wie dieser Knecht, so haben noch viele andre leiden müssen. Einzelne haben sich direkt an mich mit der Bitte gewandt, diesen Mißstand doch im Reichstag zur Sprache zu bringen. Bis 1876 erstreckte sich die volle Gleichberechtigung der polnischen Sprache auch vor Gericht. Dann wurden wir auf den Dolmetscher, also auf einen Notbehelf, beschränkt. Und soll nun etwa noch der Dolmetscher in den erforderlichen Fällen nicht mehr herangezogen werden? Sorgen wir dafür, daß Sinn und Geist des § 187 auch voll zur Geltung kommt. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. (Bravo! bei den Polen.)

Staatssekretär **Nieberding:**

Ich habe auf die Anfrage des Herrn Interpellanten zu erwidern, daß es dem Herrn Reichskanzler nicht bekannt ist, daß dem § 187 eine Auslegung gegeben werde, welche die Rechtspflege gefährdet. Ueber die Auslegung dieser Gesetzesbestimmung ist weder dem Herrn Reichskanzler noch dem Bundesrat eine Beschwerde zugegangen, sie ist also im Bereiche der Reichsverwaltung völlig unbekannt. Die preußische Justizverwaltung, bei der solche Beschwerden eingelaufen sind, ist stets bemüht, die Fälle sachlich zu prüfen. Uebrigens steht dem, der sich durch eine gerichtliche Verfügung verletzt sieht, stets der Weg der Beschwerde an die höhere Instanz offen. Inwieweit die einzelnen Fälle, welche der Herr Interpellant vorgetragen hat, zutreffend sind, entzieht sich der Beurteilung des Herrn Reichskanzlers, da ihm die Fälle bisher unbekannt geblieben sind. Was die Frage anlangt, ob der Herr Reichskanzler bereit sei, die hervorgehobenen Mißstände zu beseitigen, so ergiebt sich deren Beantwortung aus dem bereits Gesagten.

Auf Antrag des Abg. **Czieleski** (Pole) tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Justizminister Dr. **Schönstedt:**

Nachdem die Besprechung beschlossen ist, glaube ich der Sache dienen zu können, wenn ich mir einige Bemerkungen dazu erlaube, da ja die vorgetragenen Fälle im wesentlichen der preußischen Gerichtspraxis entnommen sind. Die Beschwerde hätte überhaupt ins preußische Abgeordnetenhaus gehört. Als vor einigen Wochen die Interpellation auf der Tagesordnung stand, ließ ich den Abgeordneten Czarlinski bitten, mir das Material zur Verfügung zu stellen. Darauf ist leider nichts erfolgt. (Hört! Hört!) Die Verhandlung kann demnach nicht den sachlichen Erfolg haben, den sie hätte haben sollen. Zur agitatorischen Ausbeutung mag sie sich ja eignen. (Lebhaftes Oho! bei den Polen.) Ich spreche rein objektiv und wiederhole, daß sich die Sache vielleicht zur agitatorischen Ausbeutung eignen mag, aber hier nicht erschöpfend behandelt werden kann. § 186 des Gerichtsverfassungs-Gesetzes bestimmt, die Gerichtssprache ist deutsch. § 187 behandelt dann den Ausnahmefall, daß unter Beteiligung einer Person verhandelt wird, die der deutschen Sprache nicht mächtig ist; dann soll ein Dolmetscher herangezogen werden. Es ist zweifellos, daß diese Frage, ob der Betreffende der deutschen Sprache mächtig ist, durch das Gericht zu beantworten ist, und daß nicht die einseitige Erklärung der betreffenden Person für das Gericht bindend ist. Natürlich ist zuzugeben, daß Fehlgriffe vorkommen können, und daß der Richter ohne genügende Gründe die Kenntnis der deutschen Sprache bei den zu Vernehmenden annimmt. Die Justizverwaltung thut ihrerseits alles, was geschehen kann, um die Richter zu einer rein objektiven Prüfung dieser Frage zu bestimmen. Außerdem steht dem Betreffenden das Rechtsmittel der Beschwerde an das Oberlandesgericht zu, wovon man leider außerordentlich wenig Gebrauch macht. Der Abg. Czarlinski hätte gut gethan, sich lieber den Leuten bei Abfassung der Beschwerde zur Verfügung zu stellen. Seit einer Reihe von Jahren wird von uns Kontrolle geübt, in welcher Weise diese Bestimmungen gehandhabt werden, und da, wo das Oberlandesgericht den Eindruck gewinnt, daß nicht mit der nötigen Vorsicht vorgegangen wird, ergehen entsprechende Verfügungen. Der Herr Interpellant hat einen Fall in Thorn erwähnt, wo ein Knecht mit Gefängnis bestraft wurde, der des Deutschen angeblich nicht mächtig war. Der Bursche war 18 Jahre alt, hatte 8 Jahre die Schule besucht und hatte ein Zeugnis von seinem Lehrer, daß er der deutschen Sprache soweit mächtig war, um seine Gedanken in einfachen deutschen Sätzen zum Ausdruck zu bringen. Außerdem erklärte seine Mutter, daß er sehr gut sich deutsch vernehmen lassen könne. Dieser junge Mann hat seine Strafe verbüßt und hat sich nicht beschwert. — Der 2. Fall betraf die Frau eines Gastwirts in Thorn, die erklärte, nicht Deutsch zu können. Zwei anwesende Zeugen bezeugten aber, daß diese Angabe unwahr sei. Darauf ist sie bestraft worden. Die Beschwerde ist, weil sie von unzuständiger Seite ausging von dem Manne, zurückgewiesen worden. — Was den Fall in Posen anlangt, so ist da die Beschwerde von Erfolg gewesen, so daß sich dieser Fall kaum zur Frage der Interpellation eignet. Was die Bestimmung über die Gebührenordnung anlangt, so liegt diese außerhalb der Zuständigkeit des Reichstags. Als eine rigorose kann sie kaum bezeichnet werden.

Ich kann schließlich nur betonen, daß eine Verhandlung in vielen Fällen unmöglich ist, wenn jeder das Verlangen der Zuziehung eines Dolmetschers stellen kann. Der § 187 würde dadurch jeden Wert verlieren.

Abg. Dr. **v. Dziembowski-Pomian** (Pole):

Früher hat eine ganz vernünftige Auslegung des § 187 stattgefunden, selbst nach Einführung des Sprachengesetzes gab sie zu keinen Beschwerden Anlaß. Erst in letzter Zeit, seitdem der Polenkurs wieder schärfer geworden ist, haben sich die Beschwerden gehäuft. Es scheint angenommen zu werden, daß eine Agitation der Polen dahin geht, die Polen vom Sprechen der deutschen Sprache abzuhalten. Das ist aber keineswegs der Fall, im Gegenteil, es ist der allgemeine Wunsch, daß die Polen deutsch lernen, damit sie besser fortkommen. Ich weiß aus meiner Praxis zu genau, wie sich die Leute abmühen, die deutsche Sprache zu sprechen. Die Richter gehen seit zwei Jahren sehr schneidig vor. Sie verhängen gleich das Strafmaximum. Der Arbeiter muß seine drei Tage absitzen und da wundert sich der Herr Justizminister noch, daß sich die Leute nicht beschweren. Sie wollen nicht noch Gebühren hinterherwerfen und sagen: Gott bewahre mir vor den Gerichten. Es ist eine durchaus irrige Annahme, daß Kinder, die die Volksschule besucht haben, deshalb deutsch sprechen können müssen. Letzthin war in Posen ein Prozeß gegen einen polnischen Redacteur wegen Beleidigung eines Lehrers. Es traten zahlreiche Schulkinder als Zeugen auf im Beisein des Lehrers. Mit keinem einzigen Kinde vermochte sich der Richter deutsch zu verständigen. Vielleicht läßt sich der Minister die Akten kommen. Vielleicht kommt er zu der Ueberzeugung, andre Maßnahmen zu treffen. Es darf nicht so rigoros vorgegangen werden. Vor allem müssen polnische Richter in der Provinz Posen bleiben, das Bedürfnis nach polnischen Richtern scheint aber in Buxtehude größer zu sein, als in den polnischen Bezirken. Ich warne Sie, auf diesem Wege fortzufahren. Die Justiz darf sich nicht in den Dienst der Politik stellen. Sonst geht das Vertrauen zur Unparteilichkeit des Richters verloren und in Frankreich wird man nicht mehr sagen: Il y a des juges à Berlin, sondern: Il y avait des juges à Berlin. (Beifall bei den Polen und links.)

Abg. **Bassermann** (natl.):

Auch wir unterschreiben den Satz, die Politik darf nicht in die Justiz hinübergreifen. Im allgemeinen haben wir aber Vertrauen zu den Richtern. Die Sache gehört besser vor das preußische Abgeordnetenhaus. Nur soweit die Abänderung des § 187 in Frage kommt, ist der Reichstag zuständig. Dazu liegt keine Veranlassung vor. Mißgriffe mögen ja hier und da vorkommen, und ich kann da auch nur raten, das Rechtsmittel der Beschwerde häufiger anzuwenden. Auf einen rigorosen Richter wird das erziehlich wirken. Es geht aber keinesfalls an, daß auf die bloße Erklärung der betreffenden Person, sie könne nicht deutsch, ein Dolmetsch hinzugezogen werden muß. Das Ermessen des Richters muß dabei eine Rolle spielen. Daß die Prüfung der Frage: ist der Mann der deutschen Sprache mächtig, soll natürlich vorurteilslos erfolgen. Eine Instruktion seitens des Ministers würde einen Eingriff in die Unabhängigkeit der Richter bedeuten. Dagegen sind wir entschieden.

Abg. **Roeren** (C.):

Die Kompetenz des Reichstags ist gar nicht zu bestreiten. Der Reichstag hat das Recht, die Anwendung der von ihm erlassenen Gesetze zu überwachen. Selbst richterliche Erkenntnisse sind im Reichstag stets kritisiert worden. Zum letzten Male war das bei dem Löbtauer Urteil der Fall und dabei hat der Staatssekretär Nieberding dieses Recht anerkannt. Die Beschwerde der Interpellanten halte ich für durchaus begründet. Das preußische Gerichtskostengesetz, das bei Hinzuziehung eines Dolmetsches eine 25prozentige Erhöhung der Gerichtskosten außer den Kosten für den Dolmetsch festsetzt, steht in krassem Widerspruch mit dem Geist und dem Sinn des § 187 des Gerichtsverfassungs-Gesetzes und noch mehr mit dem Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit. In diesem letzten Gesetz ist ausdrücklich der Gebrauch einer andren Sprache als der deutschen gewährleistet. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Das preußische Gesetz hat die Tendenz, die polnische Sprache zu bekämpfen. Dazu ist aber die Rechtsprechung nicht da. Das politische Parteigetriebe soll den Gerichtssälen fern bleiben. In dem preußischen Falle ist ein Stück Hakatismus in die Gerichtssäle getragen worden. Durch das vorgebrachte Material scheint mir bewiesen zu sein, daß arge Mißgriffe vorgekommen sind. Man sollte den Leuten in Bezug auf die Sprache entgegenkommen. Wir machen ja ähnliche Erfahrungen bei Leuten, die gewöhnlich platt sprechen und sich nur sehr schwer Hochdeutsch ausdrücken können. Die Leute athmen auf, wenn sie platt reden dürfen. Es ist ein Naturrecht jedes Volkes, daß es sich seiner Muttersprache bedient und es ist eine Vergewaltigung an diesem natürlichen Recht, wenn man Polen einsperrt, weil sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind. (Lebhafter Beifall im Centrum und links.)

Staatssekretär **Nieberding:**

Ich habe nie bestritten, daß der Reichstag prüfen kann, ob ein Landesgesetz mit dem Reichsgesetz in Widerspruch steht. Darum handelt es sich aber gar nicht bei der Interpellation. Diese handelt nur vom § 187. Das preußische Gesetz hat den Zweck, Mißbräuchen entgegen zu treten und dieses Recht kann sich die preußische Gesetzgebung nicht nehmen lassen. Die Behauptung, daß in die Gerichtssäle Polens der Hakatismus Einzug gehalten hat, muß ich bestreiten. Ich stehe dem Hakatismus vollständig fern.

Abg. **Motty** (Pole)

bestreitet auf Grund seiner richterlichen Erfahrungen, daß der Mißbrauch von Polen getrieben werde. Es komme kaum vor, daß ein Pole der Wahrheit zuwider erklärt, er sei der deutschen Sprache nicht mächtig.

Justizminister **Schönstedt:**

Es ist eine Thatsache, daß in den letzten Jahren sich die Fälle gehäuft haben, in denen polnische Zeugen erklärten, nicht deutsch zu verstehen. Das kann nur auf die polnische Agitation zurückgeführt werden. (Unruhe bei den Polen.) Uebrigens ist es auch nicht zu bestreiten, daß oft böswillig die Kenntnis der deutschen Sprache abgeleugnet wird. Es ist selbst durch polnische Zeugen erwiesen, daß dies oft geschehen ist. Ja ein Zeuge hat selbst Ermäßigung der Strafe beantragt mit der Begründung, er gestehe ein, daß er in der That deutsch verstehe, aber nicht deutsch habe sprechen wollen. Es liegen sogar Fälle vor, wo Dienstmädchen, die jahrelang bei Deutschen gedient haben, erklärten, sie verständen nicht deutsch. Die Ausführungen des Abg. Roeren hatten wohl juristisch wenig Bedeutung.

Abg. Graf **Stolberg** (fr.):

Die Interpellation gehörte ins preußische Abgeordnetenhaus, daher habe ich auch gegen die Besprechung gestimmt. Eine Besprechung hier im Reichstag dient nur zur Verschärfung der Gegensätze ohne praktisches Resultat. Ich stehe ganz auf dem Standpunkt des Herrn Abgeordneten Bassermann, daß eine Abänderung des § 187 des Gerichtsverfassungs-Gesetzes unnötig ist. Ich kenne die Verhältnisse in den polnischen Gebieten sehr genau (Rufe bei den Polen: Wir auch!), es kommt in der That häufig vor, daß die Leute böswillig behaupten, nicht deutsch zu verstehen. Wenn die polnischen Arbeiter etwas von ihrem Herrn wollen, können sie immer deutsch sprechen, wenn der Herr aber etwas von ihnen will, verstehen sie nicht mehr deutsch. (Lachen bei den Polen.)

Abg. **Stadthagen** (Soc.):

Es ist ganz klar, daß nach § 187 des Gerichtsverfassungs-Gesetzes jedem, der erklärt, er sei der deutschen Sprache nicht mächtig, vor Gericht ein Dolmetscher gestellt werden muß. Wir haben seiner Zeit sogar den weitergehenden Antrag dazu gestellt, daß im Interesse der objektiven Wahrheit ein Dolmetscher auch dann zugezogen werden muß, wenn ein dritter Beteiligter sagt, daß ein Zeuge der deutschen Sprache nicht mächtig sei: Der Reichstag hat die Pflicht darauf zu achten, daß der Geist der von ihm erlassenen Gesetze nicht durch Landesgesetze lädiert wird. Das preußische Gerichtskostengesetz legt aber eine Art Strafgebühr demjenigen auf, der von dem Rechte Gebrauch macht, das ihm durch das Reichsgesetz gewährt wird. — Es ist undenkbar, daß ein Richter, dem wirklich daran liegt, die Wahrheit zu ermitteln, jemand gegenüber, der erklärt, er sei der deutschen Sprache nicht mächtig, sich herausnimmt, zu erklären: Du bist wohl der deutschen Sprache mächtig. (Sehr richtig! bei den Polen.) Es wird nun behauptet, daß die Leute oft nur nicht deutsch sprechen wollen, trotzdem sie es können. Welche Beweise haben Sie aber dafür? Es ist doch ganz etwas andres, ob jemand deutsch hören und auch lesen kann, oder ob er im stande ist, sich korrekt deutsch ausdrücken zu können, besonders wo es sich wie vor Gericht darum handelt, möglichst genau die Gedanken wiederzugeben. Wenn mir jemand sagt, er sei der deutschen Sprache nicht mächtig, so bin ich es der Heiligkeit des Eides schuldig, ihn in der Sprache vernehmen zu lassen, die er versteht. — Der Herr Justizminister hat die Leute auf den Beschwerdeweg an das Oberlandesgericht verwiesen. Die Strafe wegen Ungebühr ist aber sofort zu vollstrecken und wenn der Mann seine drei Tage abgesessen hat, ist er froh, nichts mehr mit dem Gericht zu thun zu haben. Außerdem ist das Oberlandesgericht auch gar nicht in der Lage, objektiv die Beschwerde zu beurteilen, weil es den Mann gar nicht sieht und nicht hört. — Uebrigens mache ich Sie darauf aufmerksam, daß wir doch überhaupt häufig Klagen darüber hören, wie unverständlich die Sprache unserer Richter oft für den gewöhnlichen Menschenverstand ist. Ich denke auch an schriftliche Aktenstücke. Wenn Sie ein Erkenntnis sehen, daß Sätze enthält, die über vier Seiten lang reichen, dann können Sie sich nicht wundern, wenn der Empfänger erklärt: „nein, der deutschen Sprache bin ich nicht mächtig". (Heiterkeit.) Ich erinnere mich an einen Fall, wo selbst ein Preuße den Richter nicht verstand. Er war ein einfacher Mann, der beim Militär gewesen war, aber nur plattdeutsch verstand. Der Richter fragte ihn sehr ruhig: Angeklagter, bekennen Sie sich schuldig? „Zu Befehl, Herr Präsident." (Heiterkeit.) Der Vorsitzende wiederholte die Frage, die Antwort blieb dieselbe: „Zu Befehl Herr Präsident!" Erst als der Verteidiger die gleiche Frage plattdeutsch an den Mann richtete, stellte es sich heraus, daß er die Frage gar nicht verstanden hatte. In dem Augenblick, wo er eine Uniform sah, konnte er als gedienter Militär nichts andres herausbringen, als „Zu Befehl Herr Präsident". Der Mann wurde freigesprochen. Als Pole wäre er wegen Ungebühr bestraft, man hätte gesagt: Du hättest ja sagen können: zu Befehl, also bist Du der deutschen Sprache mächtig! — Ich teile also die Entrüstung der Interpellanten, daß solche Fälle, wie sie sie angeführt haben, überhaupt noch möglich sind, die nur beweisen, daß das deutsche Reichsgesetz in Preußen nicht geachtet wird. Der Reichstag hat aber das Recht, zu verlangen, daß dies geschieht. — Im Interesse der Wahrheit, im Interesse der Gerechtigkeit, im Interesse der Verhütung des Meineids hoffe ich, daß die Reichsregierung in diesem Sinne vorgehen wird. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Preußischer Justizminister **Schönstedt:**

Die Ausführungen des Abg. Stadthagen sind mir insoweit unverständlich, weil er die Bestimmungen über die freiwillige Gerichts-

barkeit wie diejenigen über die unfreiwillige Gerichtsbarkeit miteinander vermengt, obgleich dies weltverschiedene Materien sind.

Abg. **Nören** (C.) polemisiert gegen den Staatssekretär Nieberding und bleibt dabei, daß der Geist des Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit im Widerspruch mit dem preußischen Gerichtskostengesetz steht. Der Herr Staatssekretär hat vorhin von meinem Brustton gesprochen. Körperliche Anlagen und der Geschmack der einzelnen Redner sind verschieden. Der eine spricht im Brustton, der andre leiert seine Rede eintönig hin. (Große Heiterkeit.) Das muß dem Geschmack des Reichstags überlassen bleiben. (Heiterkeit und Beifall im Centrum und links.)

Hiermit schließt die Diskussion.

Auf Antrag des Abg. **Bassermann** (natl.) wird der nächste Gegenstand, der Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission, das Mandat des Abg. **Jacobsen** (Hospitant der freisinnigen Volkspartei) nicht für erloschen zu erklären, von der Tagesordnung abgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr **(Kolonial-Etat)**.

Schluß 5¾ Uhr.

Parlamentarisches.

Die Unfallversicherungs-Kommission

begann am Montag die Beratung des vierten Abschnitts des Unfallversicherungs-Gesetzes, welcher von der **Feststellung** und **Auszahlung** der **Entschädigungen** handelt.

Von jedem in einem versicherungspflichtigen Betriebe vorgekommenen Unfall, durch welchen eine Person, die in demselben beschäftigt ist, getötet wird oder eine Körperverletzung erleidet, die eine völlige oder teilweise Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen oder den Tod zur Folge hat, ist von dem Betriebsunternehmer bei der Orts-Polizeibehörde und der betreffenden Genossenschaft schriftlich Anzeige zu erstatten. Die **Socialdemokraten** beantragen, daß diese Anzeigen auch der zuständigen Orts-Krankenkasse gemacht werden. Dieser Antrag hat sich als eine Notwendigkeit herausgestellt, weil verschiedene Kranke selbst auf Anfrage die Ursache der Erkrankung nicht genau mitteilen, andre wiederum nicht persönlich zur Kasse kommen, andre endlich sofort ins Krankenhaus geschafft werden und aus der ärztlichen Diagnose nicht immer festzustellen ist, daß ein Betriebsunfall vorliegt. Die Kassenverwaltung soll aber auch dem Krankenkassenversicherungs-Gesetz zufolge nach Ablauf von vier Wochen der Berufsgenossenschaft Mitteilung über den Unfall machen und dem Verletzten einen Zuschuß zum Krankengelde zahlen. Deshalb müssen sie doch beizeiten wissen, daß der Krankheit eines ihrer Mitglieder ein Betriebsunfall zu Grunde liegt. Trotzdem erklärt sich ein Vertreter der Regierung gegen diesen Antrag, weil durch denselben den Unternehmern zu viel Schreiberei zugemutet würde. Der Antrag wird denn auch gegen die socialdemokratischen Stimmen **abgelehnt.**

Ein weiterer **socialdemokratischer Antrag** geht dahin, daß auch der zuständigen Gewerbe-Inspektion eine Unfallsanzeige gemacht werde. Dieser Antrag ist veranlaßt durch die vielfachen Klagen der Gewerbe-Inspektoren darüber, daß ihnen von der Polizei die Mitteilungen über vorgekommene Betriebsunfälle gar nicht oder zu spät gemacht werden. Das kleine Opfer an Zeit, das die Ausfüllung eines Anzeigeformulars den Unternehmern verursache, müsse verlangt werden, da es sich hier darum handle, den Gewerbe-Inspektoren die Beseitigung der bei den Unfällen zu Tage getretenen Mängel zu ermöglichen. Auch gegen diesen Antrag wandte sich derselbe Vertreter der Regierung, der Geheime Ober-Regierungsrat Caspar, der es entschieden bestreitet, daß zu einer derartigen Vorschrift irgend ein Grund vorliege. Er wird aber von seinem Chef, dem Staatssekretär des Innern, eines Bessern belehrt. Graf v. Posadowsky giebt unumwunden zu, daß eine schnelle Benachrichtigung der Gewerbe-Inspektoren von den Betriebsunfällen notwendig sei. Um aber unnützen Zeitverlust zu sparen, regt er an, daß die Gewerbe-Inspektoren zu den Unfalluntersuchungs-Verhandlungen eingeladen werden sollen. Die Anregung wird sofort von den Nationalliberalen durch einen entsprechenden Antrag aufgenommen. Die Socialdemokraten weisen nach, daß dieser Antrag nicht genügt. Trotzdem begnügen sich die bürgerlichen Parteien mit dem nationalliberalen Antrag und lehnen den socialdemokratischen ab.

Jeder zur Anzeige gelangte Unfall soll unter gewissen Bedingungen von der Ortspolizeibehörde untersucht werden. Auf Antrag des Vorstands der Genossenschaft oder der Sektion hat die Ortspolizeibehörde die Untersuchung in allen Fällen vorzunehmen. Die **Socialdemokraten** beantragen, daß eine derartige Untersuchung auch stattfinden müsse auf Antrag der beteiligten Krankenkassen, da auch für diese unter Umständen noch die Regreßpflicht der Unternehmer oder eines Dritten in Frage komme. Abg. **Trimborn** hält diesen Antrag für berechtigt, fragt aber erst vorsichtig bei der Regierung an, ob sie gegen die Annahme dieses Antrags nichts einzuwenden habe. Nachdem der Staatssekretär des Innern die Erlaubnis zur Annahme gütigst erteilt hatte, wird der Antrag einstimmig angenommen.

Die **Socialdemokraten** verlangen, daß dem Bevollmächtigten der Krankenkassen, der an einer Untersuchung des Unfalls teilgenommen hat, sowie den etwa notwendigerweise hinzugezogenen Zeugen unter Zugrundelegung des am Orte und für ihren Beruf üblichen Lohnsatzes für den halben Tag die Hälfte und für längere Zeit der volle Lohnsatz als Entschädigung seitens der Berufsgenossenschaft gewährt werde. Auf diese Weise soll die Entschädigung der als Vertreter der Krankenkassen thätigen Arbeiter leicht und einfach geregelt werden. Zur Begründung des Antrags weisen die Socialdemokraten auf die vielen Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten hin, welche der heutige Zustand für die Arbeiter zur Folge habe. Nur diese Unzuträglichkeiten sollen beseitigt werden, eine Bereicherung der Arbeiter wird durch den Antrag nicht im mindesten herbeigeführt. Trotzdem wird der Antrag gegen die Stimmen der Socialdemokraten **abgelehnt.**

Von dem über die Untersuchung aufgenommenen Protokoll sowie von den sonstigen Untersuchungs-Verhandlungen ist den Beteiligten auf ihren Antrag Einsicht und gegen Erstattung der Schreibgebühren Abschrift zu erteilen. Auf Antrag des Verletzten oder der Hinterbliebenen kann die Erstattung der Schreibgebühren erlassen werden. Die **Socialdemokraten** beantragen, daß dem Verletzten in jedem Falle ohne weiteres eine Abschrift der Protokolle unentgeltlich zugestellt werde. Dies sei notwendig, damit die verunglückten Arbeiter dasjenige Material in der Hand haben, das sie zur Erlangung der ihnen gebührenden Renten haben müssen. Der socialdemokratische Antrag wird jedoch abgelehnt, ebenfalls mit dem Hinweis auf die durch denselben verursachte zu viele Schreibarbeit. Die Ultramontanen beantragen, daß die Erstattung der Schreibgebühren auch ohne Antrag des Verletzten oder der Hinterbliebenen erlassen werden könne. Dieser Antrag wird gegen die Konservativen angenommen.

Die Feststellung der Entschädigungen soll von dem Vorstand der Genossenschaft oder der Sektion erfolgen, das heißt also ganz einseitig durch die Unternehmer. Die **Socialdemokraten** verlangen, daß bei der Feststellung der Entschädigungen auch Arbeitervertreter zugezogen werden und zwar in gleicher Zahl wie die Vertreter der Unternehmer. Die Ultramontanen beantragen, daß vor der Feststellung der Entschädigungen auf Antrag entweder der Berufsgenossenschaften oder des Verunglückten die untren Verwaltungsbehörden oder die Rentenstellen unter Zuziehung einer gleichen Anzahl von Arbeitervertretern und Vertretern der Unternehmer **gutachtlich** gehört werden. Ueber diese Anträge entspinnt sich eine sehr ausgedehnte Debatte. Die schweren Mißstände, die durch die einseitigen Festsetzungen der Entschädigungen seitens der Unternehmer hervorgerufen werden, wurden nur von den Konservativen bestritten. Von den andern Parteien und auch von dem Staatssekretär des Innern zugegeben. Trotzdem ist die Regierung gegen die Annahme irgend eines der vorgeschlagenen Abänderungsanträge, weil es verfrüht sei, in dieser Weise in die Befugnisse der Berufsgenossenschaften einzugreifen. Graf von Posadowsky spricht auch bei dieser Gelegenheit die Ueberzeugung aus, daß zur Erledigung der ersten Geschäfte der Arbeiterversicherung eine besondere Behörde geschaffen werden müsse; nachdem aber die obligatorische Einführung einer solchen Behörde — der Rentenstellen — beim Invaliden-Versicherungsgesetz im vorigen Jahre abgelehnt sei, könne man jetzt nicht auf einem Umwege Aehnliches erreichen. Man solle erst eine ehrliche Probe mit den Rentenstellen machen und eventuell später auf diese Angelegenheit zurückkommen. Er verweist auf das starke Selbstbewußtsein der Unternehmer-Berufsgenossenschaften, die einem derartigen Eingriff in ihre Selbstverwaltung einen erbitterten Widerstand leisten und dadurch das Gesetz zu Fall bringen würden. Die **Socialdemokraten** ersuchen dringend um Annahme ihres Antrags, da nur durch diesen eine richtige Grundlage für die Feststellung der Entschädigungen geschaffen werde. Unerhört sei es, daß man einseitig der einen Partei der Unternehmer, die bei dieser Feststellung interessiert sei, alles überlasse. Dadurch sei das ganze weitere Verfahren beeinflußt, denn immer werde auf die erste Abschätzung der größte Wert gelegt. Das einfachste und richtigste sei, daß beide Parteien bei diesem wichtigen Akte mitzusprechen haben. Die **Ultramontanen** weisen auf die Schwierigkeit hin, die in Anbetracht des Widerstandes der Berufsgenossenschaft dem socialdemokratischen Antrag entgegen stehen. Auf der andren Seite sei es durchaus berechtigt, daß die Arbeiter mit dem jetzigen Verfahren unzufrieden seien. Der ultramontane Antrag wolle wenigstens den Anfang einer Besserung machen, soweit es möglich ist, ohne in die Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaft einzugreifen. Auch nach Annahme des ultramontanen Antrages würden die Berufsgenossenschaften die Höhe der Entscheidung ohne Einspruch der Arbeiter festzustellen haben. Wohl aber würde eine gründliche Untersuchung herbeigeführt und infolge der Mitwirkung der Arbeitervertreter hierbei ein größeres Vertrauen der Arbeiter erworben.

Die Debatte konnte nicht zu Ende geführt werden, sondern wurde auf **Dienstag** vertagt.

Der Wahl-Kuddelmuddel in Moabit

übersteigt nachgerade alles, was wir in Berlin in dieser Beziehung jemals erlebt haben. Vier Parteien stehen sich hier gegenüber: Die Freisinnigen, die Bürgerpartei, die Mieterpartei und die Socialdemokraten.

Dem Kandidaten der Freisinnigen, Herrn Rentier Bredereck, wird von einem Teil seiner eigenen Parteigenossen das Zeugnis gegeben, daß es mit seinem „Freisinn" nicht weit her ist. Die Preßorgane des linken Flügels des Berliner Freisinns fordern direkt dazu auf, Herrn Bredereck nicht zu wählen. Sie brauchen sich übrigens darum auch nicht weiter zu sorgen; ein Freisinniger hat hier, wie der Ausfall der Hauptwahl im November bewiesen hat, ohnedies herzlich wenig Aussicht, es zu einer leidlichen Zahl von Stimmen zu bringen.

Der Kandidat der Bürgerpartei, deren teils konservative teils antisemitische Anhänger „den Mittelstand retten" wollen, ist Herr Bäckermeister Wolf. Dieser Herr hat sein bürgerparteiliches Herz erst ganz kürzlich entdeckt. Er ist „23jähriger Abonnent" der linksfreisinnigen „Berliner Zeitung", und erst in letzter Zeit, nachdem er unter die Politiker gegangen ist, hat er sich der Wissenschaft halber auch noch die „Staatsbürger-Zeitung" und den „Vorwärts" zugelegt. Es ist ein wahres Glück, daß er noch rechtzeitig von den Moabiter Bürgerparteilern reklamiert worden ist. Am Ende wäre er sonst — verwirrt durch die langjährige Lektüre der „Berliner Zeitung", die ja auf ihre Art ebenfalls ein bißchen in Mittelstandspolitik macht — auf den Einfall gekommen, sich den Freisinnigen als geeigneten Ersatz für Herrn Bredereck anzubieten, und hätte dann sogar den Beifall der „Berl. Ztg." gefunden. Dem ehrsamen Bäckermeister ist seine bisherige Schwärmerei für die „Berl. Ztg." von seinen jetzigen, konservativ-antisemitischen Parteifreunden bereitwilligst verziehen worden. Dagegen haben ihm die Anhänger der Mieterpartei diese Verirrung recht bosthaft unter die Nase gerieben.

Die Mieterpartei, die erst zur Nachwahl auf dem Plan erschienen ist, ist ein ganz wunderlich zusammengesetztes Gebilde und hat sich auch einen dementsprechenden Kandidaten ausgesucht. Sie empfiehlt den Wählern, ihrem Namen zum Trotz, einen — Hausbesitzer: den National-Socialen und Bodenreformer Herrn Damaschke. Den Kern der Gefolgschaft dieses Herrn bilden die National-Socialen. An seiner Unterstützung beteiligen sich aber die verschiedenartigsten Elemente — von dem „Evangelischen Arbeiterverein", der von christlich-socialem Geiste durchtränkt ist, bis zu dem linken Flügel des Freisinns, den die Christlich-Socialen und Konsorten sonst so gern als „jüdische Demokratie" bezeichnen. In einer Versammlung der Bürgerpartei erzählte der bürgerparteiliche Stadtverordnete Ulrich, er habe einen „stark an der „Berliner Zeitung" beschäftigten" Stadtverordneten gefragt, warum er Damaschke unterstütze. „Wissen Sie," habe der darauf geantwortet, „der Freisinnige würde in der Stadtverordneten-Versammlung doch bloß bei der „großen Linken" platznehmen, nun und Ihren Kandidaten zu unterstützen, das geht doch nicht. Da unterstützen wir schon lieber Damaschke". Auf ähnliche Art ist Damaschke zu der Bundesgenossenschaft der Gegenfüßler des Freisinns, der Leute vom „Evangelischen Arbeiterverein" gekommen. Diese hatten im November noch in dem Bürgerparteiler Wolf den geeignetsten Vertreter erblickt, sind aber jetzt zur Mieterpartei übergegangen. Da jedoch die Bürgerpartei den „Evangelischen Arbeiterverein" auch diesmal wieder — angeblich infolge eines Irrtums — unter das erste, Herrn Wolf empfehlende Flugblatt gesetzt hat, so haben die „Evangelischen" die ganz aparte Ehre, vor der Oeffentlichkeit als Gönner von zwei Kandidaten dazustehen. Vielleicht kehren sie aber noch im letzten Augenblick wieder zu ihrem Wolf zurück, so daß Damaschkes Bemühungen, seine kleine, aber gemischte Gesellschaft zusammenzuhalten, auf dieser Seite erfolglos geblieben wären. Sie stoßen sich nämlich daran, daß der Mieterkandidat in einem gewissen Punkte etwas harthörig ist. Damaschke hat bisher trotz wiederholter Anzapfung noch keine klare Auskunft darüber gegeben, ob er will, daß „der christliche Charakter der Volksschule gewahrt bleibe." Eine kitzlige Frage! Sagt er „nein", dann schwenken die christlich-socialen Bundesgenossen ab, sagt er „ja", dann wendet sich der „jüdisch-demokratische" Gast mit Grausen. Damaschkes Parteigänger haben sich einstweilen dadurch revanchiert, daß sie gegen Wolf den entsetzlichen Verdacht aussprachen, wenn er 23 Jahre hindurch an der ihm von dem „Ullstein-Blatt" servierten Kost Gefallen gefunden habe, dann könne es um sein Christentum wohl auch nicht zum besten stehen.

Von diesem unklaren, verschwommenen, schmuddeligen Hintergrund hebt sich klar, hell und rein die socialdemokratische Partei ab. Der socialdemokratische Kandidat, unser Genosse Glocke, hat in dem Wahlkampf all' die Mittel verschmäht, die von gegnerischer Seite angewendet worden sind, um hier und da und dort möglichst noch ein paar Stimmen zu ergattern. Er hat den Wählern unzweideutig gesagt, was sie von ihm zu erwarten haben und was nicht. —

Unsre Schilderung des gegenwärtigen Wahl-Kuddelmuddels mag auf manchen unsrer Leser erheiternd gewirkt haben, aber die Sache hat doch auch ihre sehr ernste Seite. Die Gegner rechnen wenigstens auf eine Stichwahl mit unsrem Kandidaten. Bringen sie es wirklich zu einer solchen, so kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß alle drei gemeinsame Sache machen — gleichgültig, wer von ihnen dabei in Frage kommt. Darum ist es Pflicht aller Wähler, denen an einer wahrhaften Förderung des socialen Fortschritts liegt, dafür zu sorgen, daß unser Genosse Glocke bereits im ersten Wahlgang zum Siege gelangt.

Prozeß v. Kriegsheim und Genossen.

Elfter Tag.

In der heutigen Sitzung bringt die Beweisaufnahme über verschiedene Fälle, die bereits Gegenstand der Erörterung gewesen sind, immer neue Momente zur Beurteilung der Frage, wie der Angeklagte die Interessen der Kavaliere, Rittergutsbesitzer und Offiziere, die sich mit ihm wegen Diskontierung von Accepten in Verbindung setzten, wahrzunehmen pflegte. Einer der zu diesem Thema heute vernommenen Zeugen hat für seine Accepte keine Valuta erhalten, dagegen einen Verlust von 750 Mark gehabt, da er ein von Kriegsheim bereits begebenes Accept einlösen mußte. Der Angeklagte v. Kriegsheim behauptet auch in diesem wie in den andern ähnlichen Fällen, daß seine am 1. Juli erfolgte Verhaftung es ihm unmöglich gemacht habe, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Die unerfahrenen Offiziere.

Charakteristisch ist der folgende Fall. Zwei junge Offiziere, die in brennender Geldverlegenheit waren, wandten sich durch Vermittlung eines Dritten an die in solchen Dingen nicht unerfahrene Frau Rosa v. Quitzow. Der Vermittler übergab Frau v. Quitzow einen von den Offizieren ausgestellten Wechsel über 1500 Mark unter der schriftlichen Verpflichtung, binnen 3 Tagen die Valuta zu beschaffen oder den Wechsel zurück zu geben. Frau v. Quitzow hat dann den letzteren durch Herrn v. Kriegsheim diskontieren lassen, dieser hat auch 1450 Mark darauf erhalten. Frau v. Quitzow hätte sich nun das Geld sofort geben lassen und den Betrag sofort an die beiden Offiziere abliefern müssen, sie hat aber keinen Einspruch dagegen erhoben, als ihr der Angeklagte erklärte, daß er ihr zunächst nur eine Rate zahlen könne, da er mit dem Rest ein dringendes, gleichzeitig schwebendes Geldgeschäft zunächst erledigen müsse. Der Vorsitzende rügt nachdrücklich das Verfahren der Frau v. Quitzow, die hinter dem Rücken ihrer Auftraggeber Abmachungen mit dem Angeklagten v. Kriegsheim getroffen habe, die sie nicht treffen durfte. Der Vorsitzende spricht den Wunsch aus, daß diese Thatsachen öffentlich bekannt würden, damit die jungen Offiziere erfahren, wie gut ihre Wechsel bei der Zeugin aufgehoben seien. — Aus der Erörterung eines andern derartigen Rechtsgeschäfts zieht der Vorsitzende den Schluß, daß junge, geschäftlich nicht erfahrene Offiziere die Schlingen nicht sehen, die ihnen bei solcher Gelegenheit gelegt werden und der junge Offizier, dem — wie es hier der Fall sei — „kameradschaftliche" Hilfe in herzlicher Weise in Aussicht gestellt werde, geopfert sei, wenn er sich solchen Händen, wie denen des Angekl. v. Kriegsheim anvertraue.

Nochmals die Internationale Diskonto-Bank.

Der alsdann vernommene Zeuge Lehmann war seiner Zeit in der „Internationalen Diskonto-Bank" beschäftigt. Er bekundet, daß häufig Gerichtsvollzieher und Gläubiger dort erschienen, die er nicht vorlassen durfte. Er hat von eigentlichen Bankgeschäften nichts, sondern immer nur von Geschäften mit Wechseln etwas gehört. Auf das am Hause befindliche Schild hin sei einmal ein Straßenpassant im Bureau erschienen, um einen Check auf London zu versilbern, ihm sei aber der Bescheid geworden, daß die Bank „solche" Geschäfte nicht mache. Geschäftsbücher hat der Zeuge nicht gesehen, nach seiner Kenntnis sollten diese erst später angelegt werden. Wovon der Angeklagte v. Kriegsheim eigentlich gelebt hat, weiß der Zeuge nicht, er kann auch nicht sagen, daß der Angeklagte Wißmann in der Bank eine große Rolle gespielt hat, jedenfalls hat der Zeuge nicht geglaubt, daß Wißmann wirklich Mitbegründer der Bank gewesen sei. Zum Gegenteil habe der Angeklagte v. Kriegsheim in einem speciellen Falle ihm, dem Zeugen, dringend angeraten, Herrn Wißmann so wenig wie möglich von geschäftlichen Dingen mitzuteilen.

Zur Verhandlung soll dann der Fall des

Grafen von und zu Egloffstein

gestellt werden. Dem Angeklagten v. Kr. wird in diesem Fall zur Last gelegt, unter der Vorspiegelung, daß er die Verhältnisse des Grafen ordnen wolle, diesem Wechsel in Höhe von 40 000 M. und bares Geld im Betrage von 6050 M. entlockt und von der Valuta nur 345 M. im Interesse der Gläubiger des Grafen verwendet zu haben. Der Gerichtshof beschließt nach kurzer Beratung, den Fall Egloffstein von dieser Verhandlung abzutrennen und späterer Verhandlung vorzubehalten und zwar mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte den berechtigten Anspruch erhoben habe, seine Verteidigung über die Punkte, über die er bisher noch nicht gehört sein will, in die Wege zu leiten und das Material beizubringen, mit dem er das Material der Anklage beseitigen zu können vermeine. — Der Vorsitzende stellt dann die noch gegen Wißmann unter Anklage gestellten Fälle, welche ein allgemeines Interesse nicht darbieten, zur Verhandlung. Die Beweisaufnahme zu diesen Fällen soll Dienstag 10 Uhr beginnen, Mittwoch sollen noch einige rückständige Punkte der Beweisaufnahme erledigt werden und am Donnerstag die Plaidoyers stattfinden.

Versammlungen.

Die Kleber (Tapezierer) hielten am Montagvormittag eine äußerst stark besuchte Versammlung ab. Ueffem erstattete den Bericht über den augenblicklichen Stand der Lohnbewegung, aus dem hervorgeht, daß von den bis jetzt etwa 50 ermittelten Firmen 31 den Tarif durch Unterschrift anerkannt haben, während die übrigen teilweise bewilligt bezw. abgelehnt haben. Die bisherigen Ergebnisse sind als äußerst günstig zu bezeichnen. In der hierauf folgenden Besprechung wurden von einer großen Anzahl Redner weitere Mitteilungen über das Verhalten von Meistern und Arbeitern gemacht. Leider haben sich mehrere Arbeiter als Streikbrecher gefunden, wogegen es erfreulich war, daß bei der Firma Kalmbach sämtliche Arbeiter, auch die Polsterer, welche Kleberarbeiten verrichten sollten, sofort die Arbeit einstellten, obwohl viele ältere Arbeiter bereits 15 bis 16 Jahre thätig waren. An die verwandten Berufsgenossen wie Maler, Tapezierer 2c. richtete Strasser die Mahnung, die Ausständigen zu unterstützen, indem sie keine Kleberarbeiten verrichten. Alle Ausständigen werden aufgefordert, sich bei der Kommission im Bureau, Schützenstr. 18/19 unverzüglich die Streiklegitimation aushändigen zu lassen, namentlich aber auf allen in Betracht kommenden Bauten eine Kontrolle zu führen; im übrigen sind alle Meldungen über den Verlauf der Bewegung sofort der Kommission zu übermitteln. Alle weiteren Mitteilungen erfolgen in der am Dienstag, den 13. Februar stattfindenden öffentlichen Versammlung. (Siehe Inserat.)

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 5. Februar seine Mitgliederversammlung ab. Der angekündigte Vortrag mußte wegen Erkrankung des Referenten ausfallen. Es folgte die Abrechnung vom Weihnachtsvergnügen, die sich wie folgt stellt: Einnahme 168,50 M., Ausgabe 123,40 M., verbleibt mithin ein Ueberschuß von 45,10 M. Sodann wurde beschlossen, am 18. März einen Kranz auf dem Friedhof der Märzgefallenen niederzulegen. Der Vorsitzende machte noch auf die vom Fachverein veranstaltete, am 1. April stattfindende Urania-Vorstellung aufmerksam und ersucht um regen Besuch. Neu aufnehmen ließen sich fünf Kollegen.

Rixdorf. Die regelmäßige Mitgliederversammlung des Centralverbandes deutscher Maurer tagte hier am 6. Februar. Nach einem beifällig aufgenommenen Vortrag des Kollegen Lehmann besprach man das Flugblatt, welches der Arbeitgeber-Bund an seine Mitglieder herausgegeben. Wegen Uebernahme von Accordarbeit wurden fünf Mitglieder ausgeschlossen. Einer Anregung entsprechend, wird künftig den Versammlungsbesuchern ihre Mitgliedskarte abgestempelt. Es soll damit ein besserer Besuch der Versammlungen erzielt werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 13. Februar.

Opernhaus. Tristan und Isolde. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Jugend von heute. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Schluck und Jau. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Die drei Töchter des Herrn Dupont. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Das deutsche Jahrhundert. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Nackte Kunst. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Fröschweiler. Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Zigeunerbaron. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Der Erbförster. Anfang 8 Uhr.
Central. Die kleine Exzellenz. Anf. 7½ Uhr.
Carl Weiß. Die Jagd nach dem Glück oder: Die Diebin. Anfang 8 Uhr.
Belle-Allianee. Freund Fritz. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Berliner Bilder. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Allein in London. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7½ Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8—10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv".
Im Hörsaal: Dr. Naß: „Eisen und Stahl".

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Dienstag, abends 8 Uhr: **Fröschweiler.**
Schauspiel in 4 Akten von H. v. Wenzel und Ferd. Runkel.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Freudvoll und leidvoll.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Fröschweiler.**

Central-Theater

Direktion: José Feroncry.

Die kleine Excellenz.

Operette in drei Akten von Richard Heuberger.
Anfang 7½ Uhr:
Morgen und folgende Tage: Die kleine Excellenz.
Sonntagnachmittag 3 Uhr zu halben Preisen: **Der Zigeunerbaron.**
Operette von Johann Strauß.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Dresdenerstr. 72/73.

Täglich: **Riesenlacherfolg!**
Im Himmelhof.
Thomas, Thielscher, Helmerding, Junkermann, Paulmüller.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Im Himmelhof.**

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstraße 132.

Kolossaler Andrang!
Täglich ausverkauft!
Die Jagd nach dem Glück.
Realistisches Ausstattungsstück mit Ges. in 7 Bildern von Carl Weiß. Musik von G. Fall. Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Im Tunnel v. 7 Uhr an Freikonzert.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabendnachmittag: Kinder-Vorstellung. Zum letztenmale: **Rotkäppchen.** Kleine Preise!

Metropol-Theater

Behrenstrasse 55/57.

Vollständig neues **Februar-Specialitäten-Programm.**
Mdlle. Sidley. Miss Dejo.
Les Arbras. Les Vincentina.
Allison-Truppe.
Littke Carlsen.
Um 9 Uhr 30 Minuten
Die verkehrte Welt
mit der feenhaften Truppen-Revue.
Anfang an Wochentagen um 8, an Sonn- und Festtagen 7½ Uhr abends.

W. Noacks Theater,

Brunnenstraße 16.

Mutter und Sohn.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv".
Hörsaal:
Dr. Nass: „Eisen und Stahl".
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5—10 Uhr.

Anatomisches Museum.

Im
Passage-Panopticum
geöffnet 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Montag u. Dienstag abends 8 Uhr: Vortrag eines hiesigen Arztes:
Ueber Veränderungen im Körper durch Modethorheiten u. Alkohol.
Montag für Herren, Dienstag für Damen.

CASTANS PANOPTICUM

Neu! Neu! Neu!
Ein Riese
der englischen Armee
Sergeant Th. Dalroy
2 m 30 cm hoch!
Oberbayrische Sänger
und
Schuhplattler-Gesellschaft.

Apollo-Theater.

Um 9 Uhr abends:
Im Reiche des Indra.
Eine Fahrt durch die indischen Wundergärten.
Um ½8 Uhr: **La Fagette.**
Schwestern Serini. Dall Oro.
Acquamarinoffs.
Hill u. Hull. Diamantine.
Ephraim Thompson. Dagmar Hansen etc. etc. etc.
Der Kosmograph, neueste Aufnahmen aus dem Transvaalkriege.
Anfang ½8 Uhr.
Vorverkauf im Theater von 10 bis 1 Uhr, sowie im Invalidendank u. Künstlerdank.

Palast-Theater

früher **Feen-Palast,** Burgstr. 22,
Großer Erfolg des neuen
Februar-Programms.
Erstklassige Specialitäten.
8½ Uhr: **Wenn Frauen weinen.** 8½ Uhr:
v. Stein — Dir. Rich. Winkler.
Neu! Scenen Neu!
vom Kriegsschauplatz in Transvaal.
Anfang 7½ Uhr. Vorverkauf 11 bis 1 Uhr. Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz. Besucher der Vorstellung: Frei-Tanz.
Mittwoch, den 21. Februar: **Benefiz** Helene Voss. Einmalige Aufführung „Im weissen Rössl".

Cirkus Schumann.

Heute, Dienstag, den 13. Februar, abends präc. 7½ Uhr:
Gala-Vorstellung.
Zum 11. Male:
Dr. Faust.
Eine romantisch-phantastische Handlung in 3 Abteilungen von **August Siems.** In Scene gesetzt vom Direktor **Albert Schumann** und Hofballettmeister A. Siems. Regie Ballettmeister Reisinger. Musik von R. Heyer.
1. Akt: Im Studierzimmer des Dr. Faust.
Im Reiche der Liebe.
2. Akt: Ein Schützenfest im 16. Jahrhundert. Entführung des Dr. Faust.
3. Akt: Die Herzogin von Parma; der Hexensabbat auf dem Blocksberge.
Fausts Höllenfahrt.

Cirkus Busch.

Heute, Dienstag, den 13. Februar, abends 7½ Uhr: **Grande Soiree Equestre. Sports-Gala-Abend.**
Zum 96. Male: **Die Camorra.**
Die besten Springpferde des Marschalls. **Riesensprung über einen 8 Fuss hohen Elefanten.** Herr **Borghardt-Footit,** Schulreiter. Die weiße Dame. Der Feuerprinz Mr. **Rivalli.** Die Matwejeff-Akrobaten-Truppe.

Wedding-Park

Müller-Strasse 178.

Jeden Dienstag: Norddeutsche Sänger. Jeden Dienstag:
Biegler, Wolf, Hohenberg etc.
Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.

Heute Dienstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
u. a. Hoffmann als **Präsident Krüger.**
Ausstich von Bockbier.
Mittwoch: Keine Soiree.
Donnerstag: U. a. Hoffmann als Präsident Krüger.

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger**
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Großartiges Programm!

Masken-Garderobe.
Größte Auswahl. Billigste Preise.
Verein. Preisermäßigung.
Fr. Panknin,
Oranienstraße Nr. 178
II. Adalbertstraße 91.
Ecke Oranienstraße.

Socialdemokraticher Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, den 13. Februar 1900, abends 8 Uhr:

Versammlung

bei Breuer, Große Frankfurterstr. 117.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **R. Schmidt** über: Hat die Arbeiterklasse einen Nutzen von dem wirtschaftlichen Aufschwung? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Versammlung wird präcise eröffnet. Gäste haben Zutritt. Beiträge und Aufnahmen werden nur vor der Versammlung entgegengenommen. 242/5 **Der Vorstand.**

Achtung! Moabit. Achtung!

Dienstag, den 13. Februar cr., abends 8 Uhr:

Grosse öffentl. Kommunalwähler-Versammlung

in den Arminiushallen, Bremerstraße Nr. 72—73.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl im 44. Kommunal-Wahlbezirk. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Fritz Zubeil.** 2. Diskussion.
Wähler der 44. Wahlbezirks, erscheint zahlreich in dieser Versammlung.
219/7 **Das Wahlkomitee.**

Achtung!

Mittwoch, den 14. d. M., abends 8½ Uhr, in Sanssouci, Kottbuserstraße Nr. 4a:

Volksversammlung

Tages-Ordnung:
Vortrag der Genossin **Klara Zetkin** über „Arbeiterinnenschutz, Frauenrecht und die Befreiung der Arbeiterklasse". — Genossen und Genossinnen, agitiert für zahlreichen Besuch dieser Versammlung.
1/3 **Die Vertrauensperson.**

Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 13. Februar, abends 8½ Uhr:

Versammlung

bei Habel, Bergmannstraße 5/7.

Tagesordnung
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Hoch** über: „Reform der Unfallversicherung." 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste (Herren) haben Zutritt. 238/4
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**
NB. Die Mitglieder ohne Unterschied werden aufgefordert, **sofort,** mindestens aber im Verlauf dieser Woche ihre Wohnungen auf den Zahlstellen eintragen zu lassen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Am Mittwoch, den 14. Februar, abends 8½ Uhr, bei Nowak, Manteuffelstraße 9 (nahe der Köpnickerstraße):

Vertrauensmänner-Versammlung

der

Musikinstrumenten-Arbeiter.

Tages-Ordnung:
1. Die taktischen Beschlüsse der Zahlstelle Berlin. 2. Wie gestalten wir unsre Agitation in diesem Jahre? 3. Verschiedenes.
Kollegen! Es ist unbedingt notwendig, daß jede Werkstatt vertreten ist. Delegiertenkarte und Verbandsbuch legitimieren. 78/10

Drechsler!

Mittwoch, den 14. Februar, abends 8¼ Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen

in folgenden Lokalen:
Osten bei Witwe Mühle, Koppenstraße 41.
Norden bei Hoppe, Ackerstraße 145.
Süd-Ost, Westen und Süd-Westen bei Möhring, Admiralstr. 18c.
Tages-Ordnung in allen Versammlungen:
1. Bericht der Ohmänner. 2. Die Forderungen unsrer Kollegen, welche in Tischlereien beschäftigt sind. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.
Jede Drechslerwerkstatt hat mindestens einen Kollegen zu entsenden, aber die, welche in Tischlereien beschäftigt sind, haben alle zu erscheinen. **Die Branchenkommission.**

Rixdorf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, 14. Februar, abends 8 Uhr, bei Klemke, Bergstr. 137:

Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wahl des Delegierten zum Verbandstag. 2. Anträge zum Verbandstag. 3. Verbandsangelegenheiten. 78/8
Das Erscheinen jedes Kollegen ist dringend notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.**

Centralverein der Bildhauer Deutschlands

Verwaltungsstelle Berlins.

Dienstag, den 13. Februar, abends präcise 8½ Uhr, im Vereinslokal (Restaurant Spielberg), Köpnickerstraße 62:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 20/6
1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn Professor **Dr. Weinstein** über: „Die Trägheit in der Natur." 3. Wie stellen sich die Kollegen zur Mietung von eigenen Räumen? 4. Verschiedenes.
Auch machen wir die Kollegen auf das am 10. März in Sanssouci stattfindende **Bauernfest** aufmerksam. **Der Vorstand.**

Tapezierer.

Heute, Dienstag, abends 9 Uhr, im Louisenstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstraße Nr. 37:

Kombinierte Versammlung der Filialen Berlins.

Tages-Ordnung:
Unsre Stellungnahme zur Frühjahrs-Saison.
Mitgliedsbuch legitimiert. Aufnahme neuer Mitglieder daselbst.

Achtung! Tapezierer. Achtung!

(Kleber.)

Dienstag, den 13. Februar cr., abends 8½ Uhr. Neues Klubhaus, Kommandantenstraße Nr. 72:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung über den Stand des Streiks. 2. Diskussion.
101/2 **Die Lohnkommission.**

Achtung!

Schönhauser und Rosenthaler Vorstadt.

Mittwoch, den 14. Februar, abends 8½ Uhr:

Große öffentl. Volksversammlung

bei Wernau, Schwedterstraße 23—24.

Tagesordnung: **Verkündigung des Wahlresultats.** (219/9*
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Das Wahlkomitee.**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Am Mittwoch, den 14. Februar, abends 8½ Uhr, im Lokal „Arminhallen", Kommandantenstr. 20:

Allgemeine Vertrauensmänner-Konferenz.

Ohne Mitgliedsbuch und Legitimationskarte kein Zutritt.
110/19 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung, Stockarbeiter!

Mittwoch, den 14. Februar, abends 8 Uhr, in Feuersteins Festsälen, Alte Jakobstraße 75:

Große öffentliche Versammlung

der Stock- und Schirmarbeiter Berlins und Umgeg.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Vertrauensmanns über: „Unsre Taktik und das Vertrauensmänner-System der Gegenwart und Zukunft".
2. Diskussion.
3. Kassenbericht vom Streikfonds.
4. Verschiedenes. 175/3
Um recht zahlreichen und pünktlichen Besuch bittet
Der Vertrauensmann.

Achtung! Achtung!

Maler, Lackierer u. Anstreicher

Berlins und Umgegend.

Am Mittwoch, den 14. Februar, abends 8½ Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstraße 20:

Kombinierte Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Endgültige Regelung des Arbeitsnachweises. 2. Fachschule. 3. Wie richten wir unsre Organisation ein, nachdem der Verbot des Inverbindungtretens aufgehoben ist? 4. Verschiedenes. 2386
Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Einberufer.**

Achtung! Schmiede. Achtung!

2 große öffentl. Versammlungen

aller in der Schmiederei beschäft. Personen Berlins u. Umg.
Donnerstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen (oberer Saal), Koppenstraße 29.
Freitag, den 16. Februar, abends 8 Uhr, im Moabiter Klubhause, Beusselstraße 9.
Tages-Ordnung:
1. Die Lage der Schmiede und wie verbessern wir sie? Referent Kollege **Lange** aus Hamburg. 2. Diskussion und Aufnahme neuer Mitglieder. 176/2
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Einberufer.

Achtung! Achtung!

Musikinstrumenten-Arbeiter.

Mittwoch, den 14. Februar cr., abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Graumann, Naunynstr. 27:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über die Lage der deutschen Musikinstrumenten-Industrie. 2. Diskussion. 3. Abrechnung des Vertrauensmannes und Neuwahl desselben. 4. Gewerkschaftliches.
141/5 **Der Vertrauensmann:** Arendt.

Achtung! Rabitzputzer.

Mittwoch, 14. Februar, abends 8 Uhr, in Feuersteins Festsälen, Alte Jakobstr. 75:

Oeffentliche Versammlung

aller im Rabitzgewerbe beschäftigten Arbeiter.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben!
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
252/2 **Die Ortsverwaltung.**

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist im Erscheinen begriffen

Stadthagens Arbeiterrecht u. Führer durch das Bürgerl. Gesetzbuch

In Lieferungen à 20 Pf. durch alle Kolporteure zu beziehen. — Werkstatt-Kolporteure können einen ansehnlichen Nebenverdienst erzielen.

Avis für Cigarren-Fabrikanten. Verein Berliner Cigarren-Sortierer und Sortiererinnen. Der unentgeltliche Arbeitsnachweis befindet sich jetzt Swinemünderstr. 41 b. Albert Werner, Cig.-Gesch. [23525

Maskenball-Schuhe u. Stiefel verleiht Neumann, Wrangelstraße 77, früher Sorauerstr. 25.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Wein zum Ausschank sehr geeignet! süss, rot, wie Portwein, ausgezeichnet im Geschmack, garantiert rein, 10 Ltr. M. 7,–, 100 Ltr. 65,–, Oxhoft M. 120,–. **Eugen Neumann & Co.,** Berlin SW., Hollmannstr. 16. Amt IV. 9676.

Möbel und Polsterwaren. Großes Lager Gediegene Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt **A. Schulz,** Reichenbergerstr. 5. Auch Theilzahlung! (*

Charlottenburg!! Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1. Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. [*

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von [34312*
Robert Meyer, No. 2. Mariannenstr. No. 2. Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets ꝛc. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert

3. Ziehung d. 2. Klasse 202. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 12. Februar 1900, vormittags.
Nur die Gewinne über 110 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

48 50 148 49 599 616 763 77 897 966 **1**098 287 80 410 538 60 86 621 51 **2**085 [300] 127 64 206 94 328 66 567 673 [150] 912 **3**348 457 576 658 804 902 59 88 **4**084 124 238 47 447 756 807 10 44 51 937 **5**087 119 70 312 47 [150] 421 534 680 793 838 908 78 **6**022 84 85 88 106 41 215 57 374 90 [150] 461 501 846 **7**035 265 83 592 803 48 49 987 **8**027 189 402 93 658 72 98 **9**316 56 426 30 759 915 22

10036 107 61 293 638 718 956 **11**108 13 [150] 67 99 258 374 680 833 **12**016 111 466 602 27 720 833 969 **13**124 447 935 68 **14**076 473 571 997 **15**009 158 226 429 74 689 90 779 842 925 71 **16**039 300 446 561 605 61 738 41 **17**039 128 213 658 70 988 **18**230 49 391 508 36 51 929 [150] 47 **19**168 232 338 [150] 94 798 890

20098 219 407 70 75 517 25 701 845 902 **21**044 253 411 538 757 63 810 929 57 **22**129 227 34 44 295 580 747 941 **23**018 139 308 63 400 23 529 66 674 750 832 965 **24**061 116 34 [150] 48 65 489 535 94 640 801 47 945 **25**117 46 419 79 81 94 655 764 807 907 [300] **26**016 43 57 70 275 314 93 528 810 929 **27**006 157 329 464 56 569 673 929 **28**120 236 315 47 600 44 761 **29**136 520 43 997

30158 208 485 661 743 51 64 90 838 47 **31**057 68 **32**045 81 118 268 76 467 544 52 70 627 65 763 76 961 **33**056 214 61 373 **34**080 **35**079 110 19 32 83 73 297 [150] 510 43 758 942 **36**018 [150] 51 65 109 227 377 468 636 **37**022 169 80 207 332 539 **38**023 68 175 575 672 713 [500] 63 944 **39**365 863

40077 219 311 569 867 930 **41**018 160 234 392 [150] 518 669 927 **42**123 427 510 862 903 12 **43**179 250 82 67 327 [300] 90 901 **44**112 251 473 565 787 915 70 **45**232 49 377 440 778 **46**001 142 88 339 595 747 814 24 85 **47**026 132 292 387 509 711 55 73 823 918 **48**025 86 102 210 64 317 670 88 791 839 54 918 58 **49**063 70 82 129 282 435 664 727 91 895 988

50055 169 594 746 97 908 **51**193 256 316 456 579 852 53 **52**162 69 72 257 80 305 79 519 770 843 909 99 **53**101 [200] 91 224 35 491 769 855 955 **54**007 36 50 273 391 458 724 843 84 **55**004 118 282 451 615 44 83 791 883 [150] 978 **56**019 22 36 [150] 90 374 87 622 86 739 810 **57**012 154 79 291 317 48 93 521 76 938 [150] **58**155 225 381 423 [200] 25 580 636 67 81 743 902 18 **59**063 160 85 [500] 211 56 73 447 513 66 [200] 606 752 73 819 42 62 [150]

60007 22 179 408 49 527 622 751 76 91 867 78 86 **61**094 190 93 306 460 534 81 697 742 43 58 865 972 82 **62**080 200 76 78 341 540 57 825 61 67 [150] 79 **63**056 96 188 99 227 309 49 99 752 78 [300] 886 **64**006 24 125 79 92 345 55 85 407 67 97 561 [150] 674 790 91 **65**056 254 403 723 43 89 953 90 **66**177 85 87 215 86 332 464 799 809 964 **67**001 91 114 59 322 527 607 890 925 **68**211 79 82 331 27 90 420 31 84 85 577 628 32 940 **69**092 290 [500] 315 690 737 812 44 973 38

70086 118 241 384 179 [150] 907 **71**030 155 457 627 **72**092 172 739 [150] 35 868 903 29 **73**086 432 77 802 40 921 **74**027 81 423 568 673 805 237 **75**018 116 150 238 240 82 428 586 734 83 930 **76**149 76 264 443 585 662 734 808 **77**242 309 550 619 953 **78**100 50 58 256 80 92 415 95 641 763 **79**028 230 361 424 42 88 608 21 94 769 63 70 808 84 914

80165 94 260 398 752 **81**108 25 283 589 [200] 94 621 57 71 933 **82**017 208 57 449 566 687 91 97 702 896 **83**014 93 117 298 335 418 521 744 63 93 968 75 **84**070 91 125 376 480 612 771 89 887 909 **85**048 [150] 131 36 324 47 49 544 750 75 823 32 [150] 49 904 63 **86**158 222 93 332 63 75 577 717 33 61 889 **87**080 121 34 200 80 446 61 787 83 803 908 **88**118 [3000] 376 89 405 86 [150] 547 611 20 80 707 865 902 [150] 33 **89**108 25 319 405 621 92 734 891

90050 73 202 452 523 602 **91**020 87 137 218 361 61 405 700 85 838 **92**036 [3000] 59 165 229 55 322 74 487 95 [150] 677 963 67 **93**024 33 37 [300] 264 86 602 715 62 838 972 75 87 **94**021 280 346 87 403 578 628 [150] 95 984 41 **95**048 138 219 63 350 625 709 12 55 [150] 75 94 864 951 **96**006 300 445 745 816 [150] 81 **97**005 241 59 312 44 461 690 883 912 15 40 61 **98**190 218 368 405 10 561 743 919 20 31 **99**366 419 49 624 67 779 940

100087 264 392 407 28 48 505 32 53 627 89 939 **101**050 377 578 673 709 83 **102**020 80 99 107 352 55 80 424 69 717 805 **103**000 112 233 312 91 98 429 503 66 [300] 91 660 787 63 889 910 **104**052 342 314 98 628 99 864 **105**158 361 90 458 60 520 [150] 77 644 58 745 879 930 41 **106**129 91 379 503 35 654 757 78 842 958 **107**062 97 201 70 703 849 **108**031 271 94 700 87 888 938 63 [300] **109**073 156 84 207 74 397 723 81 963

110144 596 640 738 **111**027 78 139 69 213 368 437 506 [150] 897 929 **112**212 69 98 600 [200] 44 45 **113**034 50 266 308 [150] 57 444 70 550 675 724 969 **114**050 108 279 311 577 806 81 **115**226 86 361 570 621 755 **116**025 283 [150] 456 85 583 99 606 736 **117**002 47 135 80 489 644 893 **118**046 73 192 352 521 [200] 43 679 99 966 **119**092 124 54 207 24 93 320 55 [150] 525 703 7 820 34 57 95

120011 103 90 282 312 430 81 507 12 28 646 905 24 68 **121**313 400 23 636 46 52 823 969 **122**123 90 380 96 607 **123**105 251 353 84 85 490 623 39 761 **124**032 107 230 92 403 87 582 877 964 **125**154 60 235 347 424 27 507 651 902 [150] 25 **126**147 227 333 782 830 [150] **127**005 22 30 97 270 86 348 487 537 95 763 803 908 24 **128**034 103 215 43 328 417 21 504 671 861 90 **129**077 128 282 37 319 497 664741 90 913

130025 110 316 450 514 605 741 821 83 926 **131**137 220 82 301 47 66 691 [300] 733 59 940 78 **132**000 114 252 456 624 63 78 780 875 **133**181 353 457 726 99 860 **134**011 70 107 79 323 57 62 487 91 613 798 827 39 69 988 **135**020 234 91 407 24 706 29 92 801 86 912 42 **136**102 89 276 313 881 **137**031 234 308 65 400 98 **138**036 305 400 54 558 83 639 78 732 845 76 921 73 **139**014 119 220 369 79 95 416 517 662 820 60

140210 518 29 [150] 35 801 30 49 **141**094 247 78 508 68 **142**059 69 149 53 85 808 **143**208 595 850 87 917 **144**296 382 448 713 840 **145**090 101 414 88 559 605 25 **146**043 86 468 [200] 534 51 677 878 **147**191 244 77 771 927 **148**127 368 407 42 528 924 72 88 **149**105 361 65 524 605 25 60 711 93 997

150127 296 541 673 [150] 715 60 83 815 93 951 83 **151**094 294 412 50 584 93 **152**252 84 460 [150] 717 67 828 32 63 986 89 **153**016 68 237 42 46 357 66 95 401 [200] 78 544 641 946 **154**013 165 232 89 443 93 88 663 900 16 **155**063 385 400 565 655 760 68 95 **156**013 222 487 534 623 67 93 840 55 974 84 96 **157**001 4 134 68 257 85 378 483 679 715 28 92 818 81 975 **158**705 84 803 30 987 **159**087 95 216 344 435 561 77 622 76 700 36 809

160065 132 281 84 355 426 72 800 936 67 **161**073 89 [150] 176 230 38 390 463 99 646 845 **162**017 107 48 219 28 370 700 893 [200] 974 **163**027 339 628 37 700 77 922 94 **164**221 72 451 624 782 979 **165**059 81 146 234 38 305 419 94 510 844 902 83 **166**062 230 302 40 71 [200] 88 415 655 791 846 49 53 **167**076 118 [150] 201 333 944 **168**221 64 477 714 63 840 **169**273 493 531 96 637 913 60

170002 365 771 82 980 **171**033 162 98 398 467 507 634 71 923 31 **172**154 201 52 341 49 572 614 702 923 50 96 **173**033 291 381 86 566 681 748 901 **174**085 337 405 35 501 [150] 672 803 55 [300] 944 **175**145 378 433 574 [150] 613 763 838 60 900 **176**085 107 53 262 306 70 [200] 669 817 977 **177**010 127 452 692 **178**066 976 **179**125 402 85 514 177 704 801 [150] 906

180053 348 895 955 **181**079 **182**281 924 27 **182**029 143 234 356 521 648 865 915 53 63 **183**047 [300] 165 272 82 93 578 634 97 754 871 960 85 **184**226 92 [150] 341 422 37 701 886 961 92 **185**042 156 78 306 472 524 792 820 49 91 **186**008 [200] 38 83 128 394 426 61 781 812 **187**149 223 91 420 534 53 67 603 [150] 817 **188**133 225 57 478 85 510 639 752 865 72 **189**050 97 196 396 29 65 513 47 607 734 40 98 821 87 974

190121 40 48 437 578 695 793 907 **191**180 379 89 747 **192**207 12 48 473 574 782 93 **193**075 129 248 53 328 74 721 825 **194**421 53 503 [200] 6 88 660 881 947 **195**030 35 102 393 492 524 31 702 56 997 98 **196**179 258 62 399 468 **197**098 111 294 439 500 632 81 929 79 **198**064 239 82 96 366 75 443 95 616 780 [150] 97 681 86 939 84 97 **199**050 842 924

200169 537 767 71 897 951 **201**012 50 137 [150] 81 318 36 58 96 487 96 725 842 55 956 **202**052 91 119 [200] 217 68 282 452 594 618 708 886 972 83 **203**083 118 304 [150] 79 438 71 533 631 86 759 93 844 **204**140 279 389 86 463 69 96 588 [150] 658 838 **205**058 594 701 836 **206**001 62 239 396 97 680 84 719 912 39 **207**107 579 655 886 945 78 **208**622 755 821 [300] 27 35 [150] **209**046 62 158 65 266 516 49 709 33 837 61 932

210389 463 83 625 738 65 75 93 814 69 81 947 **211**211 17 387 71 404 31 83 503 [150] 805 43 **212**325 [150] 450 58 571 94 665 70 767 813 **213**139 506 30 37 625 728 **214**163 411 688 715 51 68 **215**148 99 306 47 398 563 651 753 95 845 902 23 **216**27 40 241 465 583 707 70 82 941 **217**052 58 193 303 321 49 409 581 893 933 61 **218**040 75 179 251 387 578 702 36 834 76 981 **219**0 1 230 574 617 745 842 58

220180 224 54 67 312 579 85 98 **221**379 535 795 845 903 60 70 **222**005 89 261 83 426 537 607 93 717 848 **223**227 [150] 334 200 39 585 583 929 99 **224**066 178 290 62 353 73 83 415 538 633 832 **225**036 155 61 435 500 85

Im Gewinnrade verblieben: 4 Gewinne zu 1000 Mk. 2 zu 500 Mk.

Berichtigungen. In der Liste vom 9. Februar nachmittags lies 64935 statt 63935.

3. Ziehung d. 2. Klasse 202. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 12. Februar 1900, nachmittags.
Nur die Gewinne über 110 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

87 196 236 459 683 89 **1**054 86 612 21 69 923 45 **2**351 426 565 72 798 968 57 **3**189 354 520 82 96 725 682 **4**276 319 21 26 437 542 [200] 946 82 **5**184 235 76 87 361 429 541 47 58 80 96 849 [150] **6**380 477 582 664 **7**030 76 85 326 76 97 467 525 31 77 913 43 76 82 **8**110 29 371 405 572 **9**246 51 372 405 36 679 800 18 89

10122 356 414 574 97 680 81 839 41 67 80 964 **11**031 251 340 476 525 [150] 45 54 759 932 **12**079 [150] 105 86 301 409 11 519 742 80 888 **13**003 25 46 198 225 462 70 591 630 832 53 999 **14**272 489 727 828 [150] 41 91 942 49 **15**307 27 508 821 62 **16**055 115 61 321 528 76 659 720 39 851 **17**112 232 343 68 70 465 509 783 916 **18**027 280 358 75 452 74 500 5 871 939 [150] **19**025 221 52 480 579 763 948

20019 100 472 855 91 856 924 **21**032 144 242 547 710 883 946 **22**355 302 6 24 37 73 [1000] 92 400 619 35 68 934 **23**107 375 69 874 **24**030 214 15 302 709 62 72 914 56 **25**016 67 199 230 382 450 531 706 879 **26**198 303 29 434 61 668 811 75 978 **27**111 306 27 82 490 742 909 **28**041 242 85 90 96 335 553 686 725 34 856 **29**102 64 781 819 46 63 947

30068 101 218 75 94 345 654 781 **31**112 224 672 98 770 [200] 80 865 935 **32**076 189 241 58 308 17 441 555 639 43 49 [300] 931 **34**509 850 81 912 89 **34**139 225 312 86 442 955 **35**007 81 141 79 239 311 534 55 654 [150] 76 742 **36**028 92 260 374 479 608 12 78 714 870 **37**071 246 331 485 607 902 59 **38**131 81 407 662 755 808 [150] **39**022 130 377 406 27 948 97

40228 46 99 306 475 510 686 **41**044 116 [150] 98 96 299 508 17 641 806 960 84 **42**027 33 212 306 489 762 810 945 **43**015 131 692 754 847 90 983 42 **44**182 330 97 779 [200] 803 906 **45**150 346 91 456 [200] 610 80 799 879 949 **46** 82 150 288 307 13 58 647 855 65 949 82 93 **47**085 201 47 87 98 420 528 751 **48**087 137 235 498 662 718 51 **49**060 87 126 390 510 36 701 12 22 [150] 66 903

50334 404 504 15 96 723 900 4 81 948 77 **51**005 44 172 331 [150] 410 501 [500] 75 986 **52**080 188 345 517 606 29 823 **53**089 251 441 687 93 957 79 **54**177 202 354 407 40 **55**197 322 46 563 767 945 **56**757 396 485 605 72 669 [300] 742 61 854 **57**121 65 2.. 405 58 68 618 78 701 824 987 **58**041 146 58 241 646 70 842 98 **59**028 58 69 215 74 487 618 716 877

60413 748 49 822 908 42 49 86 **61**041 176 221 69 420 668 909 70 **62**115 94 209 39 32 48 374 97 488 887 921 **63**125 868 704 14 826 **64**108 336 48 84 409 31 543 65 862 **65**243 306 504 [150] 658 [300] 877 986 **66**071 220 48 303 11 [200] 586 92 826 788 **67**299 540 916 **68**118 344 91 722 81 994 **69**046 367 404 25 572 622 77 810 21 32 72 951

70000 188 218 30 65 543 612 86 795 809 11 970 **71**128 245 868 442 77 594 882 73 964 71 **72**058 190 461 67 507 73 96 713 805 **73**297 455 766 **74**071 106 329 94 446 506 650 862 972 **75**241 447 563 767 861 904 **76**151 448 504 22 657 **77**044 79 [150] 80 193 343 929 **78**046 165 825 420 59 780 91 976 87 **79**237 46 78 318 75 430 660 779 968

80142 229 469 865 [300] 85 **81**162 842 407 98 521 736 [150] 961 92 **82**048 85 198 223 51 62 316 40 57 404 31 558 841 995 **83**012 191 324 487 387 608 30 722 33 [150] 985 **84**097 130 48 264 90 478 [150] 516 **85**283 309 15 421 50 705 14 93 868 957 75 91 **86**020 40 85 110 217 38 319 81 496 512 633 924 **87**016 72 159 279 310 432 76 513 741 816 38 921 74 **88**179 684 **89**035 79 409 66 728

90180 529 [150] 784 [150] 831 **91**045 274 471 88 720 62 808 53 60 **92**110 271 382 76 548 69 98 698 831 984 **93**004 10 37 46 99 116 93 372 416 35 608 24 51 742 805 18 97 **94**107 21 85 421 692 812 **95**003 124 46 [150] 72 213 315 68 73 408 23 523 [150] 44 62 605 735 882 941 **96**211 56 743 **97**158 81 328 [200] 70 673 923 **98**074 287 [150] 448 86 502 23 756 806 918 40 **99**054 166 [200] 67 206 10 665 756 75 863 904

100192 413 555 844 **101**111 86 387 418 15 550 693 737 823 941 **102**054 216 307 411 51 767 952 77 **103**066 248 55 82 404 625 787 819 902 86 **104**054 121 99 366 681 775 836 50 55 969 **105**137 453 684 98 840 57 975 **106**011 148 72 95 235 89 481 584 671 885 **107**021 50 81 148 87 200 419 29 42 710 32 59 822 **108**047 210 482 728 45 [150] 61 967 26 **109**102 225 358 580 31 774 **110**082 307 [150] 488 604 705 91 940 78 **111**046 186 266 487 681 824 **112**031 361 308 799 **113**025 144 69 88 344 529 617 702 983 **114**014 44 48 184 [200] 249 332 501 69 844 [200] 909 **115**101 228 56 315 85 601 5 817 968 91 **116**111 79 248 450 532 651 888 **117**007 90 111 336 531 609 770 **118**012 398 [300] 604 714 64 998 **119**158 205 65 348 402 61 69 76 557 795 802 9

120003 4 93 294 357 [150] 514 74 629 44 751 810 **121**073 115 35 207 59 [300] 467 503 783 826 **122**098 137 243 327 72 545 49 814 18 937 48 56 **123**426 689 61 90 701 78 91 971 92 **124**380 405 657 701 6 [200] 861 977 **125**041 693 642 700 11 72 957 **126**001 281 468 556 658 864 97 913 28 48 49 92 **127**094 389 439 45 543 788 **128**531 63 68 605 754 960 **129**003 102 456 574 722 908

130011 35 122 404 627 949 74 **131**181 363 492 519 76 626 717 905 **132**081 593 640 **133**496 692 748 **134**029 219 730 974 88 **135**008 115 442 **136**080 208 29 344 652 950 **137**204 **138**009 28457 570 784 **139**046 199 270 310 44 62 507 799 985

140000 11 264 414 573 787 870 **141**017 250 647 880 90 **142**534 80 89 670 825 28 **143**156 86 253 90 892 **144**052 376 424 98 **145**019 60 104 238 318 486 94 515 689 99 835 913 34 51 **146**530 768 897 902 [150] **147**473 501 697 715 855 58 **148**136 47 292 93 317 786 99 **149**205 24 335 446 941 68

150273 86 461 571 660 985 65 **151**000 4 127 486 594 701 886 939 **152**138 82 249 644 86 87 709 39 54 992 **153**132 33 381 445 50 528 98 649 733 **154**104 329 490 551 677 79 83 848 922 39 **155**164 211 31 309 75 425 543 897 **156**168 215 [150] 84 321 22 481 514 70 [200] 618 21 729 52 926 **157**250 442 55 521 41 67 669 775 **158**015 66 159 458 62 631 760 [150] **159**327 501 52 88 625 70 759 868

160076 305 443 530 63 91 602 85 977 **161**166 306 406 693 739 892 943 **162**056 184 256 308 46 446 63 514 58 70 629 77 983 **163**049 141 312 26 72 492 519 [200] 69 94 712 **164**194 205 350 626 702 35 36 912 **165**014 335 83 920 **166**022 78 [150] 486 [150] 555 [150] 705 21 62 [1000] 68 891 968 **167**165 275 382 427 569 683 853 **168**257 425 504 647 95 806 23 [150] 911 56 **169**200 31 [150] 332 65 406 88 96 613

170096 134 41 564 832 984 **171**004 156 206 51 80 373 521 50 607 23 874 941 **172**011 330 794 848 81 **173**037 65 72 88 163 [200] 88 251 346 96 558 656 88 921 **174**060 76 89 123 68 91 205 17 494 528 46 85 669 **175**080 178 289 440 621 73 702 14 59 74 [150] 75 843 81 **176**372 427 645 743 **177**019 128 259 375 511 719 37 49 **178**111 407 49 64 71 526 603 **179**876 405 48 62 983

180043 179 [1000] 278 90 394 451 619 868 **181**094 247 60 312 437 624 711 65 88 **182**016 237 347 [200] 77 89 585 91 609 22 55 770 **183**168 212 15 490 59 81 **184**003 161 394 87 450 670 758 95 818 921 **185**116 324 97 495 549 54 629 47 804 985 **186**242 80 541 63 82 603 74 **187**095 158 265 571 89 610 798 891 **188**160 300 34 418 767 859 910 29 **189**312 163 [200] 99 286 305 403 621 54

190128 51 52 255 68 481 93 661 69 884 86 967 **191**125 221 586 48 89 675 86 719 **192**323 [200] 432 82 601 9 758 846 915 **193**085 86 282 378 478 723 946 **194**218 25 93 398 730 [150] 817 42 **195**180 561 **196**076 130 38 824 421 659 932 **197**163 254 55 337 66 402 51 56 505 26 76 81 843 927 28 **198**021 47 89 112 39 48 204 61 484 526 71 674 94 844 951 79 80 **199**076 79 159 94 497 575 749 68 809 80

200073 176 292 94 214 33 50 64 481 [1000] 79 712 **201**085 97 109 535 610 69 90 780 810 16 908 30 **202**047 144 201 448 58 60 503 642 4863 782 835 82 970 **203**323 80 445 670 899 939 88 **204**042 52 143 95 309 442 [200] 610 747 49 71 72 901 [300] 79 **205**055 98 [150] 229 487 98 709 844 **206**462 506 89 721 68 907 996 **207**132 63 80 206 70 312 84 443 49 65 684 700 34 800 **208**371 697 829 **209**161 267 [200] 418 514 671 996

210100 19 58 941 94 497 535 820 96 **211**016 24 64 257 67 339 65 526 622 25 924 98 **212**021 285 45 357 459 [150] 626 **213**203 15 595 617 21 41 631 983 **214**000 472 359 86 446 512 32 669 808 33 964 **215**327 45 445 83 669 83 707 860 941 **216**089 474 547 798 842 57 90 [150] 939 50 70 **217**247 76 [150] 301 59 80 420 515 25 53 610 763 810 **218**010 107 751 **219**143 93 201 300 65 71 424 61 98 648

220021 307 30 573 626 62 967 78 **221**089 167 237 328 407 27 599 636 895 913 15 84 [200] 93 **222**056 240 85 339 562 723 833 85 **223**416 62 645 750 **224**251 303 82 517 602 11 56 [300] 808 982 **225**001 49 149 [200] 84 229 412 523 71

Die Ziehung der dritten Klasse findet statt am 16. bis 20. März.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Passend für Parteigenossen Restauration, 7 Jahre in einer Hand, krankheitshalber sofort zu verkaufen. Auskunft bei Marx, Kastanienallee 96. *

Gutgehendes Material-, Obst- und Gemüsegeschäft krankheitshalber sofort zu verkaufen. Auskunft erteilt F. Neul, Barnimstraße 42. [†52*

Nußbaummöbel, ganze Wirtschaft, auch einzeln, spottbillig. Zossenerstraße 38, vorn II. rechts. 52K*

Betten, Steppdecken, Gardinen, Kleidungsstücke spottbillig. Pfandleihe Neanderstraße 6.

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabriklager Große Frankfurterstraße 9, parterre. †118*

Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9–12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †118*

Möbel, bar und Teilzahlung, billigst. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Königsbergerstraße. 287K*

Fahrräder. Teilzahlung, mäßige Anzahlung. Lager, vierhundert Fahrräder, einjährige Garantie, liefere direkt Privaten. Imperial-Fahrradwerke, Dieffenbachstraße 33. [568*

Damenblusen, Schreibtische, Ladentisch, Regale, Glühlichtkronen, Wiegeschalen spottbillig. Hüls, Weinbergsweg 13b. 2080b

Kanarienhähne und Weibchen verkauft billig F. Ewald, Schönleinstraße 6. 300K*

Eckdestillation, passend für Anfänger, ohne Essen, mit treuer Kundschaft, zu verkaufen. Offerten erbeten Postamt 34 unter E. H. 2307b

Teppiche, Regulatoren, Remontoiruhren spottbillig. Pfandleihe Neanderstraße 6. 5/11*

Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Restauration ist billig zu verkaufen (Gegend Brunnenstraße). Zu erfragen Stralsunderstraße 68 (Cigarrengeschäft). [2308b

Prachtbetten, zwei prachtvolle Stand, rot, sofort billig, ein schöner Stand 20 Mark. Adalbertstraße 78, vorn I rechts. [2362b

1 Pferd, 1 Plattenwagen verkauft Schulz, Lübbenerstraße 14, auch kann Kohlengeschäft übernommen werden.

Sofa, olivfeines, billig. Schulze, Bergmannstraße 107, vorn IV.

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark. Postkarte genügt. Landsberger, Landsbergerstraße 35. [2383b

Rassehund, Dachs, verkauft billig Stümpel, Dunckerstraße 73. [†123

Nähmaschinen ohne Anzahlung. Sämtliche Systeme. Komme sofort. Postkarte. Choschzick, Georgenkirchstraße 37a. 121/13

Bettstellen, Matratzen, Betten, verzugshalber billig Adalbertstraße 28, Hof 1 Treppe. 7/1

Kanarienhähne, kräftige Zuchtweibchen, edler Stamm, verkauft billig Billwock, Cuvrystraße 20, vorn II. [*

Vermischte Anzeigen.

Danksagung. Für die liebevolle Teilnahme beim Hinscheiden und Begräbnis meines lieben Bruders Wilhelm Schweizer sage auf diesem Wege den werten Kollegen meinen aufrichtigsten Dank. Helene Schweizer.

Augustabad. Köpnickerstraße 60. Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 38K*

Elektrotechnik 12. Februar.

Uhren repariert Wilhelm Flade, Uhrmacher, Burbuserstraße 45. [†145*

Elektrotechnik Jackson.

Maskenkostüme, Damen, Herren, elegant, chic, billig. Neue Königstraße 30. 29K*

Elektrotechnik. Anmeldungen zum neuen Abendkursus bis 12. Februar. Jackson, Alte Jakobstraße 24.

Kunststopferei von Frau Kotosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude, hochparterre. 51K*

Elektrotechnik Jackson. [2269b*

Pfandleihe von Neumann, Grenzstraße 6 II, Ecke Gartenstraße 83. Hohe Beleihung für Pfänder jeder Art. Geöffnet von 8–12 und 2 bis 7 Uhr. Sonnabendabend bis 9 Uhr.

Elektrotechnik. Neuer Abendkursus. Jackson, Alte Jakobstraße 24.

Vereinszimmer empfiehlt Bier, Alte Jakobstraße 119. [288K*

Elektrotechnik 12. Februar.

Die Beleidigung gegen Herrn Ludwig Fühlke nehme ich zurück, erkläre denselben für einen anständigen Mann. Paul Wolski. [†83

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliert, separat, Herrn, 10 Mark, vermietet Howe, Oranienstraße 24, vorn IV. 2371b*

Mietsgesuche.

Zwei Herren suchen eine anständige Schlafstelle, Gegend Kottbuser Thor und Mariannenstraße. Offerten A. K. 100 Postamt 47 bis zum 15. [2374b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Buchbinder, 25jährig, sucht Stellung in Parteidruckerei, event. bei Nichtvollbeschäftigung als solcher, als Berichterstatter. Antritt könnte 15. März erfolgen. Gefällige Offerten erbeten unter W. S. postlagernd Postamt NO. 43.

Stellenangebote.

Musik-Lehrlinge stellt ein Held, Musikdirektor, Jüterbog. 418†

Tüchtige Farbigmacher bei hohem Verdienst verlangt Barthels, Goldleisten-Fabrik, Große Frankfurterstraße 84. 2360b

Tüchtige Mamsells auf garnierte Kragen verlangt Königsbergerstr. 20.

Singerstepperin verlangt David Riese, Jägerstraße 25. 2364b

Schneiderin auf Taillen und Röcke verlangt Kasper, Ritterstraße 3. 2363b

Mamsells auf Jacketts verlangt Berner, Lausitzer Platz 13. 2376b

Mamsells auf gute Damenjacketts, 3,50–6 Mark, verlangt Dietrich, Oberwallstraße 19, Hof IV. 2375b

Möbeltischler, tüchtige, auf nur feine Arbeit und guten Verdienst, stellen noch ein. Beschäftigung dauernd. Winne u. Wegner, Suhl in Thür., Möbelfabrik mit Maschinenbetrieb.

Tischler verlangt Weißensee, Kronprinzenstraße 2, parterre. [†82

Tischlergesellen auf gute Kastenarbeit verlangt Alte Jakobstraße 130.

Korbmacher auf Kugelkörbe verlangt Wachsmannstraße 29. 2382b

Farbigmacher sucht Wehner, Stallschreiberstraße 58. 2380b

Farbigmacher verlangt C. Wolff, Dieffenbachstraße 33. 2378b

Farbigmacherinnen verlangt C. Wolff, Dieffenbachstraße 33. 2377b

Jackettarbeiterin auf gesteppte und leicht verschnürte Sachen, 2 Mark 75 Pfennig, 7 Mark Arbeitslohn, verlangt Bloch, Grüner Weg 12. [2350b

Plätterinnen auf Stehkragen, geschweifte Umlegekragen im und außerm Hause verlangt Max Treppe, Schönhauser Allee 167a, Fabrikgebäude IV.

Stepperin und Handnäherin für leichte Näherei verlangt Oertel, Prinz Handjerystraße 88 vorn III. †143

Mamsells auf bessere Jacketts verlangt Peters, Muskauerstraße 20 I.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Die Feuilleton-Redaktion eines Parteiblattes möchte ein Parteiredacteur übernehmen, der naturwissenschaftlich und litterarisch (Recension!) gebildet ist. Off. sub M. 2 an die Expedition des „Vorwärts" erbeten. [3739

Ein **tüchtiger Colporteur,** kautionsfähig, findet lohnende Beschäftigung.

Näheres durch C. Hauff u. Sohn, Jüdenstr. 36/37.

Stopferin für Teppiche findet dauernde Stellung bei 6/8*
Max Herrmann & Co., Grüner Weg 117 part.

Möbelpolierer!

Seit dem 4. Dezember sind die Kollegen bei **Laborenz,** Rixdorf, Knesebeckstraße, im Ausstand. Zuzug fernzuhalten bittet 145/5
Der Vorstand des Verbandes.

Achtung, Holzarbeiter!

In der Möbelfabrik von **Baumgärtner, Friedrichsberg,** Blumenthalstraße 27, haben sämtliche Tischler wegen Abzüge die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Drechsler!

Von d. Alabasterwarenfabriken von **Habilt u. Comp.,** Elisabeth-Ufer 29 **Goldschmidt u. Comp.,** Ritterstr. 40 **Rassel u. Fleischer,** Brixerstr. 7, ist
Zuzug fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.

In der **Bautischlerei** von **Kurhahn, Rixdorf,** Mühlenstraße 6 ist der Tarif anerkannt und somit die Sperre aufgehoben. 78/9
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Perlmutterarbeiter!

In der Perlmutterwaren-Fabrik von **Abrahamowsky,** Köpenickerstr. 33a, haben sämtliche Arbeiter wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zuzug fernhalten! 78/11
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redacteur: Paul John in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Lokales.

Arbeiter, Parteigenossen!

Morgen Mittwoch finden im 35. und 44. Kommunal-Wahlbezirk **Nachwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung** statt. Als Kandidaten der socialdemokratischen Arbeiterschaft sind aufgestellt:

im 35. Bezirk (Schönhauser und Rosenthaler Vorstadt) Reichstags-Abgeordneter **Emanuel Wurm,** Kirchbachstr. 16;

im 44. Bezirk (Moabit) Expedient **Th. Glocke,** Lausitzerstraße 52.

Parteigenossen! Es gilt vor allen Dingen die Hausagitation zu betreiben, die Wählerschaft auf die Bedeutung der Wahl sowie auf die heute stattfindenden Versammlungen aufmerksam zu machen. Geschieht dies mit der erforderlichen Umsicht, dann können wir sicher sein, den bedeutsamen Erfolgen vom November vorigen Jahres neue Siege hinzuzufügen. — Thue daher ein jeder seine Pflicht!

Das socialdemokratische Wahlkomitee für den 44. Bezirk befindet sich bei Pfarr, Putlitzstr. 10. Parteigenossen, welche morgen bei der Agitation thätig sein wollen, werden ersucht, sich rechtzeitig zu melden.

Herr Fritz Kühnemann

zieht weiter gegen den Vorsitzenden der Alters- und Invaliditäts-Gesellschaft, Herrn Dr. Freund, zu Felde, weil dieser das Verbrechen begangen hat, in den Lieferbedingungen für den Neubau der Heilstätte Beelitz so etwas zu fordern, was nach menschlicher Behandlung der Arbeiter aussieht. Die lange Erklärung des Herrn Kühnemann aus der „Voss. Ztg." abzudrucken verlohnt sich im ganzen nicht. Es sind die kapitalistischen Tiraden, die sich ingrimmig gegen den Versuch kehren, den Arbeiter von einer Sache, als welche er vom Unternehmer-Patrioten angesehen wird, zur Person, zum Menschen zu erheben.

Einige Stellen in der Kühnemannschen Erwiderung sind aber doch beachtenswert. Zuerst der krampfhafte Versuch, Herrn Dr. Freund als Socialdemokraten hinzustellen, der dadurch unternommen wird, daß mit einer für uns allerdings schmeichelhaften Beharrlichkeit menschliche Absichten als socialdemokratische Absichten bezeichnet werden:

„Die socialdemokratische Absicht, die in den Bedingungen zum Ausdruck gebracht worden ist, wiederholt sich in dem Antrag „Bestimmungen über die den Submissionspreisen zu Grunde liegenden Arbeitslöhne bekannt zu geben", welcher gelegentlich der von den Berliner Gemeindebehörden vorgenommenen Neubearbeitung der Submissionsbedingungen von den socialdemokratischen Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung gestellt wurde; derselbe ist aber mit großer Majorität abgelehnt worden."

Es ist ein hartes Mißgeschick für die liberale Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung, sich von einem Kühnemann gegen den städtischen Beamten Dr. Freund ins Feld geführt zu sehen. Verdient haben die Herren aber eine solche Einschätzung.

Es kommt in der Kühnemannschen Entgegnung sodann noch das Schlußargument in Betracht, das den nur beim Scharfmachertum möglichen Scherz enthält, der Verband Berliner Metallindustrieller nehme bei seiner Stellung gegen die von Herrn Dr. Freund geforderte menschliche Behandlung der Arbeiter nur das Interesse des ruhigen und zufriedenen Teils seiner Arbeiter wahr.

Werden die in Betracht kommenden Arbeiter auf solche Beleidigung die richtige Antwort dadurch geben, daß sie, so weit dies noch nicht geschehen, schleunigst ihrer Gewerkschaft, dem Metallarbeiter-Verband beitreten?

Die Direktion der Großen Berliner fährt fort, ihre Angestellten durch provokatorische Behandlung förmlich mit der Nase auf die Organisationspflicht zu stoßen. Neuerdings gefällt sich die Leitung des beim Publikum wie bei den Angestellten gleich verrufenen Instituts darin, daß sie ihre Leute durch ein an Rußland erinnerndes Verschickungssystem erfreut. Es ist durchaus nichts Seltenes, daß Führer und Schaffner, die vielleicht am Gesundbrunnen wohnen, wochenlang nach dem Potsdamer Viertel beordert werden oder umgekehrt. Daß durch solche Willkür die Gesundheit und der Geldbeutel der Leute leidet, ist erklärlich, denn erstens kann die Frau ihrem Ehemann kein Mittagbrot bringen, so daß er gezwungen ist, den Restaurateur zu beglücken, und zweitens müssen die Leute des Morgens einige Stunden früher aufstehen und kommen des Abends oder Nachts um ebenso viel Stunden später nach Hause. Ein Familienleben führen die Angestellten ja so wie so nicht. Es ist ja auch eigentlich zu viel verlangt, daß die Verwaltung in so nebensächlichen Dingen Humanität walten lassen soll. Der Mann ist eben Führer oder Schaffner; daß er auch noch den Anspruch machen könnte, als Mensch zu gelten, kommt der Direktion nicht in den Sinn.

Im Betriebe der Gesellschaft hält sich ferner immer noch der Mißstand aufrecht, daß nur etwa zwei Drittel der Beschäftigten als festangestellt betrachtet werden. Nur diese „Festangestellten" haben regulär einige Tage im Monat frei, das übrige Drittel der Beschäftigten dient im wesentlichen der Direktion als Reservetruppe zu dem Zweck, nach Möglichkeit jeder Lohnbewegung ihrer Kollegen die Spitze zu bieten. Die Nichtangestellten werden nach Belieben der Gesellschaft wöchentlich auf einige Tage eingestellt; ihr Einkommen ist stets schwankend, ihre Hoffnung bleibt die feste Anstellung. Obgleich die Direktion sich ihnen gegenüber vor allen Verpflichtungen drückt, haben diese Arbeiter zu jeder Stunde, wo sie gerufen werden, bereit zu stehen.

Was für Scherze sich die Große Berliner heute noch mit ihren Angestellten gestatten darf, dafür möge folgendes Beispiel dienen: Die auf dem großen Bahnhof in der Waldenserstraße angestellten Schaffner der Großen Berliner Straßenbahn hatten eine Petition an die Direktion der Gesellschaft ausgefertigt, in welcher sie um eine Erhöhung des Gehalts und Einschränkung der Dienstzeit im Interesse der Betriebssicherheit baten. Bevor das von ca. 200 Beamten unterschriebene Bittgesuch zur Absendung kam, erhielt der Inspektor v. Wurmb von der Bewegung Kenntnis. Er ließ den „Rädelsführer" vor sich kommen und machte ihm klar, daß der schlechte Geschäftsgang der Großen Berliner Lohnerhöhungen unmöglich mache, worauf die frommen Angestellten denn auch die Petition zurückzogen. Die Große Berliner hat im letzten Jahre 18 Proz. Dividende verteilt.

Solche Erscheinungen zeigen, wie schwierig es für die guten Elemente unter den Angestellten ist, ihre minder einsichtsvollen Kollegen davon zu überzeugen, daß die Hartnäckigkeit der Direktion und ihr Wüten gegen alle gewerkschaftlichen Bestrebungen den Beitritt zur Organisation für jedermann zur Pflicht macht. Gewiß geht es nur langsam vorwärts, aber die Erkenntnis, daß hier wie anderswo dem Kapital nur durch kraftvolle Organisation der Arbeiter etwas Raison beigebracht werden kann, verbreitet sich auch unter den Leuten der Großen Berliner weiter.

Ein Familiendrama hat sich im Hause Oberbergerstraße 60, Hof 1 Treppe, abgespielt. Dort hat der Postunterbeamte Neumann seine Frau aus Eifersucht zu erschlagen versucht. Neumann nahm, wie berichtet wird, Anstoß daran, daß seine Frau allein einen Maskenball besucht hatte. Bevor er Montagmorgen seinen Dienst antrat, fand ein Auftritt zwischen den Eheleuten statt, und N. äußerte im Fortgehen, daß etwas geschehen würde, wenn die Frau bis zum Mittag die Wohnung nicht verlassen habe. Als er um 12½ Uhr heimkehrte und die Frau antraf, erfolgte eine Auseinandersetzung, und alsbald ein gellender Aufschrei der Frau N. Gegen 1 Uhr trat Neumann, über und über blutig, in die Wohnung seines Nachbars Wilke, mit dem Ansuchen, man möge einen Schutzmann holen, da er seine Frau ermordet habe. Frau Wilke fand einen Beamten des 17. Reviers auf der Straße, der sofort an den Thatort eilte. Frau N. lag in der Küche im Blute; der Schädel war ihr zertrümmert. Dem Schutzmann folgte er gutwillig zur Wache, wo er das Geständnis der That niederlegte und dabei erst zum Bewußtsein von der Schwere des Verbrechens kam. In Bezug auf die Veranlassung dazu blieb er bei der Angabe, seine Ehefrau sei ihm untreu und von ihm am Sonntag in der Wohnung überrascht worden. Davon wissen aber die Hausbewohner, mit denen er regen Verkehr pflog, nichts.

Preiserhöhungen überall. Auch die vereinigten Ofensetzer künden an, daß in ihrem Gewerbe eine Preiserhöhung eintreten wird.]

Die Brauerei Königstadt beschloß in ihrer letzten Generalversammlung, auf dem Grundstück an der Schönhauser Allee ein großes modern ausgestattetes Ausschanklokal zu errichten, das im ersten Stockwerk einen 1200 bis 1500 Personen fassenden Saal enthalten soll.

Verhaftet wurde der Subdirektor der Nürnberger Lebensversicherungsbank Robert Kowalski. Er wird beschuldigt, den Direktor der Gesellschaft v. Huwald und den Direktor Jütte vom Wiener „Janus" und der Magdeburger „Patria" durch Vorspiegelung falscher Thatsachen zur Hergabe von Geld bewogen zu haben. K. soll ein verschwenderisches Leben geführt haben.

Die durch den Schneefall entstandene Glätte verursachte zahlreiche Unfälle. Es kamen sieben Fälle von Knochenbrüchen bei Menschen zur Kenntnis und mehrere Fälle von Beschädigungen von Pferden. Ferner wurde in der Tieckstraße der Arbeiter Pfeiffer, als er ein gestürztes Pferd aufrichten half, dadurch schwer verletzt, daß dieses auf ihn fiel und ihm schwere innere Verletzungen zufügte. An der Ecke der Koblanck- und Hirtenstraße wurde ein auf der Straße stehender Kutscher durch einen schleudernden Wagen so heftig gegen seinen eigenen Wagen gepreßt, daß er schwere Quetschungen im Unterleib erlitt. Der Straßenbahnverkehr erlitt zahlreiche Unterbrechungen. Gestern fielen der Arbeiter August Skowronski vor dem Hause Blumenstraße 58 und die Pförtnersfrau Henriette Besser vor dem Hause Alte Jakobstr. 18/19 infolge der Glätte hin. Der Mann trug einen Bruch des rechten Oberschenkels und die Frau einen Knöchelbruch davon.

Aus Gram um ihren verstorbenen Mann hat Montag früh zwischen 5 und 6 Uhr die 58 Jahre alte Witwe Sarré aus der Alten Schönhauserstr. 7/8 einen furchtbaren Selbstmordversuch unternommen. Während der Sohn noch schlief, verließ sie ihre im dritten Stock belegene Wohnung, um sich von dem im fünften Stock belegenen Boden über die Wendeltreppe hinweg in die Tiefe zu stürzen. Im dritten Stock schlug sie im Fallen auf das Geländer der Treppe auf, blieb im zweiten kurze Zeit an einem Gashahn hängen und schlug im Erdgeschoß auf Treppengeländer und Podest auf. Mit zerschmetterten Gliedmaßen und mit Schädelverletzungen wurde sie bewußtlos, aber noch lebend aufgefunden und von einem Schutzmann und einem Glasermeister nach ihrer Wohnung gebracht. Von dort holte sie später ein Rückscher Wagen nach der Charité ab. Der vor einem Jahr gestorbene Mann war Rendant der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse.

Der Prälat zu Berlin. Große Heiterkeit erregte, der „Freis. Zeitung" zufolge, in privaten Kreisen des Reichstags ein Stück „postalischer Findigkeit". An einen polnischen Reichstags-Abgeordneten, der in seinem privaten Berufe Prälat ist, war ein Brief gerichtet mit der Adresse: Herrn Reichstags-Abgeordneten N. N., Prälat ꝛc. zu Berlin. Dieser Brief gelangte an den Absender mit dem Bemerken zurück: „Adressat trotz wiederholentlichen Versuches im Prälaten zu Berlin nicht zu ermitteln." Der Postbote hatte den polnischen Geistlichen in dem Restaurant „Zum Prälaten" gesucht.

Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern. Herr Professor Marckwald, der Mittwochs abends im Hörsaal des II. chemischen Instituts einen Kursus über „Unsre Atmosphäre, besonders in chemischer Beziehung" abhält, ist infolge Erkrankung gezwungen, am nächsten Mittwoch, den 14. d. M., den Vortrag ausfallen zu lassen. Er hofft, am Mittwoch, den 21. Februar, seine Vorträge fortsetzen zu können.

Orgelkonzert. Der Orgelvortrag, welchen Herr Musikdirektor Otto Dienel Mittwoch, den 14. Februar, mittags 12 Uhr, in der Marien-Kirche bei freiem Eintritt hält, wird unterstützt von den Konzertsängerinnen Fräulein Martha Komme, Frau Agnes Meißner und Fräulein Maria Burand, der Violinistin Fräulein Johanna Bernhard und Herrn Robert Schwiesselmann. Das Programm verspricht Bachs A-moll-Fuge, Dienels zweiten Konzertsatz, ein Agnus Dei von Mozart, der Engel Lied von Braga mit Begleitung von Violine und Orgel u. a.

Feuerbericht. Feuer im Neuen Theater alarmierte heute mittag 12 Uhr eine Reihe von Löschzügen. Unter den alten Restaurationsräumen, die seit Monaten nicht mehr benutzt werden, war ein Dampfheizungsrohr defekt geworden, und hatte benachbarte Holzteile entzündet. Glücklicherweise war die Gefahr rechtzeitig bemerkt worden, sodaß sie von der Wehr noch leicht beseitigt werden konnte. — Ein Alarm nach dem Bahnhof Weißensee war durch Unfug am öffentlichen Melder verursacht. — Montag früh 2 Uhr hatte Ziethenstraße 22 der Fußboden und die Balkenlage Feuer gefangen. — Eine Stunde später gingen Regentenstraße 24 Möbel und Dekorationsstoffe in Flammen auf. — Bald darauf mußte Köpenickerstraße 175 in einer Tischlerei ein Brand gelöscht werden, der durch den Leimofen entstanden war. In der Nacht zum Sonntag gingen Markgrafenstraße 63 in der Wohnung des Hofschauspielers Guthery Kleidungsstücke in Flammen auf. Kurz vorher brannte Petersburgerstraße 81 der Inhalt eines Schaufensters. Durch brennende Coakskörbe wurde Sonntag früh 3½ Uhr auf einem Neubau Rungestraße 17 ein Brand verursacht, der einen Posten Hölzer einäscherte. Bald darauf mußte Gartenstraße 27 noch ein Fußbodenbrand abgelöscht werden.

Branddirektor Giersberg erlitt auf dem Wege zur Brandstelle nach dem Neuen Theater einen kleinen Unfall. Seine Equipage karambolierte in der Dorotheenstraße mit einem Privatfuhrwerk, wobei er aus dem Wagen geschleudert wurde. Er trug jedoch nur leichtere Verletzungen davon.

Aus den Nachbarorten.

Parteiversammlungen in den Vororten. In Rixdorf hält der socialdemokratische Verein heute Abend im Apollo-Theater seine Mitgliederversammlung ab. — In Spandau spricht Mittwoch, abends 8½ Uhr, in einer bei Wehe, Pichelsdorferstr. 39, stattfindenden Volksversammlung Genosse Zubeil über die Flottenvorlage. — In Johannisthal wird heute abend Genosse Rosenow bei Senftleben über die Flottenvorlage sprechen.

Aus Rixdorf. Eine jugendliche Schwindlerin, welche unter der Vorspiegelung, eine Pastorstochter zu sein, umfangreiche Betrügereien verübt und auch verschiedene Diebstähle ausgeführt hat, wurde hier in der Person der 16jährigen Anna Warthold polizeilich festgenommen, als sie erschwindelte Blusen verkaufen wollte. Sie ist Anfang Januar d. J. aus der Erziehungsanstalt in Strausberg entflohen und hat sich seitdem in Berlin und Umgegend umhergetrieben. — Unsre Stadtverordneten werden sich voraussichtlich in nächster Woche mit der Beratung des Gemeinde-Etats zu beschäftigen haben, der vom Magistrat soeben fertiggestellt worden ist. Wie verlautet, ist eine Erhöhung der Gemeindesteuern, die allgemein befürchtet wurde, nicht notwendig, dagegen sollen die Grundwertsteuer, die Hundesteuer ꝛc. kleine Erhöhungen erfahren, um den Etat ins Gleichgewicht zu bringen.

Die Annahme der Flottenvorlage scheint nunmehr gesichert durch das Eingreifen der Polizeibehörden in Strasburg i. U. Die dortigen Parteigenossen hatten zum 11. ds. Mts. eine Volks-Versammlung einberufen, in welcher Genosse Schubert-Schöneberg über „Flottenvorlage und Weltmachtspolitik" sprechen sollte. Zahlreich waren die Einwohner erschienen, um gegen diese neue, die wirtschaftliche Lage der breiten Massen schwer schädigende Maßregel der Regierung zu protestieren. Auch einige Mitgründer des dortigen „Flottenvereins" hatten sich eingefunden. Als nunmehr Genossen Schubert das Wort erteilt wurde, löste der überwachende Beamte zur allgemeinen Verwunderung die Versammlung auf. Auf die wiederholten eindringlichen Fragen des Genossen Schubert, aus welchem Grunde er dies thue, erklärte der Beamte: „Das kann ich nicht verraten, Sie werden es schon sehen." Die Versammelten mußten nunmehr das Lokal verlassen, nachdem die Beamten dem Wirt gegenüber betonten, das Lokal „auf zwei Stunden" sperren zu wollen. Auf energisches Verlangen des Wirts wie Schuberts wurde diese geschäftliche Sperre auf etwa zehn Minuten ausgedehnt. Was den Leiter der dortigen Polizeiorgane zu derartigen Maßnahmen veranlaßt, werden wir hoffentlich bald erfahren, da Beschwerde eingereicht. Eins steht aber fest: weit mehr als es durch den verbotenen Vortrag möglich gewesen wäre, hat das Verhalten der Behörde dazu beigetragen, weiteren Kreisen Anlaß zu geben, darüber nachzudenken, daß es mit einer Sache, die so unterstützt werden muß, nicht weit her sein kann! Die Strasburger Genossen quittieren dankend!

Die Baulichkeiten der Radrennbahn Halensee sollen auf Abbruch verkauft werden, da sich der Verein für Velociped-Wettfahren, der die Bahn begründet und unterhalten, auflösen will und bereits in Liquidation getreten ist.

Gerichts-Zeitung.

Nochmals der Fall Ziethen vor Gericht. Aus Kiel wird uns vom Montag berichtet: Der hiesige Universitätsprofessor Dr. Lehmann-Hohenberg giebt hierselbst die Wochenschrift „Der Volksanwalt" heraus. In dieser erschien vor einiger Zeit aus der Feder des Professors ein Artikel, der sich mit dem am 22. März 1899 vor der dritten Strafkammer des Landgerichts Berlin I verhandelten Prozeß wider den Redacteur Landauer beschäftigte. Landauer hatte, wie erinnerlich, in dem anarchistischen Organ „Der Socialist" behauptet: Der frühere Polizeikommissar Gottschalk zu Elberfeld, jetzt Distriktskommissar zu Bromberg, habe in dem Ziethen-Prozeß Beweisstücke gefälscht und dadurch die Verurteilung des Barbiers Ziethen, der unschuldig sei, herbeigeführt. Bekanntlich mißlang der von Landauer geführte Wahrheitsbeweis. Landauer wurde deshalb wegen Beleidigung des Gottschalk, unter Zubilligung mildernder Umstände, da der Gerichtshof annahm, er habe aus edlen Beweggründen gehandelt, zu der hohen Strafe von sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte, „mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigung", drei Jahre Gefängnis beantragt. In dem von Prof. Dr. Lehmann-Hohenberg erwähnten Artikel wurde behauptet: „Der Distrikts-Kommissar Gottschalk habe in Elberfeld in schlechtem Ruf gestanden, und es seien demselben dort böse Dinge nachgesagt worden." Aus diesem Anlaß wurde gegen Professor Dr. Lehmann-Hohenberg die Anklage wegen Beleidigung des Distriktskommissars Gottschalk erhoben. In der vor einigen Monaten deshalb stattgefundenen Verhandlung vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts beantragte Professor Dr. Lehmann-Hohenberg, eine Reihe von Zeugen zu vernehmen, die bekunden werden, daß das Gerücht bestanden habe: Gottschalk sei bei dem Niederwald-Denkmal-Attentat als Agent provocateur thätig gewesen. Der Gerichtshof gab diesem Antrage statt und vertagte die Verhandlung. Die von dem Angeklagten benannten Zeugen: Landgerichtsrat Uhdes (Berlin), Kreisphysikus Dr. Berger (Elberfeld), Sanitätsrat Dr. Bock (Gera) u. a. wurden kommissarisch vernommen. Außerdem soll sicherem Vernehmen nach Professor Dr. Lehmann-Hohenberg selbst in Elberfeld Nachforschungen angestellt, und, wie verlautet, ein sehr umfassendes Material über die Vorgänge beim Niederwald-Attentat und auch über die Ziethen-Angelegenheit erlangt haben. Der vertagte Prozeß, der Dienstag vor der Strafkammer des Kieler Landgerichts fortgesetzt werden wird, dürfte sich daher sehr interessant gestalten.

Agitationsmaterial für unsre Parteigenossen in Ostelbien. Der Knecht Dochow, der bei einer Gutsbesitzerin in Puttkamerun im Dienst stand, geriet öfter mit der Frau wegen der Arbeit in Streit. Bei einer solchen Gelegenheit ergriff die Dienstherrin einen Peitschenstiel und schlug den „Unbotmäßigen" damit. Dochow verließ darauf den Dienst bei der zarten Seele. Nunmehr wurde er wegen Vergehens gegen das Ausnahmegesetz vom 24. April 1854 mit einem Strafmandat bedacht, weil er ohne genügenden Grund den Dienst verlassen habe. D. beantragte richterliche Entscheidung und betonte, daß er sich nicht mit einem Peitschenstiel schlagen lassen brauche. Schöffengericht und Landgericht erhielten jedoch die Polizeistrafe aufrecht. Die Strafkammer führte aus, D. habe wegen seiner Widerspenstigkeit jene Züchtigung verdient und sei darum nicht zum Verlassen des Dienstes berechtigt gewesen. Etwas andres wäre es gewesen, wenn durch die Mißhandlung D. in seiner Gesundheit und seinem Leben gefährdet worden wäre. Das sei aber hier nicht anzunehmen. Unerheblich sei, ob Angeklagter, wie er behaupte, einmal zum Mittag ein krepiertes Huhn bekommen habe. Auf die Revision des D. erkannte das Kammergericht ebenfalls zu seinen Ungunsten, indem es den Ausführungen des Landgerichts zustimmte.

Das Selbstbewußtsein der Landarbeiterschaft ist genügend erstarkt, so daß uns auch dieser Fall in den östlichen Provinzen zahlreiche Anhänger zuführen wird.

Im Prozeß Arnim zu Stettin ist nunmehr auch die Verhandlung gegen Hempel wegen der Krankheit dieses Angeklagten ausgesetzt worden, nachdem bereits mit dem Angeklagten Thym aus gleichem Grunde ebenso verfahren worden ist. Ich übrigen bieten die sich langsam hinziehenden Verhandlungen des Prozesses nichts von allgemeiner Bedeutung.

Schlüpfrige Anzeigen im „Lokal-Anzeiger". In Sachen der Inserate des „Lokal-Anzeigers" betreffend „Frauenschutz" u. dergl. fand Montag vor der Strafkammer des Landgerichts II die erneute Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt, nachdem durch Erkenntnis des Reichsgerichts vom 24. November 1899 das freisprechende Urteil des Landgerichts I aufgehoben war. Angeklagt sind der für die Annoncen ꝛc. des „Lokal-Anzeigers" verantwortliche Redacteur Börner, sowie die Inserenten Frau Schmidt geb. Sievers, Engel, Silberstein, Rosenbaum, Schurmann und Arndt. Das Urteil lautet: Die Angeklagten Börner, Engel, Silberstein, Arndt und Schmidt sind schuldig, Schurmann wird freigesprochen. Börner wird mit 100 M., Engel, Silberstein und Arndt zu je 30 M. und Frau Schmidt zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Außerdem ist erkannt auf Unbrauchbarmachung der Platten und Einziehung der betreffenden Nr. 509 des „Lokal-Anzeigers" Jahrgang 1898. In der Urteilsbegründung heißt es, daß bedauerlicherweise jahrelang derartige Anzeigen nicht strafrechtlich verfolgt worden und deshalb die Strafen gegenüber dem Antrage des Staatsanwalts erheblich herabgemindert seien.

Vermischtes.

Dampferkatastrophe bei Stettin. Der Dampfer „Titania" zur Reederei Gribel gehörig, welcher in regelmäßiger Fahrt zwischen Stettin und Kopenhagen läuft, wurde am Sonntagnachmittag, wie

ein Telegramm aus Stettin meldet, im Haff vom Schiebeis zerdrückt und ist gesunken. Die Passagiere und die Mannschaft retteten sich aufs Eis, wurden vom Eisbrecher aufgenommen und nach Stettin gebracht. Drei kleinere Dampfer „Clara", „Berlin" und „Pollux" wurden vom Eis stark beschädigt, konnten aber Swinemünde erreichen.

Aus Elberfeld wird berichtet: Am Sonntagabend 10 Uhr 30 Minuten wurden 2 Personen, die eigenmächtig die geschlossenen Schranken geöffnet hatten, vom Kölner Schnellzug 55 bei gleichzeitiger Vorbeifahrt des Personenzuges 302 sofort getötet.

Vergiftung durch Kohlengas. In der Nacht zum Montag sind der „Ostdeutschen Volkszeitung" zufolge in Lautern in dem Hause eines Kaufmanns infolge einer Vergiftung durch Kohlenoxydgas zwei Gehilfen und ein Lehrling gestorben, ein zweiter Lehrling ist schwer erkrankt.

Rettung aus Seenot. Aus Helsingfors wird berichtet, daß es dem Eisbrecher „Jermak" gelang, von den fünfzig vermißten Narwaer Fischern, die auf einer Eisscholle ins Meer hinausgetrieben waren und den sicheren Tod vor Augen hatten, an der finnischen Küste 27 zu retten. Sie trieben bereits eine Woche auf der Eisscholle. Die letzten drei Tage waren sie ohne jede Nahrung.

Fünf Menschen von einer Lawine verschüttet. Im dem Sumortpasse (Pyrenäen) sind fünf in ihre Heimat zurückkehrende Spanier von einer Lawine verschüttet worden. Erst nach mehrstündiger Arbeit konnte man ihre zerschmetterten Leichname aus den Schneemassen herausschaufeln.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 20. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Tugendheuchler. — Giordano Bruno. Von Immanuel Roloh. — Allgemeines und Specielles zur Buchdrucker-Tariffrage. Von Dr. Adolf Braun. — Die Gewerbe-Aufsicht im Deutschen Reich. Von Emanuel Wurm. II. — Halbtier. Von Anna Schapire. — Berliner Theater. — Notizen: Peter Lawroff †. — Feuilleton: Litteraturhistorische Streifzüge. Von Franz Mehring I.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben die Nr. 4 des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Flottenvorlage. — Zur Gewerbegerichts-Novelle. Von M. H. — Zur Beurteilung der Mädchenheime der Evangelischen Diakonievereine. Herrn Prof. Dr. Zimmer zur Antwort. Von Klara Zetkin. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Anna. Von Adele Schreiber. — Notizenteil von Lily Braun und Klara Zetkin: Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und Verkehrswesens. — Socialistische Frauenbewegung im Ausland.

Marktpreise von Berlin am 10. Februar 1900

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*)Weizen	D.-Ctr.	15,20	14.—	Schweinefleisch	1 kg	1,60	1,10
*)Roggen	„	14,30	13,70	Kalbfleisch	„	1,80	1,—
Futter-Gerste	„	13,60	13,—	Hammelfleisch	„	1,60	1,—
Hafer gut	„	15,—	14,30	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,10	13,30	Eier	60 Stück	6,50	3,—
„ gering	„	13,20	12,50	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
Richtstroh	„	4,—	3,66	Aale	„	2,80	1,40
Heu	„	6,60	4,10	Zander	„	2,50	1,—
†)Erbsen	„	40,—	25,—	Hechte	„	1,80	1,—
†)Speisebohnen	„	45,—	25,—	Barsche	„	1,60	0,80
†)Linsen	„	70,—	30,—	Schleie	„	2,80	1,20
Kartoffeln, neue	„	7,—	5,—	Bleie	„	1,40	0,80
Rindfleisch, Keule 1 kg		1,60	1,20	Krebse	per Schock	12,—	3,—
do. Bauch	„	1,20	1,—				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuß. Landwirtschaftskammern — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppelcentner. †) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 12. Februar. Auf dem **Getreidemarkte** war keine Kauflust vorhanden. Die Tendenz war infolge des milderen Wetters eher schwach zu nennen, was jedoch unter Berücksichtigung der festen Meldungen aus Nordamerika in der Preisstellung für Brotgetreide nicht zum Ausdruck kam. Bei minimalen Umsätzen waren Weizen und Roggen zu unveränderten Preisen offeriert. La Plata- und Kansasweizen waren etwas williger, dagegen russischer Roggen höher gehalten. Hafer lag schwach behauptet. Rüböl still, preishaltend.

Am **Spiritusmarkt** zeigte sich starke Nachfrage und Locopreis zog 0,20 M. an. Gehandelt wurden 18 000 Liter 70er mit 47,20 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr abends statt.

100 W. S. Wenden Sie sich an den betreffenden Herrn. Berlin, Reichstagsgebäude, am Königsplatz.

Odense. Die Ausstellung „Italien in Berlin" war 1895.

Paul. 1. Eine Milliarde schreibt man in Ziffern: 1 000 000 000. 2. Eine Billion: 1 000 000 000 000. 3. Es ist richtig, daß die Franzosen und andre südeuropäische Völker als Billion unsre Milliarde bezeichnen.

Charade. Wirtschaft.

Eigl. Wenden Sie sich an die Gewerkschaftskommission Annenstr. 16.

Zilbermann. Sehr wahrscheinlich werden zur Zeit der Ausstellung teilweise Preisermäßigungen für die Fahrt nach Paris eintreten, doch ist hierüber noch nichts Näheres bekannt. Ob sich schon ein Paßbureau in Paris konstituiert hat, wissen wir nicht.

Monteure. Engelufer. Wir bitten Sie, uns Ihren Namen zu nennen, oder sich auf die Redaktion zu bemühen. Diskretion ist selbstverständlich, wenn Sie darauf Wert legen.

G. S. Das Auerlicht ist 1885 in Wien zuerst in Gebrauch gewesen.

W. R. S. Das Abiturienten-Examen ist nicht nötig zur Berechtigung für den Einjährig-Freiwilligen-Dienst. Abiturienten-Examen ist das Examen der Schüler der höheren Schulen, das zum Besuch der Universität und der technischen Hochschulen berechtigt.

Unfall. Solcher Antrag könnte bei dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts gestellt werden, wäre aber zwecklos, da nach Ihrer Darstellung die Berufungsfrist zweifellos verstrichen ist. — **J. L. 1900.** Sie könnten auf Beseitigung der Anlagen und Einräumung Ihres Eigentums mit Aussicht auf Erfolg klagen. — **G. K. 172.** Sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor: ohne Angabe, wo die Verstorbene zuletzt gewohnt hat, wann sie verstorben ist und wie das Testament lautet, ist Ihre Anfrage, ob das Testament anzufechten ist, nicht zu beantworten. — **Vincenz.** Nach Ansicht des Reichstags und der Behörden hat der Reichstag nicht das Recht, die Freilassung eines nicht nur Untersuchungs-sondern Strafhaft verbüßenden Abgeordneten zu verlangen. — **J. P. 28.** Nein. — **W. B. Bernburg.** Die Vertretung eines Verletzten im Unfallverfahren vor dem Reichs-Versicherungsamt ist weder notwendig, noch stets zweckmäßig. Der Verletzte thut am besten, seine Rechte selbst wahrzunehmen. — **A. M. Z.** Sie haben den auf 1899 und 1900 fallenden Teil zu zahlen, falls Ihr Vertrag nicht das Gegenteil ergiebt. — **A. Ambron.** Wenden Sie sich an die Armenkommission Ihres Bezirks. — **Vertreter 00.** 1. Bestallung ist die gerichtliche schriftliche Bescheinigung darüber, daß Sie zum Vormund bestellt sind. 2. Ja. — **W. S.** Nein. — **B. Z.** 1. und 2. Ja. — **F. G. 1000.** 1. Leider ist da gar nichts zu machen. 2. Das feiner Strafhöhe nach nicht genau bekannte Erkenntnis unterliegt noch kaiserlicher Bestätigung. — **St. 35.** Sie können den Strafantrag wegen Hausfriedensbruch, Bedrohung und groben Unfugs bei der Staatsanwaltschaft stellen. — **C. B.** Sie sind schadenersatzpflichtig. — **P. B. 100.** 1. Wenn nichts andres vereinbart ist, gilt bei Gesinde sechs Wochen zum Ersten des Quartals als Kündigungsfrist. 2. Ja. — **Robert Gl.** Der Kaufvertrag ist in vollem Umfang gültig; daran ist durch Ihre Heirat nichts geändert. Die Gültigkeit hängt von dem Stempel durchaus nicht ab. Ueberdies braucht der Vertrag nur einmal gestempelt zu werden.

Briefkasten der Expedition.

M. M., Waldenburg. Karl Bozheimer, Groß-Lichterfelde, Siemensstraße 31.

Ko. 1. Einen solch gut situierten Genossen kennen wir nicht; eine Festlegung von Parteimitteln in dieser Weise kann nicht erfolgen. Versuchen Sie es mit dem Inserat; dasselbe kostet inkl. Logergeld für Offerten und Porto 4,70 M.

Witterungsübersicht vom 12. Februar 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemünde	746	S	3	Schnee	—1	Haparanda	760	N	2	Nebel	—28
Hamburg	744	SW	5	Schnee	—2	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	748	NW	3	Schnee	—0	Cork	746	NO	2	hlb. bed.	—3
Wiesbaden	752	WSW	2	hlb. bed.	—8	Aberdeen	744	WSW	2	heiter	—5
München	753	SO	3	bedeckt	—2	Paris	750	O	2	bedeckt	—1
Wien	756	W	1	bedeckt	1						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 13. Februar 1900.
Zeitweise heiter, vielfach wolkig mit geringen Niederschlägen und mäßigen südöstlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Am 11. d. M. verstarb plötzlich unsre geliebte Mutter, Schwieger- und Großmutter

Emma Rammler

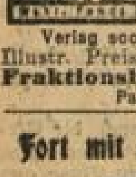
im 81. Lebensjahr.
Um stilles Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.
J. A.: Anna Poe.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Wriezenerstraße 4, aus statt.

Danksagung.
Für die rege Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, Vaters und Onkels
Carl Schmidt,
Görlitzerstr. 37,
sagen wir allen Kollegen und Bekannten unsern innigsten Dank!
Die trauernde Frau, Kinder und Verwandte.
2384b]

Für die herzliche Teilnahme, sowie die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes des Drehers **Albert Wiesner**, sagen wir allen Freunden, Bekannten und Verwandten, sowie den Kollegen der Firmen Eßler, D. Grupe, Schwarzkopff und dem geselligen Klub „Froh-Frei" unsern herzlichsten Dank. 2361b
Alma Wiesner nebst Kindern.

Durch Verkauf eines **Lebensmittels** können Beamtenfrauen, auch Arbeiter in größeren Betrieben beschäftigt, wöchentlich bis **20 Mark** verdienen. 2373b
Neumann, Wehnerstr. 1.

Blumenhandlung
und **Kranzbinderei** von [3430L*
Otto Knabe
19a Admiral-Strasse 19a
empfiehlt Widmungskränze, Sträuße, Kotillons, Topfgewächse aller Art.



Quittungs-Marken und [130/1*
Kautschukstempel
lief. seit **22** Jahren für tausende Kassen u. Vereine
Jean Holze
Hamburg, Drehbahn 45
Verlag socialistischer Bilder.
Illustr. Preislisten grat. u. freo.
Fraktionsbild der soc.-demokr. Partei 1898.

Fort mit den Warzen!

Mein Warzenstift beißt nicht u. schmerzt nicht, wirkt aber wunderbar, wie aus folgender Anerkennung zu ersehen ist. Zu beziehen pro Stück 60 Pfg., Porto 20 Pfg. von **Paul Koch**, Geisenkirchen Nr. 411½. Einziger Lieferant in Deutschland.

Preislisten über Neuheiten gratis und franko.
Freiwillige Anerkennung.
Gladbach, 26. 9. 1899.
Geehrter Herr Paul Koch!
Ich danke Ihnen recht schön für Ihren wunderbaren Warzenstift. Ich habe eine Warze 8 Jahre gehabt und seitdem ich den Stift gebraucht habe ist die Warze weg.
Achtungsvoll Dom. Tollinschek.

Frauenleiden
heilt mit vorzügl. Erfolge
Frau Grundmann,
prakt. Naturheilkundige. — Sprechst. im Frauenheilbad
Köpnickerstr. 72, Nahe Brückenstraße
Dienstags u. Freitags 6—7
u. Charlottenbg. Naturheilanst. **Berlinerstr. 40,** (Nähe Knie)
täglich 8—10, 3—5. [3528L*
Konsultation mit Untersuchung 1.50.

Verein deutscher Schuhmacher.

Am Mittwoch, den 14. Februar, abends 8½ Uhr, im Lokal Englischer Garten, Alexanderstraße 27c:

Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht der Brandenburger Kommission, sowie Bericht über die Provinzialkonferenz. 2. Neuwahl der Kommission. 3. Neuwahl von Revisoren. 4. Anträge zur Generalversammlung. 5. Unsre nächsten Aufgaben. 6. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet 169/5
Die Ortsverwaltung.

Kranken- und Begräbnisskasse

für die im

Berliner Gürtler und Bronzeurgewerbe beschäftigten Personen. (E. H. No. 60.)

Mittwoch, den 21. Februar 1900, abends 8 Uhr:

Ordentl. Generalversammlung

bei Möhring, Admiralstraße Nr. 18c.

Tages-Ordnung: 2366b
1. Jahresbericht pro 1899. 2. Wahl des gesamten Vorstandes und der Ausschußmitglieder.
☞ Zutritt haben nur großjährige Mitglieder. **Quittungsbuch** als Legitimation erforderlich.
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, der hochwichtigen Tagesordnung wegen zu erscheinen. **Der Vorstand.** J. A.: O. Jäckel.

Lösl. **Frühstücks-Suppen**
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze
MAGGI
halte ich stets vorrätig. Diese vorzüglichen Produkte empfehlen sich selbst. **Franz Kleiner, N.,** Stralsunderstr. 36.

Schultze,
Wasserthor-Str. 1/2.
Behandlung aller Haut-, Blasen- und Harnleiden ohne Berufsstörung. 3575L*
Sprechstunden 9—2, 5—9.
☞ Bei Vorzeigung der Verbandskarten 10 Proz.

Falbe,
44. Elsasserstr. 44.
Behandlung aller Haut- u. Harnleiden ohne Berufsstörung.
Sprechst. 9 morg. bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstag 9—3.
Bei Vorzeigung der Verbandskarten 10 Proz. 3454B*

Es ist ein schweres Unrecht, Kindern den aufregenden Bohnenkaffee zu geben. Für sie ist der wohlschmeckende Kathreiners Malzkaffee das gesündeste Getränk.

Neu! Marly-Schrot
feinster Kaffeezusatz.
Giebt dem Kaffee eine vorzügliche Farbe u. reinen kräftigen Geschmack.
½ **Pfd.** Origin.-Verpackung **15 Pf.**
Deutsche Kaffee-Rösterei
A. Pennitz,
Rosenthalerstrasse 59
und in den mit Plakat versehenen — Handlungen. —

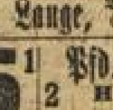
Weiß- u. Bayrischbier-Lokal
Gustav Ludewig,
Kommandantenstraße 65,
an der Alten Jakobstraße.
Vereinszimmer mit Piano für 40 Pers. Tel.: Amt 4a, 6501.

Fritz Linke, Zimmerstr. 33, Ecke Markgrafenstraße.
Gr. Frühstücks-, Mittags- u. Abendtisch. **Französisches Billard.** Jeden Dienstag: Frische Blut-, Leber- und Grützwurst. 3429L*

Gänsefedern 60 Pf.
pr. Pfd. (federn zum Reißen), **Schlachtfedern**, wie sie v. d. Gans fallen, mit allen **Daunen M. 1,50**, füllfertige Gänserupf M. **2,00**, bessere daunige Waare M. **2,50, 3,00**, beste schneeweiße M. **3,50**, russische Daunen M. **3,50**, weiße böhm. Daunen M. **5,00**, gerissene Federn M. **1,50, 2,00, 2,50**. Prima gerissene M. **3,00, 3,50**. Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, **Berlin S.**, Prinzenstraße 46a.
Erste Bettfedernfabrik m. electr. Betriebe. Viele Anerkennungsschreib.

Masken-Kostüme
empfiehlt [3553L*
Karl Ernst,
Köpnickerstr. 126, I
Vorzeiger dieser Annonce erh. 10 Proz. Preisermäßig.

Natur-Heilverfahren.
Haut-, Harn- u. Blasenleiden. Frauen-Krankheit., heilt sicher ohne Berufsstörung. [3441L*
R. Wagner, Wallstraße 23. 9-2,5-9, St. 9-2



Zähne v. 2 M. an, garantiert gut! Teilzahl. **Plombieren** v. 1 M. an. Schmerzlos. Zahnziehen.
Sprechz. 8—8 abends.
R. Lange, **Blumenstraße 25,** Ecke Markusstraße.

5½ Pfd. Brot 50 Pfg.
H. Albrecht's Bäckerei
Wrangelstr. 9. Kraustr. 19. Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2.

Karol Weil's Seifenextrakt
darf zu keiner Wäsche und niemals in der Küche fehlen.

Der **Verein Berliner Kolonialwaren-Händler** hat es für die Pflicht des Detailhändlers erklärt, das bisher unter dem Namen **Diamant-Salonöl** bestbekannte amerikanische Sicherheits-Petroleum **(jetzt gesetzlich geschützt)** unter No. 41 841 als 2264b

Urania-Salonöl

im **Interesse des kaufenden Publikums einzuführen** und dasselbe zu empfehlen, um die Missbräuche, welche mit den Bezeichnungen Salonöl und Salon-Petroleum getrieben werden, zu beseitigen.
Man fordere deshalb beim Einkauf nur das obige wasserhelle und gesetzlich geschützte
Urania-Salonöl.

Hausfrauen!
prüfet die

Ueberall erhältlich.
Superol-Fabrik, Berlin SW.
Friedrichstrasse 18.

Verantwortlicher Redacteur: Paul John in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.